

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis halbjährlich 3,50 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 RM pro Monat. Eingetragene in die Post-Zustellungsliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 RM, für das übrige Ausland 3 RM pro Monat. Postabonnements können an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst täglich außer Montags.

#### Die Interlons-Gebühr

Erhöht für die schlagballende Nationalgasse oder deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereine und Berathungs-Komitees 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (setzgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Geschäftsanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Zulage für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 9. September 1909.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

### Quittung.

Im Monat August gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Nachen-Land-Capen, sozialdemokr. Verein 38,04. Groß-Berlin, a Konto seiner 8 Wahlkreise 12 000.— (darunter: Waldsee Süden 138,80, von den Schneidern der Werkstatt Benedikt 20.—, A. V. Richter 1.—, Männerchor „Viederlust II“ 20.—, Weistegs Bierkasse 1.—, Ueberr See gefahren bei Garn 2,20, Monatsbeitrag Wählkrei 3.—, Monatsbeitrag Masche 10.—, 2. Fernläufer 2,10, Argus Rotoren 10.—, Ueberschuss einer Kranzspende von Heim u. Lehmann Co. 6.—, Raab 658a 10.—, Gaedike 1.—, von den Arbeitern der Werkstatt Stern, Seliger u. Co. 10.—, Arbeiter der Möbel-fabrik Selzer u. Koffer, Cabinerstraße, zur Landtagswahl 20.—, Max Richter 5.—, von den organisierten Arbeitern des Köhmi-schen Brauwerkes 4,10, von den Genossen des 83. Stadtblz. 15.—, „Vorwärts“, Monatsbeitrag ohne Zwang 20.—, Tischlerei Köster u. Schmidt zur Landtagswahl durch Schindler 30.—, Berlin, diverse Beiträge: Personal des „Lokalanzeiger“, Abt. Falzerei 35,50. Dr. R. 25.—, Mitglieder der U. Dr. 7,50. Ueberschuss einer amerl. Funktion vom Waldsee des 2. Kreises durch S. 2. G. W. 5.—, E. D. Gühran 3.—, Buchdruckerei Willig Nachf. 2,30. Aus der Sechserklasse der Buchdruckerei von Maurer u. Dimmig 10.—, von den Kollegen und Kolleginnen der Kuer-Gesellschaft 30.—, Nachetes, Juni-August 15.—, Gutenberg, Juli-August 65,90. Die Kontobuchhalter vom Wedding 5.—, Dr. L. A. 100.—, A. S. 50.—, P. S. 50.—, Knabe 5.—, M. W. Juli-August 4.—, Wadnang, 11. württembg. Wahlkreis, 2. Quart. 09 88,96. Bochum-Gelsenkirchen, sozialdemokr. Wahlverein, 2. Quart. 09 961,28. Pant, 2. Oldenburg u. 2. hannov. Wahlkreis, 2. Quart. 09 618,88. Bremen, sozialdemokr. Verein a Konto des Restes für 1908/9 1600.—, Bonn, sozialdemokr. Verein, 2. Quart. 09 15.—, Coblenz, sozialdemokr. Verein, 2. Quart. 09 15.—, Götting, Wahlkreis Königshagen (Neu-markt), 2. Quart. 09 36,56. Comorowen, E. 50.—, Ober-swalde, sozialdemokratischer Verein des Wahlkreises Oberbarnim, 2. Quart. 09 49,60. Emden, Beitrag des 1. hannov. Wahlkreises für 1908/09 154,95. Freiburg i. B., 5. bad. Wahlkr. für 2. Quart. 09 50.—, Gollenberg (Oberschl.) 3.—, Halle u. Saalkreis, 3. Quart. 09 760.—, Herzog-Dassle, sozialdemokr. Verein für 1. Halbjahr 1908/09 178,40. Hamm-Sieft, sozialdemokr. Verein, 2. Quartal 09 262,16. Halberstadt-Oscherleben, 2. Rate für 1908 150.—, Hain a. Hg., Reg. S. 20.—, Kiel, 7. Schleswig-holsteinischer Wahlkreis, Beitrag vom 3. Quartal 1908 1073,44. Desgleichen Beitrag für 4. Quart. 08 1992,84. Desgleichen Beitrag für 1. Quart. 09 1932,76. Desgleichen Beitrag für 2. Quart. 09 2103,10. Köln, sozialdemokr. Verein für Köln Stadt u. Land, 2. Quart. 09 500.—, Raffeler Agitationsbezirk für 1. u. 2. Quart. 09 Wahlkreise: Rinteln-Osgerode Nr. 51,84; Schwelge-Schmalldalen 70,60; Freilgr-Geigenhain 8,99; Hersfeld-Rotenburg 14,14; Sa. 140,60. Randsberg-Goldin, Wahlkreisbeitrag für 2. Quart. 09 105,29. Malchin-Waren, 4. mecklenb. Wahlkr., 1. Halbjahr 09 104,84. Oldenburg, 1. oldenb. Wahlkreis, 2. Quartal 09 106,75. Plauen i. V., E. 2.—, Potsdam-Dshaveland, Wahlkreisbeitrag für 2. Quartal 09 170,00. Plauen i. V., Beitrag des 23. sächs. Wahlkreises 500.—, Radolfstadt, sozialdem. Verein für Schwarzburg-Rudolstadt, Jahresbeitrag für 1908/09 848,36. Reutlingen, 6. württembergischer Wahlkreis, erstes und zweites Quartal 09 96,52. Regna, 1. mecklenburgischer Wahlkreis, Jahresbeitrag für 1908/09 251,88. Rostock, West-beitrag vom 6. mecklenb. Wahlkreis für 1. Halbjahr 09 129,92. Steglitz, Uebersch. v. d. Kranzspende der Fa. Klemme 2,95. Stein-burg-Klaus, Wahlkreisbeitrag f. 1. Halbjahr 09 30,32. Sanger-hausen-Schörsberga, sozialdemokr. Verein 163,08. Wegesad, sozial-demokratischer Kreiswahlverein für den 18. hannov. Wahlkreis, 1. Halbjahr 09 190,16. Wiesbaden, 2. Nassauischer Wahlkreis, 2. Quart. 09 120.—, Zeuthen, W. 1.—, Berlin, den 7. September 1909.

Für den Parteivorstand: A. Gerisch, Lindenstr. 68.

### Stollberg-Schneeberg.

Mit Stolz darf die deutsche Sozialdemokratie auf den Ausgang der Reichstagswahl im 19. sächsischen Wahlkreis schauen. In vollen Ehren ist der alte sozialdemokratische Besitz behauptet worden, den unser Wilhelm Liebknecht schon 1867 und dann wieder 1874 eroberte, und der dann mit Ausnahme der schlimmsten sozialistengefährlichen Zeit von 1881 bis 1886 und der den „nationalen“ Angstwahlen von 1887 folgenden Periode von 1887 bis 1890 stets der Sozialdemokratie gehörte.

Aber das Wahlergebnis ist noch mehr als ehrenvolle Wahrung alten Besitzes! Die Scharte von 1907 ist glänzend ausgeweitet — der Rückgang der sozialdemokratischen Stimmenzahl um 1096 bei den „nationalen“ Wahlen ist wettgemacht, 2178 Stimmen mehr als 1907, 1082 mehr als 1903 wurden für den Kandidaten der Sozialdemokratie, den Genossen Schöpflin, abgegeben.

Besonders scharf hebt sich diese Steigerung der sozialdemokratischen Stimmenzahl von dem riesigen Stimmenrück-gang des Ordnungsbreies ab. Von 14 606 sind die Stimmen der vereinigten bürgerlichen Parteien, die sich diesmal auf die Kandidatur des nationalliberalen Schuldirektors Vorwerk geeinigt hatten, auf 9368 gesunken; ein Rückgang von 5238 Stimmen, um mehr als ein Drittel! Dahin ist es gekommen trotz der geradezu fieberhaften Anstrengungen der Gegner, trotz der Schmuckstufen, die der Reichsverband wider die Sozialdemokratie losgelassen, trotz der eifrigen Beschwörungen der „nationalen“ Wähler, auf alle Fälle zum

mindesten die Stimmenzahl von 1907 zu halten, von wegen des moralischen Erfolges!

Es half nichts; die „nationale“ Schwindelherrlichkeit von 1907 ist zerplatzt wie eine Seifenblase und der Reichsfinanzreform-Nahenjammer ist an die Stelle der „nationalen“ Begeisterung getreten.

Weder die wüste, völlig auf dem sumpfigen Niveau des Reichsverbandes stehende Agitation der „Nationalen“, noch der innige Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien zu einer reaktionären Masse hat ihren gewaltigen Stimmenrückgang und das erfreuliche Anwachsen der Sozialdemokratie zu hemmen vermocht. Vor der sozialdemokratischen Gefahr vergahen die bürgerlichen Parteien alles, was sie in der letzten Zeit getrennt hatte. Die Parteileitung der sächsischen Konservativen und der Bund der Landwirte ließen es sich trotz aller Erbitterung über die nationalliberale Haltung bei und nach der Reichsfinanzreform nicht nehmen, energisch für die Wahl Vorwerk einzutreten, und noch in den letzten Tagen vor dem Wahltermin erließ der konservative sächsische Reichstagsabgeordnete Dr. Wagner aus Friedrichshafen an den bürgerlichen Hauptwahlaußschuß des Kreises ein Telegramm, worin er erklärte, er richte „im Namen der konservativen Partei Sachsens an alle konservativen Wähler des Wahlkreises die dringende Bitte, keiner Verstimmung nachzugeben, sondern Mann für Mann ihre Stimme für Vorwerk abzugeben. Eine Minderung der nationalen Stimmen dürfe unter keinen Umständen eintreten.“

Was „unter keinen Umständen“ eintreten durfte, ist in einem Maße erfolgt, das sich die Herren Konservativen und Nationalliberalen wohl selbst in ihren kleinsten Stunden nicht haben träumen lassen!

Natürlich schloß im Munde der Konservativen und Nationalliberalen der deutsche Freisinn nicht. Wo es gegen die Sozialdemokratie geht, kann er ja sein „nationales“ Herz nicht verleugnen. Und so hat er seinen verdienten Anteil an der furchtbaren Blamage des Ordnungsbreies dabongetragen.

„Eine derbe Quittung für die Reichsfinanzreform“ schrieben wir gestern zu unserer telegraphischen Meldung des Wahlausgangs. Das Organ der Landbündler, die „Deutsche Tageszeitung“ möchte es nicht wahr haben. Mit berechnet naiver Miene sagt sie: „... Der bürgerliche Kandidat, der bei der gestrigen Wahl etwa 5000 Stimmen weniger erhalten hat, als sein Vorgänger im Jahre 1907 war national-liberal, gehörte also der Partei an, die bei den Schlussberatungen über die Reichsfinanzreform mit der Sozialdemokratie Hand in Hand ging, während sein Vorgänger im Jahre 1907 — freikonservativ war. Die „derbe Quittung für die Reichsfinanzreform“ sieht also etwas eigenartig aus...“

Das Dornblatt stellt sich hier dümmer als es wirklich ist. Es nimmt opferwillig den Schein polizeiwidriger Dummheit auf sich, um das vernichtende Urteil, das die Wählerchaft des Wahlkreises Stollberg-Schneeberg über den Steuerraubzug gefällt hat, vor der Dessenlichkeit zu vertuschen. Es weiß sehr wohl, daß es für die Wählerchaft sehr gleichgültig ist, wenn die Nationalliberalen schließlich gegen die Reichsfinanzreform gestimmt haben, daß vor dem Volksgericht der Liberalismus ebensowenig bestehen kann wie die Junker und das Zentrum, da er bereit war, dem Volke 400 Millionen indirekter Steuern aufzubürden. Der böse Wille gilt hier ebensoviel wie die böse Tat!

Es läßt sich nichts davon abmarken und wegdeuteln, daß die Wähler des 19. sächsischen Wahlkreises den bürgerlichen Parteien, die alle in derselben Verdammnis stehen, die Quittung für die Reichsfinanzreform ausgestellt haben. Sie ist kräftig genug ausgefallen, ebenso wie jene, die die Wähler von Neustadt-Landau und am letzten Sonntag die des pfälzischen Landtagswahlkreises Neustadt-Edenkoben geschrieben haben, wo die Stimmenzahl der Sozialdemokratie von 2078 auf 4179 stieg, die der Nationalliberalen aber von 6183 auf 4730 und die des Zentrums von 3598 auf 3346 sank! Die Sozialdemokratie marschiert, während im bürgerlichen Lager Heulen und Zähneklappen umgeht!

Die kommenden Nachwahlen von Halle und Koburg werden die Wahlergebnisse in der Pfalz und in Sachsen nochmals kräftig unterstreichen. Dessen sind wir sicher. Die glänzenden Siege und Fortschritte, die hier erforschen worden sind, werden die Genossen jener Kreise, die demnächst zur Wahl berufen sind, zu um so eifrigerer und freudigerer Arbeit anseuern.

Die Zeit ist uns günstig; der Steuerraubzug hat Hunderttausenden die Augen über das Wesen der kapitalistischen Parteien geöffnet. Nützen wir den Moment! Ueberall im Reich muß die Agitation mit Hochdruck betrieben werden, auf daß die kommenden allgemeinen Wahlen des Jahres 1912 den bürgerlichen Parteien zu einer einzigen großen Niederlage wie in Stollberg-Schneeberg werden!

Die bürgerliche Presse ist ob des gewaltigen Stimmenrückganges des Ordnungsbreies sehr betreten. Doch sucht sie im allgemeinen das Gesicht zu wahren und ringt sich einige verlegene Worte über den vorauszuahnenden Sieg der Sozialdemokratie ab, um die Niederlage im milderen Licht erscheinen zu lassen. Das hindert aber nicht, daß Junker und Liberale einander mit giftigen Vorwürfen traktieren und den Verbündeten bei der Wahl die Schuld an dem kläglichen Ausgang zuschieben. Den Liberalen ist es ausgemacht, daß die konservativ-liberale Reichsfinanzreform die Fahrenflucht der bürgerlichen Wähler verschuldet hat. Für die Konservativen steht es ebenso unumstößlich fest, daß „die Hebe“, die die Liberalen wegen der Reichsfinanzreform gegen Kon-servative und Zentrum betrieben haben, an dem Wahlaus-gang schuld ist. So schreibt die „Kreuzzeitung“:

„Diesen Erfolg verdankt die Sozialdemokratie in erster Linie der maßlosen Agitation gegen die Reichsfinanzreform, die von liberaler Seite mit so fanatischer Wut in die bürgerlichen Kreise getragen ist und hier eine teilweise bis an politischen Nihilismus streifende Erbitterung erzeugt hat...“

Die „Tägliche Rundschau“ dagegen sagt: „... Die Wahl von Stollberg-Schneeberg ist der Beweis dafür, wie die schweren, durch konservative Schuld herbeigeführten Krisen unserer inneren Politik das Vertrauen der bürgerlichen Wähler in die weitere nationale Entwicklung zerstört haben, so daß sie die Platte ins Korn werfen und der Sozialdemokratie das Feld überlassen.“

Wiederum anders deutet das führende Zentrumsblatt, die „Germania“, das Wahlergebnis. Sie erklärt: „... Geradezu vernichtend ist die Niederlage des „Ordnungs“-Stubelmußdels... Das gibt einen Vorgeschmack von dem Los, das der ehemaligen Blockparteien bei den nächsten all-gemeinen Wahlen harret.“

Schließlich haben sie alle recht, wie sie sich denn auch alle in der betäubten Erkenntnis vereinigen, daß der Rück-gang der ordnungsparteilichen Stimmen „ein äußerst be-denkliches Symptom“ ist.

Ein äußerst bedenkliches Symptom! Ganz recht! Denn es zeigt an, daß ein Erwachen durch weite Kreise der deutschen Wählerchaft geht. Und das muß den Parteien der Steuer-plünderer und Ausbeuter verderblich werden.

### Der Riesenstreik in Schweden.

(Von unserem nach Schweden entsandten Mitarbeiter.)

Stockholm, den 7. September.

Der Umstand, daß das Uebereinkommen vom 1. September an verschiedenen Orten innerhalb der Arbeiterchaft mehr oder minder scharfen Widerspruch hervorrief und die Aufforderung des Landes-sekretariats zur teilweisen Wiederaufnahme der Arbeit nicht gestern so leicht überlief, wo es möglich war, befolgt wurde, gab der Unter-nahmerpresse Veranlassung zu neuen Angriffen auf die Arbeiter-organisation und ihre Leitung. Das Landessekretariat und die Repräsentantschaft der Landesorganisation der Gewerkschaften sollten madlos sein, das von ihnen gutgezeichnete Uebereinkommen zur Geltung zu bringen, und man schrieb sogar von einem wirklichen „Aufruhr in der Landesorganisation.“ Inzwischen zeigt sich jedoch, daß die betwunderten Werte Einmütigkeit, mit der die Arbeiterchaft Schwedens am 4. August die Aufforderung zur Arbeits-niederlegung befolgte, mit der sie dann einen vollen Monat im Kampfe verharrte, auch jetzt bei der Einschränkung des Massenstreiks wiederum zur Geltung kommt. Allerdings sieht man auch, daß es leichter ist, mit einem kampfgewohnten Arbeiterheer an einem bestimmten Tage in den Streit zu ziehen, wenn die Notwendigkeit dazu vorliegt, als den Kampfesmut zu dämpfen, wenn die Umstände es erfordern. Das mögen sich diejenigen merken, die während des Massenstreiks und von Anfang an die Kampfgruppen des schwedischen Proletariats als eine mutlose Schar von Leuten hinstellten, die, treulos ihren Grundlügen und ihrer Leitung, bald hier, bald dort in Massen zur Arbeit zurück-lehrten.

Es kann heute konstatiert werden, daß die Arbeit, wo die Unter-nahmer selbst keine unnötigen Schwierigkeiten machten, in dem Maße wieder aufgenommen wurde, wie es das Uebereinkommen besagt. Selbst in Orten, wo, wie in Walmö, der schärfste Protest gegen das Uebereinkommen laut wurde, fügt man sich nun. Auch im Buchdruckgewerbe scheinen sich die Verhältnisse zu klären. Hier in Stockholm ist die Arbeit auch in den größten Druckereien jetzt wieder aufgenommen worden, wenigstens in einzelnen, namentlich in „Aftonbladet“-Druckerei noch Schwierigkeiten vorliegen. Am etwailigen Bestrebungen der Prinzipale zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen vorzugehen, scheint es notwendig, im Ausland und vor allem in Deutschland vor Juzug nach Schweden zu warnen.

Im Wärdereigewerbe sucht die Arbeitgeberorganisation, die zwar nicht der Schwedischen Arbeitervereinigung angehöret, aber auch das Uebereinkommen vom 1. September nicht unterzeichnete, die Lage zu einer drei- oder vierjährigen Verlängerung der Tarifverträge auszunutzen, die, wie sie seinerzeit abgeschlossen wurden, teils bis 1910, teils bis 1911 gelten. Die Wärdereiarbeitgeberorganisation will nun die Wiedereinstellung der Streikenden davon abhängig machen, daß die Arbeiter sich auf die geltenden Arbeits-bedingungen bis in das Jahr 1914 verpflichten. Darauf werden die Arbeiter jedoch nicht eingehen, und es zeigt sich denn auch schon, daß ein Teil der Arbeitgeber die Streikenden bedinaunastlos w...

einstellt und sich um den Beschluß der Arbeitgeberorganisation nicht kümmert.

Im Goldschmiedegewerbe sucht das Unternehmertum Verschlechterungen der geltenden Arbeitsbedingungen und persönliche Arbeitsverträge einzuführen, sieht aber ebenfalls auf starken Widerstand der Arbeiterschaft des Berufs, die sicherlich in der Lage sein wird, ihre bisherigen Arbeitsbedingungen aufrecht zu erhalten.

Schwieriger liegen die Verhältnisse für die Angestellten der Straßenbahngesellschaft, für die kommunalen Arbeiter Stockholms, für die Arbeiter in den staatlichen Telegraphenwerken, wo man, wie es heißt, den Betrieb einige Zeit niederlegen will, und bei den Staatsarbeiten in Trollhättan bei Göteborg. Daß diese privaten, kommunalen oder staatlichen Arbeitgeber sich weigern, das Uebereinkommen durchzuführen, darüber ist es zwischen dem Stadtmotar Cederborg und dem Genossen Lindquist zu einer Unterredung und einem Schriftwechsel gekommen. Cederborg erklärt, daß jene Arbeitgeber, die nicht organisiert sind und das Uebereinkommen nicht unterzeichnet haben, auch nicht zur Durchführung der Abmachungen verpflichtet seien. Es ist aber wohl nicht mehr als billig, daß, da die Arbeiter verpflichtet sind, bei allen Arbeitgebern, die nicht der Arbeitgebervereinigung angehören, die Arbeit, soweit es möglich ist, wieder aufzunehmen, der Vermittlungsmann dafür sorgen mußte, daß dies auch überall in dem angegebenen Umfang möglich gemacht wurde.

Wie die Verhältnisse liegen, wird der Kampf auch unter denen, die jetzt nicht mehr zu den Streitenden zählen, manche Opfer erfordern. Da andererseits der Kampf für die größere Hälfte der Arbeiterschaft noch nicht beendet ist, erscheint es umso mehr notwendig, daß das internationale Proletariat fortlaufend für ökonomische Hilfe nach besten Kräften sorgt.

### „Die Kirche mitten im Dorfe.“

Unter obestehender Rubrik hatte unser Stockholmer Bruderorgan „Socialdemokraten“ am 4. August, als der schwedische Ausstand begann, etwas reichlich voreilig eine Polemik gegen den „Vorwärts“ auf Grund von Preßtelegrammen der bürgerlichen Scharfmacherblätter Stockholms veröffentlicht, die wir, offen gesagt, zunächst nur mit einem Kopfschütteln aufnehmen konnten. Wir hatten in unserem Leitartikel vom 3. August das Kampfesterrain sondiert, in dem eine der besten Truppen der Arbeiterinternationale soeben einen grandiosen Kampf aufzunehmen bereit stand. Dem Versuch der schwedischen Unternehmerraketen, in der deutschen bürgerlichen Presse die schwedischen Arbeiter als minder leistungsfähig, ihre Organisationen als den Ruin der schwedischen Industrie zu brandmarken, stellten wir eine Analyse der schwedischen Bourgeoisie gegenüber. Daß diese Analyse für die schwedische Bourgeoisie nicht schmeichelhaft war, ist nicht unsere Schuld. Die ökonomische Literatur Schwedens hat bis in die neuere Zeit wenig Schmeicheles über die geringe Unternehmungslust des Bürgertums zu sagen gehabt. Selbst die bürgerliche Presse hat des öfteren ähnliche Klagen geführt. Von der sozialdemokratischen Presse ganz zu schweigen, die manchen wertvollen Beitrag zur Charakterisierung der Untüchtigkeit der Leitung der Industrie und des Handels im Laufe der Jahre gebracht hat.

Der schwedische Staat selbst hat verzweifelte Versuche gemacht, diesem Uebel abzuhelfen. Diese Versuche gehen bald zwei Jahrhunderte zurück. Aber die Erfolge blieben lange Zeit aus. Ob die angewendeten Mittel immer die richtigen waren, wollen wir heute nicht untersuchen. Wohl aber sieht fest, daß erst die letzten zwanzig Jahre größere industrielle Erfolge brachten und zwar erst, seitdem ausländische Kapitalisten ihr ungeteiltes Profitinteresse den schwedischen Naturreichtümern zuwandten.

Die schwedische sähne Literatur deutet wiederum die Ursachen der Geschäftsuntüchtigkeit der Bourgeoisie auf. Strindberg hat geradezu glänzende Typen von Emporkömmlingen gezeichnet, die durch unmittelbaren Verkauf von Wald- und Erderesultaten, deren Wert sie nicht zu beurteilen wußten, emporgestiegen und dann der Faulheit zum Opfer fielen. Im Unterhaltungsblatt des „Vorwärts“ haben unsere Leser erst kürzlich einen solchen Typ kennen gelernt. Aber nicht nur Strindberg, der Weltgeschmäh und doch der Größe der neuzeitlichen Literatur Schwedens, auch viele andere haben gleich ihm, wenngleich mit anderen Absichten, ähnliche soziale Schilderungen gegeben.

Unsere Kenntnisse dieser Dinge gestatteten uns, den frechen Antwort auf das schwedische Proletariat mit einer Schärfe zurückzuweisen, die der schwedischen Bourgeoisie schwer auf die Nerven fiel. Sie ließ sich Bruchstücke aus unserem Artikel hinübertelegraphieren, ohne unsere eingehende statistische Darstellung der industriellen Entwicklung zu erwähnen, in der wir vollauf den neueren industriellen Fortschritten gerecht wurden.

Ueber das ungeheure Wutgeheul der Bourgeoisie betroffen, ließ sich unser Stockholmer Parteiorgan in einer für eine so ernste historische Stunde sehr unangebrachten Nervosität auf Grund von Preßtelegrammen zu einer polemischen Aeußerung gegen den „Vorwärts“ verleiten, deren Unglaubwürdigkeit doch eigentlich selbstverständlich war. Unser Bruderorgan hat denn auch sofort, nachdem unser Artikel ihm im Original vorlag, seine Auslassungen revidiert, und nachdem der Buchdruckerstreik sein Erscheinen unmöglich machte, hat das offizielle Organ der Streikleitung der „Laglichen Rundschau“ schwer auf die Finger geklopft, die aus der Notiz des „Socialdemokraten“ Kapital gegen den „Vorwärts“ zu schlagen suchte. Die bürgerliche Presse Deutschlands, die größtenteils jene Notiz weidlich gegen uns ausschaltete, hat indes nichts von der späteren Auslassung des „Socialdemokraten“ gebracht, wie sie auch die Antwort des „Svaret“ unterließ. Wie leicht interessiert sie sich jetzt für die folgende Auslassung des „Socialdemokraten“ in seiner ersten Ausgabe nach Beendigung des Generalausstandes. Unser Bruderorgan spricht da zuerst seinen Dank an die norwegische und dänische Parteipresse aus für die ausgezeichnete Hilfe, die sie der schwedischen Arbeiterschaft in diesen Wochen geleistet hat, in denen die schwedische Parteipresse nicht erscheinen konnte. Es fährt sodann fort:

„Aber ganz gewiß wird von ihnen (die skandinavischen Parteiorge) niemand es anders als in Ordnung finden, daß wir bei dieser Dankesbezeugung über unseren skandinavischen Kreis hinausgehen und sie mit mehr Wärme als je zuvor an unsere deutsche Parteipresse, vorna deren Hauptorgan, den „Vorwärts“, richten. Die Art, in der die Sache der schwedischen Arbeiterschaft in den Spalten des „Vorwärts“ Tag für Tag vor aller Welt vertreten wurde, war für den Gang unseres Kampfes, ja sogar für seine Möglichkeit, von der allgeringsten direkten und indirekten Bedeutung. Der tiefe Inhalt des Kampfes für die künftige Stellung der Arbeiterschaft in der schwedischen Gesellschaft bedarf nicht der Hervorhebung. Wohl aber hat das so stark bezeugte Interesse der stärksten Arbeiterpartei der Welt darüber hinaus unseren Kampf von Anfang an auf ein Niveau gehoben, wo es klar und deutlich als ein Glied in den immer erneuten Krafthilfungen des inter-

nationalen Proletariats mit dem internationalen Kapitalismus erscheint.

Wie haben uns diese Urkräfte, bei der Wiederaufnahme unserer Tätigkeit und an dem „Vorwärts“ zu wenden, da er durch seine energische Kampagne für uns in der erfreulichsten Weise gezeigt hat, daß die momentane Dissonanz, die wegen gewisser Aeußerungen über die schwedische Unternehmerrakete veräußert wurde, nicht zu irgend einer Mißstimmung geführt hat. Wir für unseren Teil stellten sofort fest, daß die herausgerissenen Druckstücke in dem Telegramm der bürgerlichen Presse, gegen die wir uns zu einer gewissen Reservation gezwungen fühlten, nur einen tiefen Eindruck des aus Tatsachen und Zahlen sich ergebenden „Vorwärts“-Urteils gaben. Auch „Svaret“ hat gelegentlich einem bürgerlichen deutschen Blatte heimlich, als es unsere ersten Worte gegen den „Vorwärts“ auszusprechen suchte.

Wir erinnern heute daran und fügen gern hinzu, daß die Erfahrungen über die Eigenschaften der schwedischen Kapitalistenklasse, die vielleicht nicht so sehr während des Großstreiks, als, wie es scheint, bei seiner weiteren Erledigung zu machen sind, sicherlich nicht spurlos an den Arbeitern Schwedens und ihren Funktionären vorübergehen werden. Die Urteile im „Vorwärts“ waren hart — die nächsten Tage werden zeigen, ob sie nicht in vielen Fällen hinter der brutalen Wirklichkeit zurückbleiben. Unsere Unternehmerraketen sollen jetzt der Welt, die der Haltung der schwedischen Arbeiter ihre Bewunderung gezollt hat, zeigen, welche Haltung sie jetzt einnehmen werden, wenn ihre mehr passive Rolle zu Ende ist. Nach dem bisher Geschehen befürchten wir, daß es zum Teil Grund zu Urteilen geben wird, die der Unternehmerrakete ebenso schlecht bezeugen werden, wie die Hinweise des „Vorwärts“ auf das, was wir alle hier im Lande anerkennen: daß unsere Geschäftsleiter oft zu sehr faulenzler („Goddagepilltar“) sind, zu wenig geschäftliche Energie besitzen.

Früh genug werden wir sehen, ob auch hier im Lande kein Maudslor so wild ist wie eine Bourgeoisie, die ihren Geldbeutel in Gefahr glaubt. In dieser Stunde, in der der schwedische „Socialdemokrat“ seine Tätigkeit wieder aufnimmt, wollen wir dem leitenden Blatte unserer deutschen Bruderpartei unseren Dank aussprechen für alle die scharfen und heißenden Hiebe, die er unseren gemeinsamen Feinden während unseres Kampfes bereits erteilt.

Wir haben die Ausführungen unseres Stockholmer Bruderblattes im Vorklaut wiedergegeben, um der deutschen Presse Gelegenheit zu geben, sie ihren Lesern vorzuführen. Bei ihrer notorischen Wahrheitsliebe wird sie uns dafür gewiß dankbar sein.

Für uns ist die Sache damit erledigt. Wir haben im Interesse des schwedischen Proletariats damals geschwiegen, als die ganze bürgerliche Presse Deutschlands uns mit einer Schlammflut von Verleumdungen und Schmutzanklagen übergoß und sich dabei auf unsere schwedischen Genossen, übrigens in verlogener Weise, berief. Unser schwedisches Zentralorgan war infolge des allgemeinen Ausstandes nicht in der Lage, sich zu äußern; für uns war es damit eine einfache journalistische Anstandsspflicht, die Sache auf sich beruhen zu lassen, bis sich unsere Stockholmer Genossen näher erklären konnten. Das ist jetzt in der ersten Ausgabe des Blattes nach dem Ausstand in einer so deutlichen Weise geschehen, daß die bürgerliche Presse sowohl Schwedens als Deutschlands wenig Freude daran haben wird.

Damit scheint uns die Kirche wirklich „mitten im Dorfe“ zu stehen.

## Nochmals die Aufstellung der Wählerlisten durch den Berliner Magistrat.

Angeichts der Wichtigkeit des von uns mitgeteilten Beschlusses des Berliner Magistrats erscheint es notwendig, auf die Entstehungsgeschichte und auf die Bedeutung des § 20a des Einkommensteuergesetzes näher einzugehen.

Nach § 19 des Einkommensteuergesetzes in der Fassung vom 19. Juni 1906 wurden Steuerpflichtigen mit Einkommen bis zu 3000 M. für jedes Kind oder jeden Familienangehörigen, dem sie auf Grund gesetzlicher Verpflichtung Unterhalt gewährten, 20 M. in Abzug gebracht, und zwar mit der Maßgabe, daß in jedem Falle bei dem Vorhandensein von drei oder vier solcher Familienmitglieder eine Ermäßigung der Steuer um eine Stufe, bei fünf oder mehr solcher Familienmitglieder um zwei Stufen stattfindet. Die Regierung schlug nun in der Vorlage, die sie dem Landtage im Herbst 1906 unterbreitete, eine Erweiterung dieser Vergünstigungen nach der Richtung hin vor, daß bei Steuerpflichtigen mit Einkommen bis zu 3000 M. ohne weiteres eine Ermäßigung der Steuer um eine Stufe bei dem Vorhandensein von zwei derartigen Familienmitgliedern eintritt, eine Ermäßigung von zwei Stufen bei drei oder vier, und um drei Stufen bei fünf oder mehr derartigen Familienmitgliedern.

Der Landtag hat die Regierungsvorlage in doppelter Hinsicht abgeändert: einmal hat er diese Vergünstigung ausgedehnt auf Einkommen bis zu 6500 M. und zweitens hat er die Möglichkeit einer noch weiteren Ermäßigung geschaffen, indem er bei fünf oder sechs Unterhaltspflichtigen eine Ermäßigung um drei Stufen, bei je zwei weiteren Unterhaltspflichtigen eine Ermäßigung um eine weitere Stufe zuließ. Während also nach der Regierungsvorlage ein Zensit höchstens um drei Stufen ermäßigt werden konnte, ist jetzt eine unbegrenzte Ermäßigung zulässig. Wer zwölf Kinder hat, kommt jetzt um sechs Stufen in der Steuer herunter. Auch auf Einkommen von mehr als 6500 bis 9500 M. findet dieses sogenannte Kinderprivileg, wenn auch in etwas abgeschwächter Form, Anwendung.

Ferner ist nach § 20 des Einkommensteuergesetzes gestattet, bei Einkommen von nicht mehr als 12 500 (früher 9500) M. besondere, die Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen wesentlich beeinträchtigende wirtschaftliche Verhältnisse in der Art zu berücksichtigen, daß eine Ermäßigung um höchstens drei Stufen gewährt wird.

Da nun die Gefahr bestand, daß durch die Ausdehnung der auf Grund der §§ 19 und 20 gewährten Ermäßigungen weite Kreise der Wählerschaft in ihrem Wahlrecht noch mehr beschränkt werden könnten, nahm die Mehrheit des Landtags auf Antrag der Sozialdemokraten folgenden neuen § 20a in das Gesetz auf:

Die in den §§ 19 und 20 gewährten Ermäßigungen bleiben außer Betracht bei Berechnung der zu entrichtenden Steuerbeträge für Wahlzwecke.

Der Wortlaut dieses § 20a ist der dem Herr Marste. Es soll damit gefügt werden, daß z. B. einem Wähler mit 2700 bis 3000 M. Einkommen, der auf Grund des Tarifs 52 M. Staatssteuer zu zahlen hätte, aber weil er 5 Kinder hat, um 3 Stufen herunterkommt und nur 31 M. zahlt, für Wahlzwecke — und zwar sowohl für die Landtags- als auch für die Stadtverordnetenwahlen — 52 M. angerechnet werden. Ein solcher Wähler zahlt in Berlin (abgesehen von dem Proz. Zuschlag) 31 M. Staats- und 31 M. Gemeindeeinkommensteuer, zusammen also 62 M., für Wahlzwecke dagegen müssen ihm 52 + 52, also 104 M. angerechnet werden.

Daß dies die Absicht des Gesetzgebers war, ergibt sich nicht nur aus dem Wortlaut, sondern auch aus der Entstehungsgeschichte des § 20a. Während der konservative Redner Wedden gegen den sozialdemokratischen Antrag geltend machte, weil er einen Bruch mit

dem Prinzip bedeute, welches das Wahlrecht von der Steuerleistung abhängig macht, sprachen sich die Redner der Linken und des Zentrums für den Antrag unter ausdrücklicher Hinweis darauf aus, daß dadurch der plünderische Charakter des Wahlrechts abgeschwächt werden solle. So hielt es der Nationalliberal Dr. Reil für nötig, festzustellen, daß mit der Annahme des sozialdemokratischen Antrages in Verbindung mit dem § 7 des Mantelgesetzes, wonach die Steuerzuschläge bei Bemessung des Wahlrechts außer Betracht bleiben, der Vorwurf, den die Sozialdemokraten immer gegen den plünderischen Charakter des Wahlrechts erhoben, sich ganz erheblich verringern wird. Denn es gibt nun nachher wohlhabende Leute, die viel mehr Steuern zahlen, als ihnen bei Bemessung des Wahlrechts angerechnet wird, und es gibt ärmere Leute, die viel Kinder haben und deshalb gar keine Steuern bezahlen und doch das Wahlrecht haben. Ähnlich äußerte sich Abg. Dr. Herold vom Zentrum, der es als eine Unbilligkeit bezeichnete, wenn jemand, der eine große Anzahl von Kindern hat, dadurch in seinen staatsbürgerlichen Rechten irgendwie herabgedrückt werden soll. „Dann würde das Privilegium, welches wir gewähren durch die Steuerherabsetzung, geradezu ein Privilegium odiosum werden. Das wollen wir vermeiden.“ Endlich erklärte auch noch der Vertreter des Freisinnigen Abg. Gylling, daß alle diejenigen, welche wollen, daß durch die Erweiterung des Kinderprivilegs keine Beeinträchtigung des Wahlrechts in irgend einer Beziehung eintritt, für den sozialdemokratischen Antrag stimmen können.

So weit über die Entstehungsgeschichte des § 20a. Wie ist es nun angeht eine so klare Sachlage möglich, daß der Berliner Magistrat das Gesetz so interpretiert, wie er es durch seinen Beschluß vom 11. Juni getan hat? Ungeheuerlich ist es zunächst, wenn der Magistrat sich auf den Standpunkt stellt, daß der § 20a nur auf die in den §§ 19 und 20 der neuen Fassung des Einkommensteuergesetzes vorgesehene Ermäßigung Anwendung findet. Wenn es heißt „Die in den §§ 19 und 20 gewährten Ermäßigungen“, so können nur die in den ganzen Paragraphen vorgesehenen Ermäßigungen gemeint sein, nicht aber nur diejenigen, die in den Änderungen dieser Paragraphen vorgesehen sind. Wäre das die Absicht des Gesetzgebers gewesen, dann hätte § 20a lauten müssen: „Die infolge der Bestimmungen der vorstehenden §§ 19 und 20 eintretenden Ermäßigungen bleiben außer Betracht bei Berechnung der zu entrichtenden Steuerbeträge für Wahlzwecke.“ Ist der § 20a aber so auszulegen, so muß er auch in diesem Sinne angewandt werden für alle Wählerlisten, die nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Auslegung kommen. Es mußten also nachträglich für die Rollenveranlagungen: 1906, bei denen die alten §§ 19 und 20 angewandt waren, diejenigen Sätze eingefügt werden, die auf das veranlagte Steuerpflichtige Einkommen ohne Berücksichtigung der Ermäßigungen entfielen. Eine abweichende Auslegung würde zu Ungerechtigkeiten führen und namentlich die Zensiten mit niedrigem Einkommen erheblich schädigen.

Der Berliner Magistrat kann uns dankbar sein, daß wir bei Zeiten auf die Ungeheuerlichkeit seines Vorgehens aufmerksam gemacht haben. Auch hat er die Möglichkeit, seinen Beschluß aufzuheben und die Wählerlisten dem Gesetz entsprechend aufzustellen. Tut er es nicht freiwillig, so wird er dazu gezwungen werden. Die Berliner Arbeiter werden sich dieses neue Attentat auf ihr ohnehin schon eng genug bemessenes Wahlrecht nicht gefallen lassen. Tausende und Aber-tausende von Wählern werden gegen die Nichtigkeit der Wählerlisten Einspruch erheben, sie werden fordern, daß ihnen ihr Recht wird, und diesen Einsprüchen muß der Magistrat Folge geben, ob er will oder nicht. Die Berliner Arbeiter werden dadurch nicht nur erreichen, daß ihnen ihr Wahlrecht erhalten bleibt, sie werden auch den Magistrat vor der Blamage bewahren, daß ihm aufs neue vom Dreiklassenparlament Unkenntnis des Gesetzes vorgeworfen wird.

## Ein Zentrumsabgeordneter in Kötten.

Zum aktuellen Thema: „Bürgerliche Wähler und der neue Steuersegen“ ist durch eine große Versammlung, die am 6. September in Reichenbach in Schlesien tagte und in der der Zentrumsabgeordnete und Sekretär der katholischen Hochvereiner Dr. Fleischer über die Klemme kam, ein interessanter Beitrag geliefert worden.

Dr. Fleischer sprach im Anschluß an den Breslauer Katholikentag im Wahlkreis Reichenbach-Neurode in einer Reihe von Versammlungen über seine Tätigkeit bei der Finanzreform. Bei diesen Versammlungen hatte er nach Zentrumsbrauch Andersgefinnte ausgeschlossen. Nur in Reichenbach wurde eine Ausnahme gemacht; offenbar deshalb, weil in dieser Stadt die Mehrzahl der Freisinnigen des hiesigen Wahlkreises sind und diese dem Dr. Fleischer 1907 das Mandat verschafft haben, wozu die vereinte Kraft des Zentrums und der Junker allein nicht ausgereicht hätte. Dem Freisinnigen zuliebe brach also hier Dr. Fleischer mit seiner sonstigen Politik. Es sollte ihm geradezu flüchtiglich bekommen.

Die Versammlung war riesig besucht. Mehr als 1000 Besucher fanden im Saale Platz, etwa ebenso viele mußten in den Vorräumen und im Hofe bleiben oder umfahren; eine Versammlung, so massig, wie sie Reichenbach schwerlich jemals sonst gesehen hat. Dr. Fleischer sprach nahezu 3 1/2 Stunden und ließ alle demagogischen Klünge spielen, aber die er ausgesucht reichlich verfügt. Er gestiel sich in ungezählten zwei- bis dreifachen Wiederholungen, ging auf Zwischenrufe in so widerlicher Breite ein, daß es, wie man deutlich an deren Gesichtern erkennen konnte, selbst dem anständigen Teil seiner Parteigenossen zu bunt wurde. Alles das tat er in der klar erkennbaren Absicht, die nun einmal als zulässig angekündigte Diskussion unmöglich zu machen, denn, so sagte sich Dr. Fleischer, eine in so drangvoller Eile zusammengeleitete Versammlung ist nicht über Mitternacht hinaus möglich! Endlich war die Fleischer'sche Stunde verfliegt. Er hatte falsch geschätzt, die Versammlung blieb eifenselt zusammen. In der Diskussion kam zunächst unser Genosse Kühn zum Wort und widerlegte in etwa dreiviertel Stunden das Wichtigste. Dann folgte ein freisinniger Gasthofsbesitzer, der Fleischer manch blitiere Aufzählungen gab. Hieraus kam Fabrikant Cohn, Mitbesitzer der größten Reichenbacher Zettelfabrik, zum Wort und strich dem Dr. Fleischer den Wah in kräftiger Weise. Immer mehr sank Dr. Fleischer in sich zusammen, seine sonstigen Dreifigkeit verstand wie Schnee in der Hundstagshitze, er vergaß ganz, sich noch Notizen zu machen, wie Donner schläge brachen die in ruhiger Form von Cohn gesprochenen Sätze über den Referenten herein. Der Schwerpunkt der Cohn'schen Ausführungen lag für Dr. Fleischer darin, daß sie gerade aus diesem Grunde kamen. Dr. Fleischer begriff sehr richtig, daß damit der Stab über sein Mandat gebrochen wurde, denn wenn ihm die Liberalen nicht mehr helfen, so ist ihm eben nicht zu helfen. Als nun gar Herr Cohn eine scharfe Mißbilligungsresolution gegen Fleischer und das Zentrum beantragte, war es ganz aus. Ein Sekretärkollege Fleischer's, von denen es in Schlesien winnelt, suchte durch allerlei seine Epigonaligkeiten die Abstimmung zu hintertreiben, denn jeder Anwesende fühlte, daß diese Resolution mit neun Zehnteln gegen ein Zehntel der Anwesenden angenommen worden wäre. In der höchsten Not hatte der Vorsitzende, ein Amtsgerichtsrat, Erbarmen mit

Meiher und schloß die Versammlung plötzlich. Einmal und nicht mehr gibt Dr. Meißner freie Diskussion. Auch ohne Abstimmung ist ihm der Beweis erbracht, wie wenig sogar die bürgerlichen Wähler mit ihm einverstanden sind. Diese Versammlung war ein wirksamer Gerichtstag über ihn und die Zentrums-politik. Zur besonderen Kennzeichnung des „Arbeitersekretärs“ Meißner sei noch angeführt, daß er den Ausspruch tat: Durch indirekte Steuern werde die soziale Gerechtigkeit am besten gewahrt!

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. September 1909.

### Der Klub der Harmlosen.

Wie die „Staatsbürger-Ztg.“ mitteilt, hat der Verwaltungsrat des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes Herrn Schäd, dem Vorsitzenden des Verbandes, unbegrenztes Vertrauen ausgesprochen! Da dem Verwaltungsrat selbstverständlich das erdrückende Material in der Zeiolen-Affäre vorlag, müßte, sollte man meinen, Herr Schäd einen ganz unerwartet glücklichen und schlagenden Beweis seiner Unschuld erbracht haben. Davon kann nun aber gar keine Rede sein. Was er zu sagen hat, enthält eine Zuschrift an die „Staatsbürger-Ztg.“, die folgendermaßen lautet:

Für meine erkrankte Frau, die nicht nur körperlich, sondern infolge meiner beständigen Abwesenheit von Hamburg geistig an Schwermuttsanfällen leidet, suchte ich vor einiger Zeit in Ihrem Auftrag und mit Ihrem Einverständnis eine geeignete Pflegerin und Gesellschafterin, die unter den durch die Krankheit meiner Frau gegebenen Umständen natürlich in einem anderen als dem sonst allgemein üblichen Dienstverhältnis stehen sollte. Beim Schreiben über in Betracht kommenden Briefe ist mir in der Eile ein Ausdruck unterlaufen, der, wie ich ohne weiteres zugebe, mißverständlich aufgefaßt werden kann. Ich habe denn auch keinen Augenblick gezögert, die Empfängerin des Briefes, als mir bekannt wurde, daß sie sich beleidigt fühlte, um Entschuldigung zu bitten. Aus dieser völlig bedeutungslosen Familienangelegenheit leiten sozialdemokratische und leider auch bürgerliche Blätter einen Angriff gegen mich her, in dem diese Tatsachen entstellt und übertrieben und andere verschwiegen werden, wodurch der Sachverhalt in einem gänzlich anderen und für mich ungünstigeren Licht erscheint. Die völlige Haltlosigkeit der daran geknüpften Kombinationen ergibt sich aus der einfachen Tatsache, daß der in Rede stehende Brief vor der Abfertigung von meiner eigenen Frau gelesen und von ihr gebilligt worden ist. Wichtig ist, daß man die Sache sogar der Staatsanwaltschaft angezeigt hat, richtig aber auch, daß ich selbst schon vor mehreren Wochen dringend um mögliche Beschleunigung des Verfahrens gebeten habe, um eine gerichtliche Klarstellung herbeizuführen. Bis dahin muß ich eine weitere öffentliche Erörterung über diese rein persönliche Angelegenheit, namentlich in Rücksicht auf den leidenden Zustand meiner Frau ablehnen.

Wer mir überhaupt Handlungen zutraut, die mit den öffentlich von mir vertretenen Grundätzen in Widerspruch stehen, dem werde ich auch durch wiederholte Erklärungen kaum eine andere Meinung beibringen können, es sei denn durch eine anschließende Schilderung des zwischen meiner Frau und mir bestehenden glücklichen und in jeder Beziehung ungetrübten Verhältnisses. Bisher hat aber der politische Kampf vor der Familie überall achtungsvoll Halt gemacht, und auch ich kann der Majestät Oeffentlichkeit nicht das Recht zugestehen, bis in die Räume meiner erkrankten Frau einzudringen. Wilhelm Schäd.

Wie wenig Beweisskraft die antisemitische Presse selbst diesen geradezu kindischen Ausfälligkeiten beimißt, ergibt sich schon daraus, daß sie, wie die „Staatsbürger-Zeitung“, ihren Lesern die wirkliche Darstellung des Sachverhalts, insbesondere den Wortlaut des compromittierenden Briefes vollständig vorenthält! Die Herrn Schäd nahestehende Presse weiß selbst nur zu genau, daß der ganz unmißverständliche Wortlaut des Briefes alle Klüntereien des Herrn Schäd glatt zu Boden schlägt!

Unglaublich ist es z. B., daß Herr Schäd in seiner „Rechtfertigung“ die „völlige Haltlosigkeit“ der einzig möglichen Deutung seines pervertierten Angebots einer Ehe zu Dritt und übers Kreuz daraus herleitet, daß seine Frau den fraglichen Brief vor der Abfertigung gelesen und gebilligt habe. Das wird ja gerade behauptet, das steht ja in dem famosen Brief selbst, das ist ja die Voraussetzung und Voraussetzung der ganzen Beschuldigung! Eine so bodenlos alberne und dreiste Ausrede kann die Staatsbürgerin eben nur Lesern vorzulegen wagen, denen sie hartnäckig den Brief selbst unterschlägt!

Nicht minder grotesk ist Herrn Schäd's angebliche Sehnsucht nach gerichtlicher Klarstellung! Er selbst hat ja die beleidigte junge Dame um Zurückziehung ihrer Klage angefleht! Wenn also die Staatsanwaltschaft nicht auf Grund verjühter Kuppel- und Anklage erhebt, ist eine gerichtliche Aufhellung des Falles überhaupt nicht zu erwarten! Es sei denn, daß Herr Schäd selbst wegen Beleidigung klagt! Aber davon wird er sich hüten!

Ein wahrer Klub der Harmlosen also, dieser Verwaltungsrat des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes, der an die Unfähigkeit seines Vorsitzenden zu glauben vermag, den dessen eigener Brief so rettungslos belastet! Muß doch selbst die „Deutsche Tages-Ztg.“ von dem Briefe sagen:

„Der ganze Brief war so eigentümlich und die Andeutungen so bedenklich, daß wir geneigt waren, an eine Anklage oder an eine Fälligkeit zu glauben. Wir konnten unmöglich annehmen, daß der Abgeordnete Schäd in voller und klarer Ueberlegung einen derartigen Brief geschrieben habe.“

Trotzdem gilt Herr Schäd dem Verwaltungsrat des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes als verurteilte Unschuld! Um so schlimmer für den Verband, dessen Widerlächer gar nichts ungeringer wünschen können, als daß der Verband sich einen so unfähig bemaltenen Vorsitzenden erwählt!

### Brotverteuerung.

Das Statistische Amt der Stadt Berlin hat festgestellt, daß in der Reichshauptstadt 1 Kilogramm

	1894	1898	1909
Roggenbrot	20,48	24,31	31,57
Weizenbrot	35,15	41,70	56,49

kostete. Gegenüber 1898 ist also der Roggenbrotpreis um 50,40 Proz., der Weizenbrotpreis um 57,47 Proz. gestiegen. Gemessen an den Preisen des Jahres 1894 ist Roggenbrot um 54,52 Proz., Weizenbrot um 60,71 Proz. teurer als vor 15 Jahren!

Und die Junker, die sich als Hauptnutznießer des Brotwuchers dergestalt am Marke des Volkes mästen, wollten, während sie dem Volke weitere Hunderte von Millionen indirekter Steuern aufbürdeten, nicht einmal in Gestalt einer

minimalen Erbschaftsteuer zu den Kosten des Staates beitragen, der ihnen ihr Parasitenwesen sicher!

### Ein neuer agrarischer Mord.

Auf dem Gute Bollin bei Altenkrosen (Insel Rügen) wurde von der Gutsherrschaft ein Küstler erschossen, ein anderer Arbeiter durch eine Angel schwer am Halse und ein dritter leicht verletzt. Natürlich soll es wieder Rotweiz gewesen sein.

Die Arbeiter hatten für einen Knecht, dem Unrecht geschehen war, Partei ergriffen und waren vor das Gutshaus gegangen. Der Schwiegervater des Gutsherrn wurde verhaftet.

### Späte Einsicht.

Der am 7. September in Vorbed abgehaltene Rheinische Konvent des Deutschen Gastwirteverbandes stellte sich auf den Standpunkt, daß die Säle allen politischen Parteien, auch der Sozialdemokratie, zur Verfügung gestellt werden sollen.

### Ueber das militärische Wettrüsten

schreibt Oberst Gädde in einem Artikel des „Berliner Tageblatts“:

„Die Leistungen der acht Staaten Deutschland, England, Rußland, die Vereinigten Staaten, Frankreich, Oesterreich, Italien, Japan für ihre Land- und Seeverteidigung, oder besser gesagt: für ihre kriegerische Angriffskraft haben im Jahre 1909 bereits den fürchterlichen Betrag von mehr als 6,8 Milliarden Mark erreicht, ohne daß in dieser Summe die Ausgaben für die militärischen Zwecken aufgenommenen Kalkülen enthalten wären. An der Spitze aber steht (entgegen den Angaben des neuesten „Kontinents“) Deutschland mit 1350 Millionen Mark, ihm zunächst folgt England und dann Rußland. Frankreich und die Vereinigten Staaten haben eine Milliarde noch nicht ganz erreicht, streben diesem Ziele aber energisch zu.“

Rum ist es gar keine Frage, daß die militärischen Ausgaben infolge der steten Verbesserung und Verfeinerung der Waffen auch ohne Vergrößerung des Rahmens von Meer und Flotte ständig steigen werden. Die Kosten für ein Linienschiff waren noch in unserem Flottengesetze von 1906 auf 36,5 Millionen Mark veranschlagt; die Italiener berechnen jetzt schon für ihre Dreadnoughts einen Aufwand von 44 Millionen, die Oesterreicher von 47,75 Millionen und die Franzosen gar von 50 Millionen Mark. Es ist also klar, daß auch der Preis für unseren „Erfolg Oldenburg“ innerhalb der letztgenannten Grenzen sich bewegen wird. Damit aber ist zugleich sicher, daß selbst ohne jede Erweiterung des Flottengesetzes der Gipfelpunkt des deutschen Flottenbaus nicht, wie angenommen, mit 461 Millionen Mark im Jahre 1911 erreicht sein, sondern diese Summe ganz erheblich übersteigen wird. Und wenn andererseits schon jetzt angenommen werden darf, daß die berühmte Eshwowsche Finanzreform ungefähr ebenso weit reichen wird, wie ihre ebenso berühmte Vorgängerin, die Stengelsche, so darf man wohl an die erleuchtete Weisheit unserer Staatslenker die Frage richten, wie lange das so fortgehen soll, und woher sie das Geld für weitere Rüstungen zu nehmen gedenken.“

Oberst Gädde hält angesichts dieses unglaublichen Zustandes ein zwischen den acht genannten Staaten zu vereinbarendes Abrüstungsabkommen für dringend geboten.

Wenn Vernunft und Rücksicht auf das Gemeinwohl unsere kapitalistischen Staaten regierten, läge allerdings nichts näher als ein solches Abrüstungsabkommen. Da die Triebfedern der Politik unserer herrschenden Klassen aber sinnlose nationale Rivalität und skrupellose Gewinnsucht auf Kosten der Massen sind, wird erst das erstarkende Proletariat dem Wahnsinn des Wettrüstens ein Ende machen.

### Betrügereien in der Heeresverwaltung.

Durch Zufall sind in Königsberg, wie wir damals mitteilten, raffinierte Betrügereien beim ostpreussischen Rekrutenaufwerbend entdeckt worden. Bei der Versteigerung von ausrangierten Dienstpferden ließ im vorigen Jahre der Wachtmeister Schmiedede, dem bei der Auktion die Rolle eines Aufsichtsbeamten (1) zugeteilt war, durch Mannschaften sechs Pferde unter dem wachstumswidrigen Vorgeben, diese Tiere wären schon verkauft, bei Seite führen. Dann schlug er diese Pferde ohne Vorwissen seines Vorgesetzten an Käufer los. Auf die Anzeige des Sergeanten Petrat wurde gegen Schmiedede eine Untersuchung eingeleitet, die aber für unredliche Manipulationen des Angeklagten keine Anhaltspunkte lieferte; denn die Wächter ergaben, daß für sämtliche zum Verkauf ausgesetzten Pferde Bezahlungen eingegangen waren. Schmiedede sollte nur wegen vorchriftswidrigen eigenhändigen Verkaufes der sechs Pferde, der als Ungehorsam angesehen wurde, bestraft werden.

Bei diesem Prozeß kam nun ein jahrelang verblühter umfangreicher Betrag ans Tageslicht. Ein Zeuge, der ein Pferd von Schmiedede gekauft hatte, erzählte: Als er an dem betreffenden Auktionstage auf dem Kasernenhofe erschienen sei, hätte ihn Schmiedede gefragt, ob er ein Pferd kaufen wolle. Als er dies bejaht hätte, hätte ihn Schmiedede ein Pferd vorgeführt, für das er 150 M. bezahlen sollte. 100 M. hätte er an Schmiedede entrichtet, das übrige Geld hätte er dem Zahlmeister geben sollen. Schmiedede hätte an das Pferd eine 10 gezichnet und dann das Pferd dem Zahlmeister vorgeführt. Vom Zahlmeister hat Zeuge noch 4 M. herausbekommen, was ihn sehr in Erstaunen setzte, aber Schmiedede habe ihm gesagt, das würde schon stimmen.

In dieser Weise ist der Betrag auch in anderen Fällen verblüht worden. Die Militärkasse erhielt von dem Erlöse zahlreicher verkaufter Pferde immer nur einen geringen Teil. Und doch war anscheinend der Verkauf der Pferde „vorschriftsmäßig“ von statten gegangen.

Dieser Zeuge, durch den der Schwindel aufgedeckt worden ist, hatte in der Voruntersuchung die Unwahrheit gesagt, um den Wachtmeister zu retten. Dieser hatte ihn nämlich vorher ausgesucht und ihn gebeten, ihn nicht unglücklich zu machen. Unter seinem Eide bequeme sich der Zeuge aber doch dazu, die Wahrheit zu sagen, worauf Schmiedede sofort verhaftet wurde. Als dieser sah, daß nichts mehr zu retten war, gab er noch seine Freunde an, die ebenfalls den Militärkassenschatz in der geschilderten Weise betrogen hatten. Es wurden verhaftet der Wachtmeister Altas und der Sergeant Med, während der Kautenwirt nach Amerika floh.

Dieser Tage wurde den Dreien der Prozeß gemacht. Sie hatten sich wegen Unterschlagung, wissenschaftlichen Meineides und Anstiftung dazu zu verantworten.

Natürlich wurde die Oeffentlichkeit, angeblich wegen Gefährdung militärischer Interessen, ausgeschlossen, selbst die Verlesung der Anklage sowie die Urteilsbegründung erfolgten unter Ausschluss der Oeffentlichkeit! Nach zweitägiger Verhandlung wurden alle Angeklagten verurteilt. Es erhielten Schmiedede ein Jahr und einen Monat Gefängnis wegen Unterschlagung, Altas zwei Jahre Gefängnis wegen Unterschlagung und Meineides, den er, um sich vor Strafe zu schützen, im Vorprozeß gegen Schmiedede geleistet hatte. Med erhielt wegen passiver Bestechung fünf Monate Gefängnis. Von der Anklage der Anstiftung zum Meineide wurde Schmiedede freigesprochen. Gegen den Angeklagten wurde auch auf Degradation erkannt. Auffällig ist, daß der Sergeant Petrat, der

den Schmiedede zur Anzeige brachte, nach Bekanntwerden der Verurteilungen noch sechsjähriger Dienstzeit ohne Pension und Zivilversorgungspfecht plötzlich aus dem Militärdienst entlassen wurde mit der merkwürdigen Begründung, daß er zu wenig sprechen könne!

### Gesetzeskundige Gendarmen.

Am 5. September wurden in Dingolshausen wieder einmal zwei Genossen, die Flugblätter verteilten, vom Gendarm angehalten und gefragt, ob sie einen Gendarm beschuldigen könnten. Als sie den Hälter des Gesetzes darauf aufmerksam machten, daß sie die Schriften ja nicht verkauft, schnarrte er sie an: „Es wäre jetzt keine Reichs- oder Landtagswahl und somit wäre das verboten.“

Nach Feststellung der Personalien ließ der Gesetzeskundige Wächter der Ordnung die Missetäter von dannen ziehen.

### Ein Soldatenschilder.

Sergeant Karl Georg Med von der sechsten Kompagnie des Pflücker-Regiments Nr. 39 in Düsseldorf war am 10. August wegen fortgesetzter Mißhandlungen Untergebener zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Wir haben damals ausführlich darüber berichtet. Wegen der geringen Strafe, und weil nicht auf Degradation erkannt worden war, hatte der Anklagevertreter Revision eingelegt, jedoch sich am Dienstag das Oberkriegsgericht Münster mit der Sache zu befassen hatte. Dieses erkannte nunmehr gegen Med auf neuen Monate Gefängnis und Degradation.

### Spanien.

#### Die Kriegsgerichte an der Arbeit.

Barcelona, 8. September. Fünf Personen, welche des Auftrags und der Gräberschändung angeklagt sind, werden nächsten Donnerstag vor dem Kriegsgericht erscheinen. Die Polizei in Vilafranca hat 31 Personen verhaftet, die sich an den jüngsten Ereignissen beteiligt haben. Francisco Ferrer soll ebenfalls vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

### England.

#### Eine lustige Debatte um den Nordpol.

London, 8. September. Im Unterhaus richtete Sir Gilbert Parker an den Ministerpräsidenten Asquith die Anfrage, ob man annehme, daß das Land am Nordpol zu Kanada gehöre und, falls festgestellt werde, daß Cool die amerikanische Flagge am Pol aufgesteckt habe, ob alldann dieser Akt den Vereinigten Staaten irgend ein Recht auf die Besetzung dieser Gegend geben würde. Der Ministerpräsident erhob sich unter allgemeinem Gelächter des Hauses und antwortete: „In Erwiderung des ersten Teiles der Anfrage bemerke ich, daß, wie ich gehört habe, am Nordpol kein Land ist (Gelächter), der zweite Teil der Anfrage enthält zwei Hypothesen für mich, als daß ich eine definitive Antwort geben könnte.“

### Rußland.

#### Wahregelung des Petersburger „Gewerkschaftsbots“.

Der Petersburger Stadthauptmann hat dem Redakteur des „Gewerkschaftsbots“ wegen eines in der letzten Nummer enthaltenen Artikels über den Generalkrieg in Schweden eine Geldstrafe von 500 Rubel auferlegt. Die Tätigkeit des Blattes dürfte dadurch auf einige Zeit lahmgelegt worden sein.

#### Gefängnisgras.

Der „warme“ Karzer im Tscholokler Katorggefängnis, in welchem die Gefangenen lebendigen Leibes gebraten wurden, hat jetzt ein Seitenstück gefunden. In Witschki werden die Gefangenen vollkommen nackt in den Karzer gesperrt. Dauer der Karzerhaft — eine Woche.

### Türkei.

#### Armenischer Protest.

Konstantinopel, 7. September. Der armenische Patellarh überreichte der Pforte seine Demission, weil die Todesurteile gegen vier vom Kriegsgericht in Adana verurteilte Armenier vollstreckt worden sind, obgleich der Patriarch wiederholt bei der Regierung Schritte für ihre Begnadigung unternommen hatte.

#### Der Aufstand in Jemen.

Konstantinopel, 8. September. Nach Depeschen der Pforte aus dem Innern Jemens unterwarfen sich die Stämme der Kasas von Tehaml. Die Stämme der Kasas von Seidli haben neuerdings die türkischen Truppen angegriffen, wurden aber unter großen Verlusten zurückgeschlagen.

### Griechenland.

#### Mehr als eine Offiziersrevolte!

Der „Boff. Ztg.“ wird aus Athen geschrieben: Der Grundgedanke der jugugriechischen Bewegung, an der die Jüngste, die Studenten und andere Elemente des Volkes ebenso beteiligt sind wie die Offiziere, ist der, daß das griechische Staatswesen nicht vorwärts kommen kann, so lange das Günstlingswesen am Hofe sowie in Heer und Flotte besteht und so lange die Kammer von eigenmächtigen Personenparteien gebildet wird, deren Führer bloß für sich selbst und ihre Anhänger Profiteure aus Kosten des Staates herauszuschlagen suchen. Daß diesen Verhältnissen ein Ende gemacht wird, ist der allgemeine Wunsch, wobei die dynamische Frage selbst vorläufig nicht berührt wird, und die Offiziere haben bloß als Exekutivorgane aller so Denkenden gehandelt, sonst wäre ihnen der Erfolg sicher nicht so leicht zugefallen. Sechs Stunden nach dem Auszug der Athener Garnison nach Gudi, noch in der Nacht, hielten die Athener Jüngste eine Versammlung ab, die den Offizieren ihre „freudige Anerkennung für die tätige Beteiligung der Armee an den Aufgaben der Neuaufrichtung des Landes“ ausdrückte und an die Regierung und die Kammer das Verlangen stellte, daß sie, dem Volkswillen entsprechend, eine allgemeine Besserung der Zustände ohne Auslegung neuer Steuern herbeiführe. Diese Resolution ist gleichzeitig mit der Denkschrift der Offiziere dem Publikum bekannt gegeben worden. Die neue Acta soll durch Ersparnisse eingeleitet werden, und man glaubt, auf diese Weise Geld genug zur Ausgestaltung der Landesverteidigung aufbringen zu können. Ramentlich ist es auch auf das Vermögen der Klöster abgesehen, von deren enormen Einkünften bisher teils die Personenparteien, teils die Hofparteien gespeist wurden, so daß z. B. die Athener Metropole mit ihrer großen Gefolgschaft von Erzbischofen, Bischöfen, Priestern ein Staat im Staate geworden ist, wobei der Korruption und Unredlichkeit Tor und Tür geöffnet sind. In mehreren Provinzen entstanden schon vor zwei und drei Jahren Volksrevolten in den Klöster selbst gegen die unwissenden und diebischen Bischöfe. Die Klöstervermögen sollen nun eingezogen und für die Armee sowie zur Hebung des geistlichen Standes verwendet werden. Sollte die Reaktion dem Willen des Volkes Widerstand entgegenzusetzen suchen, dann wäre der Ausbruch einer Revolution unermesslich. Die Leiter der jetzigen Bewegung verlangen, daß alle Offiziere der Athener Garnison, die sich der Bewegung nicht angeschlossen haben — es sind deren nicht viele — in die Provinz versetzt werden. Oberst Retagos, der sich dem Auszuge seines Regiments nach Gudi widersetzen wollte, scheidet aus der Armee aus. Ein Adjutant des Prinzen Andreas, der Kavallerieutenant Kenian, der einige Unteroffiziere beschimpft und einige Soldaten mißhandelt hat, weil sie an der Bewegung teilnahmen, ist verschwindend; man fordert seine Streichung aus der Armee.

# Gewerkschaftliches.

## Die Christlichen an der Magermauer.

Die christlichen Gewerkschaftsführer, soweit sie Reichstagsabgeordnete sind, haben sich nicht wenig darauf eingebildet, daß durch ihre Hilfe der Viermillionenfonds zur Unterstützung der geschädigten Tabakarbeiter zustande gekommen ist. Nun die Ausführungsbestimmungen zum Tabaksteuererlasse sind, weinern sie, daß den Tabakarbeitern Schwierigkeiten gemacht werden könnten, um zu ihrem Recht und zu Unterstützungen zu kommen. Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ findet nun auch, „daß die mit der Ausführung der Bestimmungen betrauten Behörden unter Umständen Härten schaffen können“, und daß die eine Bestimmung in den Ausführungsbestimmungen den Unternehmern geradezu die Handhabe zu Lohnreduktionen geben könne. Es heißt nämlich dort, daß nicht unterstützungsberechtigt ist, wer einen Rinderpestdienst erleidet, ohne daß in dem Betrieb, in dem er beschäftigt ist, eine Betriebs-einschränkung eingetreten ist. Das christliche Zentralblatt bricht daher in die Klage aus:

„So bieten die Ausführungsbestimmungen mancherlei Haken, die zu Schwierigkeiten führen können. Es wird, wie gesagt, alles davon abhängen, ob die beauftragten Behörden mit dem nötigen sozialen Verständnis der ganzen Sache gegenüberstehen. Auf keinen Fall, das möchten wir grundsätzlich festhalten, ist es die Absicht des Reichstages gewesen, durch Annahme des Unterstützungsantrages die Arbeiter zu verpflichten, gegebenenfalls Streikbrecher zu werden und den Fabrikanten die Macht zu geben, Lohnreduktionen vorzunehmen. Beides stünde im Widerspruch mit den Intentionen der Gesetzgeber.“

Der bittere Nachgeschmack folgt dem Steuerbewilligungsausschuss gar sehr bald. Doch die Hoffnung auf das „nötige soziale Verständnis“ der Behörden erscheint uns sehr kläglich, die halten jedem deutschen Staatsbürger, der mit Gesetzen kommt, den Buchstaben des Gesetzes unter die Nase. „Watschreiwien is, is schreiwien!“ Daran hätten auch die christlichen Heulmeier denken sollen, bevor sie den Sündenfall begingen.

### Berlin und Umgegend.

Die Töpferträger, die im Verband der baugetverblischen Hilfsarbeiter organisiert sind, hatten am Dienstag eine außerordentliche Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, um den Bericht ihrer Lohnkommission über die Frage der Revidierung des Tarifs entgegenzunehmen. Walter berichtete über die Verhandlungen mit der Kommission der Arbeitgeber. Die Töpferinnung hat Vorschläge zur Revidierung des Tarifs der Töpferträger gemacht. Eine Anzahl Affordpositionen sollen danach die alten bleiben, verschiedene sollen aber herabgesetzt werden. Nur eine einzige Verbesserung enthält der Vorschlag der Innung. Die Meister vertreten den Standpunkt, daß der seit vier Jahren bestehende Tarif reformbedürftig sei. Von den Gehilfenvertretern wurde ihnen entgegengehalten, daß sich Verschlechterungen der Lohnbedingungen sehr schlecht mit der Mehrbelastung der Arbeiterschaft durch die Reichsfinanzpolitik vertrügen. Die Lohnkommission hat nun inzwischen einen Gegenvorschlag ausgearbeitet, den sie der Versammlung zur Durchberatung unterbreitete. Dieser wurde von Position zu Position durchgenommen. Die Versammlung beschloß einige Änderungen und gab der Lohnkommission für die weiteren Verhandlungen mit den Meistern verschiedene Wünsche mit auf den Weg.

### Warnung!

Die im „Deutschen Transportarbeiterverband“ organisierten Einlassierer und Kassenboten sehen sich gezwungen, eine neue Kontrollkarte über die Organisationszugehörigkeit herauszugeben.

Die rege Nachfrage der Arbeiterschaft veranlaßte auch einige unsaubere Elemente, sich der Organisation anzuschließen, um leichter Geschäfte abzuschließen zu können. Nachdem dieselben im Besitz der Kontrollkarte waren, sandten einige dieser „gewonnenen Elemente“ die Mitgliedsbücher retour mit dem Bemerkten, daß sie als Kassierer doch keinem Arbeiterverband angehören könnten. Die Kontrollkarte wurde wohlweislich nicht zurückgeschickt; die gebraucht man, um Geschäfte abzuschließen.

Die „neue Karte“ ist von „grüner“ Farbe und muß den Stempel tragen:

„Kontrolliert. Die Sektionsleitung.“

Wir ersuchen die gesamte Arbeiterschaft, in den nächsten Tagen eine scharfe Kontrolle vorzunehmen. Gleichzeitig danken wir für die uns bewiesene Solidarität.

Geschäfte aller Art (Nähmaschinen, Möbel, Verzierung usw.) schließt man nur mit organisierten Kassierern ab, welche im Besitze der grünen Kontrollkarte sind.

Die Ausgabe und Abkempfung der neuen Karte findet für die Berliner Einlassierer am Donnerstag, den 9. September 1900, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c, statt.

Die Agitationskommission der Einlassierer und Kassenboten.  
J. A.: Friedr. Ludow, Berlin N. 37, Fehrbelliner Straße 3.

### Deutsches Reich.

#### Deutscher Bauarbeiterverband.

Auf Grund der von den Verbandstagen des Maurerverbandes und des Bauhilfsarbeiterverbandes gefassten Beschlüsse unterbreiten die Vorstände beider Verbände den Mitgliedern einen neuen Statutenentwurf. Die neue gemeinsame Organisation soll den Namen: „Deutscher Bauarbeiterverband“ führen. Mitglieder können alle im Hoch- und Tiefbau beschäftigten Arbeiter werden. Insbesondere sind aufzunehmend berechtigt alle Maurer und deren Hilfsarbeiter; auch alle Angehörigen der Spezialbranchen des Maurergewerbes (Wassersbauer, Kessel- und Schornsteinmurer, Beton- und Kunststeinarbeiter, Plattenleger und Ansetzer, Terrazzo- und Mosaikarbeiter, Putzer aller Art), ferner alle Erdarbeiter, Einschaler, Abbrucharbeiter, Gerüstbauer und die bei der Ausschachtung von Baugruben und an den Pfahlrammen beschäftigten Arbeiter.

Die Mitgliedschaften beider Verbände werden aufgefordert, zu diesem Statutenentwurf, sowie überhaupt zu der Verschmelzungsfrage Stellung zu nehmen, und Abstimmungen vorzunehmen. Die Abstimmungsergebnisse sind an die Verbandsvorstände einzufenden, die sie veröffentlicht werden. Im Frühjahr 1910 halten dann beide Verbände zu gleicher Zeit und an demselben Orte einen Verbandstag ab, um zu der Verschmelzung erneut Stellung zu nehmen. Wird die beschlossene, dann treten die beiden Verbandstage zusammen und konstituieren den gemeinsamen Verband. Als Termin für den Zusammenschluß wird der 1. Januar 1911 in Aussicht genommen.

#### Tariffbewegung der Brauereiarbeiter in Hensburg.

Mit dem 15. August hat der mit den Brauereien abgeschlossene Tarifvertrag sein Ende erreicht. Die Brauereiarbeiter haben bereits im Juli einen neuen, nach den heutigen Verhältnissen abgeänderten Tarifvertrag an die Brauereien eingeleitet. Die Brauereien, die sich mittlerweile dem Arbeitgeberverband für Hensburg angeschlossen haben, stellen an die Arbeiter das Ansuchen, den alten Tarif auf weitere drei Jahre, ohne irgendwelche Verbesserung anzuerkennen, was begrifflicherweise die Arbeiter ablehnten. Nun stellen die Brauereien an die Arbeiter das Ultimatum, entweder ihrem Ansuchen

nachzukommen, im anderen Falle müßten sie sämtliche Leute entlassen.

Die Brauereiarbeiter wollen aber lieber keinen Tarifvertrag, als den alten ohne Verbesserung; sie sehen den Maßnahmen der Unternehmer ruhig entgegen.

Der Streit der Knopfarbeiter bei der Firma Schneider u. Wiling in Frankenhäusen am Ruffhäuser hat nach zweiwöchiger Dauer mit einem vollen Erfolge für die Arbeiter gendet. Die Fabrikanten haben den Tarif, den sie nicht unterschreiben wollten, nummehr anerkannt und unterschrieben. Das Resultat haben die Arbeiter ihrem einmütigen Zusammenhalten zu verdanken.

Zwei gelbe Tapezierergelbsen in Rostock haben die „Medienbürger Volkszeitung“ verklagt. Auf Grund der §§ 185 und 186 (1) wollen sie die Verletzung des Gewissens klagen, der die Nummer unseres Parteiblattes, in der ein Bericht aus dem Verbandsorgan der Tapezierer nachgedruckt worden war, auf Wunsch der Verbandskollegen in Rostock, verantwortlich zeichnete. Der Artikel kennzeichnet die Handlungsweise der Gelbsen, nennt sie „Vieblinge“ der Unternehmer, „Angstmeier“, „Kriecher“ und „solche Elemente“. Der Vorstand des nationalen Arbeitersekretariats mit Joseph Loser Rechtsauskunftsstelle, Ingenieur Beckmann in Rostock, verlangt in seinen Eingaben an das Gericht schnelle Erledigung.

#### Streik der Celluloidarbeiter in Nürnberg.

In Nürnberg ist in der Celluloidfabrik von Wolff ein Streik wegen Lohnfälligkeiten ausgebrochen, an dem 200 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt sind. Bisher haben sich keine Streikbrecher gefunden; die Firma verjagt jetzt aber, solche zu werden. Sie verjagt Streikbrecheragenten nach allen Richtungen. Zugang ist streng fernzuhalten!

#### Neue Ernte der christlichen Gewerkschaftsführer.

In Herbolzheim (Baden) hat der christliche Tabakarbeiterverband seine sämtlichen 117 Mitglieder verloren. Besonders die Tabakarbeiter spüren die Wirkung der neuen Tabaksteuer an eigenen Leiden am empfindlichsten. Die christlich organisierten werden daher auch am ehesten auf den Verrat ihrer Führer im Reichstage aufmerksam, die durch ihre enge Allianz mit dem Schnapsklub die Interessen ihrer Mitglieder schände im Stich ließen. Das Vorgehen der Herbolzheimer Tabakarbeiter kann daher den christlich organisierten Arbeitern im allgemeinen nur zur Nachahmung empfohlen werden. Sie wahren sich dadurch ihre eigenen Interessen.

### Ausland.

#### Theorie und Praxis.

Der französische Handelsminister Jean Dupuy hat sein Bedauern über den Mangel der Leistungsfähigkeit des französischen Arbeiters ausgesprochen und erklärt, er werde sich des gewerblichen Unterrichts kräftig annehmen. Darauf fragt ihn J. Felig in der „Humanité“, wie es zu diesem Bestreben passe, daß die Zeitung „Petit Parisien“ tüchtige Buchdrucker entlasse, um sie durch Wäden und Streikbrecher ohne ordentliche Ausbildung zu ersetzen. Eigentümer des „Petit Parisien“ ist — Herr Jean Dupuy.

#### 42. englischer Gewerkschaftskongress.

3. bis 11. September 1900.

Der diesjährige englische Gewerkschaftskongress hat ein über das sonst übliche Maß hinausgehendes Interesse, da er zur Frage der sozialen Gesetzgebung im allgemeinen wie zu den einzelnen konkreten Gesetz- und Reformvorschlägen Stellung nehmen soll. Ganz besonders ist die reaktionäre Presse des Landes durch den Umstand, daß die Organisation der Gasarbeiter eine sozialistische Resolution in der Unterrichtsfrage auf die Tagesordnung brachte, beunruhigt und aufgebracht. Im übrigen haben ja die Gewerkschaftskongresse hier erst wieder seit kurzem neue Bedeutung gewonnen; seit die Sozialisten, wie man wohl sagen darf, neues Leben hineinbrachten.

Der Bericht des parlamentarischen Komitees an den Kongress erwähnt mit Genugtuung, daß die infolge des Inkrafttretens des Gesetzes über den Achtstundentag für die Bergarbeiter entstandenen Reibungen glücklich überwunden sind. Zum Zwecke des Studiums der Arbeitsnachweise und der staatlichen bzw. städtischen Einrichtungen zum Schutze der Arbeitslosen in Deutschland wurde im Berichtsjahre eine Delegation von vier Parlamentsmitgliedern nach Deutschland geschickt. Sie besuchte Berlin, Frankfurt a. M., Leipzig und Dresden. Der gedruckte Bericht dieser Delegation lag dann im März einer besonderen Konferenz vor, an welcher 20 Delegierte teilnahmen, die 140000 Gewerkschaftsmitglieder vertraten. Es wurde einstimmig eine Resolution beschloffen, die die Errichtung von Arbeitsbüros auf nationaler Grundlage unter der Kontrolle des Handelsministeriums und mit paritätischer Verwaltung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer verlangt. Fast gleichzeitig legte die Regierung dem Parlament ein Gesetz vor, das die Einrichtung solcher Nachweise vorsieht. Das ganze Land soll danach in zehn Distrikte, von denen jeder ein Distrikthauptbüro mit einem Distriktsvorsteher erhält, eingeteilt werden, während das Zentralbüro sich in London befindet. Sogenannte Arbeitsbüros erster Klasse sollen etwa 30 bis 40 in Städten mit mehr als 100000 Einwohnern und etwa 150 dritter Klasse in den kleineren Städten errichtet werden. Paritätische Arbeitsnachweis-Kommissionen sollen in jeder größeren Stadt zusammengetreten, zur Hälfte aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehend, unter dem Vorsitz eines von der Regierung ernannten und besoldeten unparteiischen Beamten. Dies letztere, so sagt der Bericht, sei der Brauch auch in Deutschland. In provisorischen Räumen sollen zu Anfang des kommenden Jahres diese Arbeitsbüros ihre Tätigkeit beginnen, doch ist ein Plan in Bearbeitung, nach dem mit einer jährlichen Ausgabe von 4 Millionen Mark innerhalb der nächsten 10 Jahre für die hauptsächlichsten dieser Büros eigene Räume errichtet werden sollen. In den Kreisen der Gewerkschaftler war man jedoch darüber beunruhigt, wie die Reglements für die Geschäftsführung usw. dieser Arbeitsnachweise ausfallen werden, da das Gesetz hierüber keine Richtlinien enthält. Das parlamentarische Komitee hatte dieserhalb eine Unterredung mit den Regierungsvorstellern und hofft auf Berücksichtigung seiner Wünsche auch in dieser Hinsicht.

Ein nationales Arbeitslosen-Unterstützungsprogramm wird ebenfalls von der Regierung vertreten, doch soll sich dasselbe vorläufig nur auf die Arbeiter im Baugewerbe, Maschinenbau, Werkzeugfabrikation, Schiff- und Wagenbau und in Sägemühlen erstrecken. Dies würde etwa 2 1/2 Millionen erwachsene Arbeiter umfassen, oder ein Drittel der in der Industrie Beschäftigten. Obligatorische Beiträge sollen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern erhoben werden, während vom Staate größere Zuschüsse geleistet werden. Neben der direkten wöchentlichen Unterstützung durch diese staatliche Versicherungseinrichtung ist auch die Förderung jeder anderen Versicherungsform gegen Arbeitslosigkeit vorgesehen. Gegenüber der Versicherung mancher Gewerkschaftler, daß solche staatlichen Versicherungsanstalten den Einrichtungen der Gewerkschaften Konkurrenz machen und deshalb der Gewerkschaftsbewegung schädlich sein könnten, fährt der Bericht das Beispiel Deutschlands an, wo trotz der Arbeiterversicherungsgeetze die Gewerkschaften ständig an Mitgliederzahl zunehmen, und heute schon numerisch stärker sind wie in England.

Es sind 407 Delegierte, darunter vier Frauen, die 1701000 Gewerkschaftsmitglieder vertreten, anwesend. Unter den Delegierten befinden sich 33 Parlamentsmitglieder, 28 Friedensrichter, 2 Bürgermeister usw. Außerdem sind Vertreter der Arbeiterpartei (Labour Party), der englischen Gewerkschaftszentrale (General Federation of

Trade-Unions), der Konsumgenossenschaftsbewegung, des Handelsministeriums sowie der amerikanischen Gewerkschaften anwesend.

Dem Kongress gingen eine Reihe öffentlicher Verammlungen und Empfänge voraus, auch eine Konferenz der Metallarbeiter-Föderation, ferner eine Konferenz der Vereinigung für Arbeiter-Wohnungen und -Lüge. Das offizielle, vom lokalen Gewerkschafts-Kartell herausgegebene Programm sieht sogar für Sonntag in den drei größten Kirchen besondere „Kongresspredigten“ von bekannten Christlichen vor. Natürlich benutzen auch die Sozialisten aller Parteien die Gelegenheit, eigene öffentliche Veranstaltungen zu organisieren, deren für jeden Tag bzw. Abend mehrere vor-gesehen sind.

Die Begrüßungsrede des Vorsitzenden Skelton betont besonders die Erfolge der Arbeiterbewegung in den letzten Jahren auf politischem Gebiete. Nicht weniger als 53 Vertreter der Gewerkschaften und Arbeiterpartei gehören jetzt schon dem Unterhause an, besonders wird das Prinzip des neuen „Budgets“ begrüßt, das zum ersten Male dem Prinzip: Neue Lasten den Schultern, die sie am besten tragen können, aufzubürden, Rechnung trage. Daher der große Enthusiasmus der Arbeiterklasse für das Budget. Großen Beifall fand auch die Bemerkung, daß die Möglichkeit eines Krieges zwischen Deutschland und England, der von den Unionisten täglich an die Wand gemalt wird, deshalb undenkbar ist, weil die Arbeiter beider Länder einen Krieg nicht wollen.

Der schwedische Reichstagsabgeordnete G. Lindley sprach vor Schluß der Montagssitzung in geläufigem Englisch über den Kampf der schwedischen Arbeiterschaft an die Solidarität auch der englischen Arbeiterschaft appellierend. Er hob rühmend hervor, daß von den deutschen Arbeitern schon rund 1/4 Millionen Mark, von den dänischen Arbeitern über 280000 M. Unterstützung nach Schweden gefandt wurden, während in England ein direkter offizieller Aufruf zur Unterstützung infolge verschiedener Umstände noch nicht ergangen sei. Unter großem Beifall wurde beschloffen, Lindleys Rede sofort gedruckt allen angeschlossenen Organisationen zuzusenden nebst einer vom parlamentarischen Komitee vorgelegenen und vom Kongress einstimmig beschlossenen Sympathieresolution für die kämpfenden schwedischen Genossen, in der zur kräftigen materiellen Unterstützung aufgefordert wird.

## Verammlungen.

Ueber die politische Lage sprach Genosse Max Brunwald in einer öffentlichen Versammlung im sechsten Wahlkreis, die am Dienstag in Wilkes Saal, Brunnenstraße, stattfand. Der Redner wies besonders auf die Wirkung der neuen Steuern hin und zeigte die historische Bedeutung der Einführung von indirekten Steuern überhaupt; wie sie revolutionierend wirken, indem sie gerade die ärmsten Volksschichten am schwersten belasten. Die Hauptopposition gegen die neuen Steuern habe erst begonnen, als man ihre Wirkung schon spürte. Dann erst konnten die Indifferenten aufgerüttelt werden. — Als zweite große Erscheinung, welche die politische Lage beherrscht, nannte der Redner den Generalstreik in Schweden. Die allgemeine Aufmerksamkeit ist auf diesen großen Kampf gerichtet, dessen politische Wirkungen noch gar nicht abzusehen sind. Das Unternehmertum wird überall dahin drängen, daß die Regierungen dem Ausbruch eines Generalstreiks vorbeugen. Die Arbeiter aber können hinweg auf das große Recht der Tat und können sagen: Hier brennt das Feuer, womit ihr spielt, seht Euch vor!

Eine andere Erscheinung im politischen Leben, die mit den beiden genannten in keinerlei Zusammenhang steht, aber doch von allen Parteien genau verfolgt wird, bildet die jüngste Diskussion in unseren Reihen über den Fall Bernstein. Redner bedauert die Aufhebung des Streites. Die bürgerliche Presse glaubt, es brenne bei uns, während die Revisionisten nur ein Streichholz angezündet haben. Wenn wir in heftigen Streit miteinander geraten, sollte es sich doch lohnen, sollte es große Dinge betreffen. Der Fall Bernstein ist nicht wichtig genug und es sei zu hoffen, daß nicht etwa der Parteitag in Leipzig sich noch darüber aufrege. Genosse Brunwald betonte dabei, daß er die Wichtigkeit des Kampfes gegen den Revisionismus selbst nicht verkenne. — Am Schluß seines sehr beifällig aufgenommenen Vortrages erinnerte der Redner noch an den Kampf um das preussische Wahlrecht und forderte zu uner müßlichem Agitieren und Organisieren im Sinne unserer Parteibestrebungen auf. Zur Diskussion meldete sich nur ein Redner, der in gleicher Weise für unsere Partei eintrat. Ebenso betonte der Vorsitzende die Notwendigkeit einer starken Organisation und schloß dann die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie.

### Erklärung.

Nach dem Bericht des „Vorwärts“ über die Versammlung des ersten Berliner Reichstagswahlkreises vom 8. August hat ein Genosse Gutmann mit Beziehung auf einen von mir im „März“ veröffentlichten Aufsatz behauptet, daß ich „für die Politik des Zentrums schwärme“. In Wahrheit habe ich in dem betreffenden Aufsatz über die Zentrumsparthei gesagt:

„So schlecht ihre Politik ist, so geschickt ist sie gemacht.“

Nach dieser Probe von der Zuverlässigkeit der Gutmannschen Zitierungsmethode, die ich lediglich um einer Legendenbildung vorzubeugen, hier festzulegen, fühle ich mich der Verpflichtung einer weiteren Auseinandersetzung mit diesem Redner überlassen. Die Genossen aber bitte ich, ihr Urteil über mich nach eigener vollständiger Kenntnis dessen, was ich tue und sage, zu bilden, nicht nach dem, was andere über mich behaupten.

Im übrigen möchte ich bei dieser Gelegenheit mich dem mehrfach geäußerten Wunsche anschließen, die günstige Lage, in der die Partei sich gegenwärtig befindet, nicht durch einen Parteitag voll von Regiererei und Gezänk zu verderben. Wir haben wahrhaftig wichtigere Aufgaben.

Ursfeld, 8. August 1900.

Wolfgang Heine.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Die feindlichen Entdecker.

New York, 8. September. (Auf deutsch-antlantischem Kabel.) Peary hat an seine Frau folgende Depesche aus Indian Harbour gerichtet: „Guten Morgen, durch Sturm aufgehalten. Gräme Dich nicht über Cookgeschäfte, habe ihn festgenagelt.“

### Wißtrauen gegen Dr. Cool.

Brüssel, 8. September. (V. J.) Dr. Cool trifft am Sonnabend hier ein und wird sich bereits am Sonntag von Antwerpen nach New York einschiffen. Er kommt in Begleitung des Kapitäns Trolle, 2. Kommandant der Expedition Griffen und wird nur wenige Besuche abstatten. Er wird einem intimen Empfang beim Herrn Lecointe sowie beim Staatsminister Bernard beiwohnen. Die in Aussicht genommenen Festlichkeiten zu Ehren des Forschers sind abgesetzt worden.

### Armenische Beschwerden.

Konstantinopel, 8. September. (M. Z. B.) Der Ministerrat verhandelte heute über die Demission des armenischen Patriarchen und beschloß, drei noch nicht vollstreckte Todesurteile gegen Armenier in Gefängnisstrafe zu verwandeln. Zugleich wird die Forderung dem Patriarchen mitteilen, daß es sich hierbei nicht um eine religiöse, sondern um eine politische Frage handele und daß daher für die Demission kein Grund vorliege. Auf dem Patriarchat erklärt man das Vorgehen der Regierung in der Adnanfrage für unbefriedigend. Wenn die Hauptschuldigen an den Mordtaten nicht ernstlich bestraft würden, würden mit dem Patriarchen beide Ausrufen des Patriarchates ihre Demission geben.

Für den schwedischen Generallstreik.

Bei der Berliner Gewerkschaftskommission gingen ferner für die ausgesperrten und im Generallstreik stehenden schwedischen Arbeiter ein:

- List of names and addresses of Swedish workers and unions, including names like Schmidt, Pöschner, and various street addresses in Berlin.

- Continuation of the list of names and addresses of workers and unions, including names like Schmidt, Pöschner, and various street addresses in Berlin.

Schmidt, Pöschner Straße 105 4. — Gefangenenverein „Gesundbrunnen Harmonie“, 2. Rate 20.05. Köpfer, Deutscher Platz 10, 25. Bully Diez 2. — D. R. Bernstorff 2.50. J. Gromoff, Breslau 8. — Von den Monteuren und Mechanikern der Berliner Privattelephonengesellschaft und Restaurateur...

Der tschechische sozialdemokratische Parteitag.

Zur heutigen Sitzung ist auch Abgeordneter Scabar (Tschechien) als Vertreter der italienischen Sozialdemokratie in Oesterreich eingetroffen, der den Kongress auf das herzlichste begrüßt. Von der polnischen Partei ist ein Begrüßungs-telegramm eingelaufen. Zur Verhandlung steht der parlamentarische Bericht...

Kleines feuilleton.

Cool und Peary. Dr. Cool hat am Dienstagabend den an gekündigten Vortrag über seine Nordpolfahrt in der geographischen Gesellschaft zu Kopenhagen gehalten. Nach übereinstimmenden Berichten einer Reihe von Zuhörern verschiedener Nationalitäten lösten die Cool'schen Ausführungen ein starkes Gefühl der Enttäuschung aus.

mehr den Gemäßigten zuzuwenden. Er landete schließlich als preußischer Reaktionsär. Die Hohlheit und der Waffens-berachtende Dünkel seiner Kritik hat wenigstens ein Gutes zeitigt: „Die Heilige Familie“, in der Marx und Engels mit dem ehemaligen Freunde und Bestimmungsgenossen abrechneten — so stark, daß der Ton der Schrift bis heute ein Gegenstand des Vorwurfs für die Verfasser geblieben ist...

der Welt usw., alles ist auf das Äußerste beschränkt. Die Folge hiervon ist, daß diese schwindelhaften Höhen sehr leicht Stürzungen erleiden. Ein Stänbchen, das von einer kräftigeren Uhr noch mühelos beiseite gehalten wird, wird hier zum Hemmblock. Die Gehäufteile sind so dünn gearbeitet, daß schon ein geringer Stoß gegen die Westentasche Verbiegungen und Beulen erzeugt...

Humor und Satire.

Schackan à son goût. Mein Herz, ich will dich fragen: Was ist nun Liebe, sag? Drei Seelen und ein Gedanke, Drei Herzen und ein — S c h a d.

Das ist keine alte Geschichte, Sie ist ganz neu. Und wenn sie lustig pufferet, Mit dem ist es vorbei.

Bruno Bauer. Am 9. September 1899 erblickte Bruno Bauer zu Eisenberg im Thüringischen das Licht der Welt. Der hundertjährige Geburtstag des Älteren und Bedeutenderen der Gebrüder Bauer ruft die Erinnerung an das erste gemeinsame Werk der beiden Väter der deutschen Sozialdemokratie wach.

„Kavalier“-Uhren. Die Zeitmesser sind von jeher der Mode stark unterworfen gewesen. Die Moden waren nicht immer gut, aber vielleicht keine so schlecht, wie die der sogenannten „Kavalier“-Uhren. Man versteht darunter Taschenuhren von möglichst geringer Größe. Die Schweizer Fabrikanten, die seit einigen Jahren diese Art Uhren auf den Markt bringen, überbieten sich gegenseitig in der Erzeugung von Taschenuhren von kaum glaublicher Schmächtigkeit, die sie mit „extra-plat“, „ultra-plat“ und mit ähnlichen französischen Ausdrücken belegen, die sich auf die Dämlichkeit dieser Uhren beziehen.

Notizen. — Gustav Pfaffen hat einen neuen Roman vollendet, der demnächst unter dem Titel „Klaus Hendrik Vaas“ erscheinen soll. — Ein Heilerum gegen die Cholera will Dr. Salimini, ein italienischer Bakteriologe am Pasteur'schen Institut in Paris, gefunden haben. — Eine Million Beamte. Auf diese stattliche Zahl wird es im nächsten Jahre Frankreich, der kaisliche Beamtenstaat, annähernd bringen. Bei einer Bevölkerungsziffer von rund 40 Millionen Seelen bedeutet dies einen Beamten auf 40 Einwohner. Auf den Staat entfallen davon 643 889.

sich verringert hat, wenn selbst die Zustände beim Militär sich gebessert haben, wenn die unheimlichen Soldatenmissetatungen weniger werden, weil jeder Soldat weiß, daß er sich an die sozialdemokratischen Abgeordneten wenden kann, die jeden derartigen Fall im Parlament zur Sprache bringen: so beweist das alles, was wir geleistet haben. Ein harter sozialdemokratischer Verband ist eben der stärkste Ball gegen reaktionäre Gelüste der Regierungen. Und daß der Finanzplan der Regierung nicht Gesetz wurde, ist ausschließlich das Verdienst des sozialdemokratischen Verbandes, wie das selbst die bürgerliche Presse wiederholt konstatiert hat. Im alten Kurienparlament sind neue Steuern immer mit größter Geschwindigkeit beschlossen worden. Auch zur Zeit der Kriegsgefahr hat der Verband seine Pflicht vollauf erfüllt. Es ist sicher, daß die serbische Kriegspartei, wenn sie unter der Führung des Kronprinzen Georg so energisch mit dem Säbel raffelte, nicht nur auf die Hilfe des Jaren rechnete, sondern auch darauf, daß in dem Augenblick, wo es zum Ultimatum kommt, in Oesterreich eine Revolution ausbrechen werde. Damit mußten wir rechnen, und wenn unsere deutschen Genossen damals im Parlament erklärten, daß sie sich gegen den Krieg stellen, aber nicht um jeden Preis, so taten sie das in der Ueberzeugung, daß sie damit den Aspirationen der serbischen Kriegspartei ein Ende bereiten und damit dem Frieden am meisten nützen, ebenso wie wir alle dann gegen die Kriegsgelüste der österreichischen Soldateska mit aller Energie protestierten — an jenem 18. März, da das Parlament vor den Ferien stand. Die Kriegsgefahr war auf das äußerste gestiegen. Damals brachten wir unseren Dringlichkeitsantrag für den Frieden ein, und bei jeder Gelegenheit kam es zu einem denkwürdigen Duell, wie wir es im Parlament noch nie erlebt haben. Auf der einen Seite die Sozialdemokraten, die mit allem Nachdruck für den Frieden manifestierten, auf der anderen Seite die Patrioten, die Stützen von Thron und Altar, die Christlich-sozialen, die für den Krieg demonstrierten. Hier die rote Fahne, den Frieden verkündend, dort unter der Fahne Christi die Feldpatres nach Krieg schreiend. Als wir durch den Mund unseres Redners dem serbischen Proletariat unseren Gruß einboten und dem serbischen Abgeordneten, dem Genossen Kuzlewitsch, der allein im serbischen Parlament begeistert für den Frieden eingetreten war, unsere Sympathien über die Grenzen hinüberjandten, da schrien die Patrioten, wie von Furien gepreßt, auf. Aber der Wahn war gebrochen und sie wagten es nicht, gegen unseren Antrag zu stimmen. Unser Antrag wurde einstimmig angenommen, und sie konnten den Eindruck dieser Kundgebung nicht durch die Annahme eines Zusaged verwickeln, der den österreichischen Soldaten die Sympathien aussprach. Unter dem gewaltigen Eindruck dieser Friedensmanifestation ging das Parlament in die Ferien, und diesem Eindruck konnte sich auch nicht die österreichische Soldateska entziehen, die nur darauf gewartet hatte, ihr Ultimatum nach Serbien zu schicken. Wir traten vor unsere Wähler in dem Bewußtsein, daß wir in dem Augenblick, wo die Kriegsgefahr am größten war, unsere Pflicht als internationale Sozialdemokraten erfüllt haben, um den Frieden zu retten. (Stürmischer Beifall.)

Der Redner bespricht dann die letzten Ereignisse im Parlament. Es gibt Parteien, die sich radikal gebärden, und glauben, daß die Obstruktion das radikalste sei. Aber das ist nur Scheinradikalismus. In Wirklichkeit ist die Obstruktion Arbeit der Henschelrechte der Reaktion und des Absolutismus. Das System Wienertsch wird nicht durch Obstruktion beseitigt. Obstruktion bedeutet im Gegenteil Stärkung dieser Regierung, bedeutet neues Leben für die Bureaucratie, bedeutet eine Schädigung des Volkes; denn niemand hat über die Verschlagung des Parlaments eine Freude als die bureaukratisch-militärische Reaktion, die dadurch der Kontrolle des Parlaments entzogen wird. Zu sagen, was nun geschehen wird, ist unmöglich. Man spricht sogar von der Auflösung des Parlaments. Aber mag geschehen was immer, wir sind auf alles vorbereitet. Wird das Parlament arbeiten, so werden wir dort unseren Mann stellen; wird das Parlament aufgelöst, so werden wir in den Kampf gehen. Wird aufgelöst, dann auf in den Kampf, Ihr Hunderttausende, in den Kampf unter dem Banner des Sozialismus! (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Hierauf referiert Benet-Brünn über die Tätigkeit der mährischen Landtagsfraktion. In der Debatte wendet sich Novak-Brög dagegen, daß die deutschen Genossen zur Thronrede in die Hofburg gegangen seien. Surian-Brünn erklärt, wenn man auch im einzelnen vielleicht mit der Fraktion nicht einverstanden sei, müsse man zugeben, daß ihre Politik immer eine prinzipielle und rein sozialdemokratisch war. Er stellt der Fraktion anheim, ob sie nicht einen Antrag auf Erhebung der Ministeranfrage gegen das Ministerium wegen Schließung der „Freien Schule“ einbringen solle. Abgeordneter Remec würde wünschen, daß eine ernste Bewegung für die Abschaffung des Herrenhauses und der Delegationen eingeleitet würde. Bezüglich des Ganges zur Thronrede erklärte er, die Thronrede sei ein politischer Akt und es sei keine Kundgebung der Royalität gemeint, wenn die deutschen Sozialdemokraten hingegangen seien. Auf eine Vermählung der Unterredung Bernersdorfs mit dem Kaiser nach seiner Wahl zum Vizepräsidenten erwidert er, da müsse man doch fragen, won es größere Ueberwindung gelöst habe, Bernersdorfs, mit dem Kaiser zu reden, oder den Kaiser mit einem Sozialdemokraten mit der erprobten antimonarchischen Vergangenheit Bernersdorfs. Zum Schluß wird dem sozialdemokratischen Klub einstimmig das Vertrauen ausgesprochen.

In der dritten Sitzung referierte Brugs-Brög über die Organisation; über die Jugendorganisation referierte Ober-Brög, über die Frauenorganisation Genosin Wlach-Brög. Die Debatte über diesen Gegenstand soll erst morgen stattfinden.

Es folgt der Punkt:

Die nationale Frage und die Sozialdemokratie. Darüber referiert Dr. Schymerl, der unter anderem ausführte: Nach der Eröberung des allgemeinen Wahlrechts ist unsere wichtigste Aufgabe der nächsten Zukunft die Regelung der nationalen Frage, was identisch ist mit der völligen Umgestaltung der Staatsverfassung. Der Dualismus ist ein raffiniertes System zur Beherrschung und Unterdrückung der Nationen, das im Jahre 1867 nur deshalb geschaffen werden konnte, weil die Nationen in Oesterreich und in Ungarn damals wirtschaftlich, kulturell und daher auch politisch unentwickelt waren — mit Ausnahme eben nur der Deutschen und Magyaren. Heute aber gelangen durch den industriellen Aufschwung außer den Deutschen und Magyaren auch die anderen Völker zur Reife und zur Kraft. Die Aenderung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse muß auch eine Aenderung der politischen Machtverhältnisse zur Folge haben. Die Sozialdemokratie ist in erster Reihe berufen, an der Regelung der nationalen Frage mitzuwirken, an die Stelle des alten bureaukratischen Oesterreichs ein neues, einen Bund freier, autonomer Nationen zu setzen. Dazu aber ist es nötig, daß die sozialdemokratischen Parteien aller Nationen ein einheitliches, in allen konkreten Einzelheiten ausgearbeitetes nationales Programm haben. Vor zwölf Jahren sind die ersten tschechischen Sozialdemokraten mit einer Erklärung gegen das böhmische Staatsrecht in das Parlament eingetreten. Das böhmische Staatsrecht kann nicht das Ziel der tschechischen Politik sein. Der Redner stellt dieser ein anderes Ziel: 1. Die Durchführung der nationalen Autonomie für jede der österreichischen Nationen auf der Grundlage des Personalitätsprinzips in sozial-kultureller Beziehung; 2. die Demokratisierung, Autonomisierung und Dezentralisierung der staatlichen Verwaltung und der staatlichen Behörden in allen übrigen Beziehungen. Der Redner legte einen ins einzelne ausgearbeiteten Entwurf vor, der zur Grundlage der Verhandlungen mit den sozialdemokratischen Organisationen der anderen Nationen genommen werden soll, und beantragte folgende Resolution: „Der Kongress beauftragt die Parteivertretung, sofort mit den Parteien der anderen Nationen in Oesterreich in Verhandlungen zu treten, damit das vom Brünner

Parteitag im Jahre 1899 beschlossene nationale Programm revidiert und so konfret und detaillierter ausgearbeitet werde, daß es für die Zukunft die Grundlage nicht nur für die einheitliche Auffassung der nationalen Angelegenheiten, sondern auch einer einheitlichen politischen Praxis aller sozialdemokratischen Parteien in Oesterreich bilde.“

Auch hierüber wird die Debatte morgen stattfinden.

## Aus der Partei.

### Aus den Organisationen.

Nach dem soeben erschienenen Jahresbericht des sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Frankfurt a. M. ging im letzten Berichtsjahre infolge der Wirtschaftskrisis die Mitgliederzahl des Vereins um 175 zurück. Und zwar hat sich die Zahl der männlichen Mitglieder im Berichtsjahre von 4940 auf 4774 und die Zahl der weiblichen Mitglieder von 885 auf 856 verringert. Ein Vergleich der Altersklassen mit denen des Vorjahres zeigt, daß von der Verringerung ausschließlich die jüngeren Altersklassen betroffen wurden, während die Klassen der reiferen Jahre noch einen Zuwachs erfahren haben. Mitglieder unter 20 Jahren zählt der Verein nur 19 (gegenüber 47 im Vorjahre), männl. Mitglieder von 20—25 Jahren 870 (888 im Vorjahre); 26—30 Jahre zählen 1083 (1127) und 31—35 Jahre 1177 (1189) Mitglieder. Die übrigen Mitglieder — von den insgesamt 4774 — haben ein Alter von 36 bis über 70 Jahren (über 60 Jahre nur 11 und über 70 nur 3 Mitglieder!) — Der Kassenbericht zeigt eine Reduzierung der Einnahmen gegenüber 1907/08 um 6800,62 M., die Gesamteinnahmen betragen 23 577,60 M. und die Gesamtausgaben 28 806,77 M. Der Wahlfonds bezeichnet eine Gesamteinnahme von 2478,29 M.; bei Beginn des Geschäftsjahres wurden 3966,63 M. Kassenbestand übernommen, so daß insgesamt der Wahlfonds eine Stärke von 6443,92 M. hat. Diefem steht eine Ausgabe von 892,06 M. gegenüber. Das gesamte Parteivermögen beträgt 20 033,18 M.

### Ein internationales Jubiläum.

Die 40jährige Erinnerungsfeste, die am Sonntag in Basel zu Ehren des Internationalen Arbeiterkongresses von 1869 abgehalten wurde, vereinigte zirka 9000 Arbeiter und Genossen, die trotz des strömenden Regens einen Demonstrationsszug durch die Straßen der Stadt ausführen und sich sodann bei etwas gebessertem Wetter auf dem Festplatz im großen Kasernenhofe versammelten. Genosse Redakteur Frei begrüßte die Versammlung, worauf Genosse Grenzlich in eindrucksvoller Festrede einen Vergleich zwischen der damaligen und der heutigen Arbeiterbewegung zog, um zu dem Schluß zu kommen, daß der Sozialismus markiert und daß wir aus der Geschichte der proletarischen Massenbewegung die unerschütterliche Ueberzeugung von dem endlichen Siege des arbeitenden Volkes schöpfen können. Genosse Dr. Adler-Wien wies auf die und noch bevorstehenden Kämpfe der Zukunft hin. Genosse Dr. Renner-Wien schilderte in markanten Zügen den Werdegang der proletarischen Massenbewegung und zeichnete ein Bild der gegenwärtigen revolutionären Vorgänge im Osten Europas und in Asien, wo sich, wie vor 100 Jahren in Europa, gewaltige Umwälzungen vollziehen. Alle Reden fanden stürmischen Beifall. Gesangliche und musikalische Vorträge sowie turnerische Produktionen rahmten in würdiger Weise die unvergeßliche Feier ein.

### In Sachen „Ruskija Wjedomosti“

erhalten wir folgende Zuschrift: Von einer längeren Reise zurückgekehrt lese ich erst jetzt im „Vorwärts“ vom 29. August eine aus der „Leipziger Volkszeitung“ übernommene, anlässlich der Verfassendebatte getane Neuherausgabe über die Moskauer Zeitung „Ruskija Wjedomosti“. Vielleicht gestatten Sie mir als Berliner Vertreter dieses Blattes einiges auf die dort enthaltene Charakteristik der „Ruskija Wjedomosti“ zu erwidern.

1. Es ist unter den Russen allgemein bekannt, daß die „Ruskija Wjedomosti“ kein Rabattenorgan ist, sondern ein völlig von der Rabattenpartei unabhängiges Blatt, das unter keinen Umständen verantwortlich gemacht werden kann für offizielle Reden der Rabattenführer im Inlande wie im Auslande.

2. Jeder Leser der „Ruskija Wjedomosti“ weiß ganz genau, daß diese Zeitung keine „nichtigwichtigen“ und gemeinen Angriffe auf die Sozialdemokratie“ enthält. Ihr einziger Inhalt ist, den Kampf gegen die Reaktion zu führen und jede wirklich liberale und demokratische Bewegung zu unterstützen.

3. Jedem Kenner der „Ruskija Wjedomosti“ wird es ungläubig erscheinen, dieses Blatt hätte „Schirren seiner Majestät des Jaren“ entschuldigt, als diese einen von Fabrikanten und Gewerkschaftlern besetzten Kongress für Fabrikkongress unmöglich machten.“ Dagegen ist Tatsache, daß die aufrichtigsten Gefühlsorte jeder Arbeiterwohlfahrt und der Organisationsbestrebungen russischer Arbeiter zu den ständigen Mitarbeitern gehören, darunter auch der bekannte sozialpolitische Schriftsteller Dr. Tokomjan, der zugleich an der „Ruskija Wjedomosti“ wie an der wissenschaftlichen Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie, der „Neuen Zeit“, mitarbeitet.

### Der Sozialismus und die japanische Regierung.

Es ist schon häufiger an dieser Stelle auf die ständigen Fortschritte hingewiesen worden, die der Sozialismus in Japan in den letzten Jahren gemacht hat. Die japanische Regierung sieht das mit Schrecken und greift zu brutaler Verfolgung, um die Bewegung zu ersticken. Ein Brief, den die „Gazetta del popolo“ aus Yokohama erhalten hat, legt für diese Haltung der japanischen Regierung ein vollständiges Zeugnis ab, und er sei daher als wichtiges Kulturdokument aus dem Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts in seinen wesentlichsten Einzelheiten wiedergegeben.

Unter der Verschuldigung, sozialistische Flugblätter verteilt zu haben, war vor einiger Zeit die Herausgeberin des „Jihu Shiso“ („Der freie Gedanke“), die Frau Sugano Suga verhaftet worden, und diese Verhaftung hatte in Japan ein solches Aufsehen hervorgerufen, daß sich die japanische Regierung und in erster Linie der Minister des Innern zu einer Erklärung veranlaßt sah, in der es hieß: „Die Stellungnahme der sozialistischen Bewegung gegenüber wird für die japanische Regierung lediglich durch die ihr obliegende Pflicht bestimmt, die öffentliche Moral und die öffentliche Ordnung zu schützen. Die Sozialisten haben ihre Anschauungen bis zu einer untragbaren Schärfe weiterentwickelt, selbst die Heiligkeit des Thrones“, die von jedem Japaner als überkommenes Erbe treu gewahrt und in frommer Scheu verehrt wird, hat in ihren Augen alle Bedeutung verloren. Es kommen die geradezu furchtbaren Lehren hinzu, die sie über die Beziehungen der beiden Geschlechter untereinander verbreiten, und die nur dazu führen, die menschlichen Wesen auf das Niveau brünstiger Tiere herunterzudrücken. Hier hat die Regierung die heilige Verpflichtung, einzuschreiten, denn sie ist verantwortlich für das Volkswohl und muß daher die herandrängende Woge solcher Lehren eindämmen, ehe sie mit verheerender und vernichtender Gewalt über das ganze Land dahinkraucht. Die Behörden sind fest entschlossen, ihre Pflicht zu tun und sich durch nichts von diesem Wege abbringen zu lassen. Daß der Sozialismus in Japan existiert, kann von keinem Optimisten mehr geleugnet werden, aber diese Bewegung ist nicht, wie man beschönigend und beruhigend gesagt hat, ein halber Wahnsinn, der von selbst wieder auf den rechten Weg finden wird, sondern sie ist eine verzehrende und ansteckende Volkskrankheit und muß daher bekämpft werden wie die Cholera und die Pest. Und diesen Kampf gegen die sozialistische Bewegung wird die Regierung führen, so lange sich noch irgendwo und irgendwie sozialistische Regungen zeigen.“

Das Dokument zeigt, daß die japanischen Staatsmänner nicht gescheitert sind, wie ihre osteuropäischen Kollegen. Sie werden in ihrem Kampf gegen den Sozialismus dieselben bösen Erfahrungen machen, wie diese.

## Vom Bierkrieg.

### Die Schulknechtbiererei Aktiengesellschaft

zu Berlin sendet uns eine Zuschrift, in der sie mit Bezug auf unsere Veröffentlichung an dieser Stelle in Nr. 207 des „Vorwärts“ schreibt:

„Es ist nicht zutreffend, daß die übrigen Brauereien durch unseren Widerstand daran gehindert worden sind, sich mit einer Preisberhöhung von weniger als 3,50 M. zufrieden zu geben. Tatsächlich haben wir von vornherein einen Preisaufschlag von 3,00 M. als vollkommen ausreichend erklärt und nur auf das Drängen der anderen Brauereien sind wir dazu gelangt, uns mit einer Erhöhung dieses Satzes auf 3,50 M. einverstanden zu erklären. Wenn also neuerdings ein Aufschlag von 2,50 M. pro Hektoliter in Aussicht genommen wird, so entspricht dies durchaus unseren ursprünglichen Intentionen. Auch für unser Flaschenbier soll der Preis um höchstens 2,50 M. pro Hektoliter, d. i. 25 Pf. für 80 Flaschen, heraufgesetzt werden.“

## Aus Industrie und Handel.

### Deutschlands Kauffahrteiflotte.

Ueber den Bestand der deutschen Seeschiffe (Kauffahrteiflotten) am 1. Januar 1909 werden im 3. Heft des Jahrganges 1909 der Vierteljahrshefte zur „Statistik des Deutschen Reiches“ einige Mitteilungen gegeben, denen ausführlichere Nachweisungen in dem ersten Teile des Bandes 225 der Statistik des Deutschen Reiches folgen werden. Danach waren an registrierten Fahrzeugen mit einem Bruttoreumgehalte von mehr als 50 Kubikmeter vorhanden 4638 Schiffe mit einem Gesamtraumgehalte von 4 355 804 Registertons brutto und 2 825 404 Registertons netto gegen 4571 Schiffe mit 4 282 720 Registertons brutto und 2 790 435 Registertons Reittorraumgehalt am 1. Januar 1908. Es hat also gegen das Vorjahr die Zahl der Schiffe um 67 zugenommen, der Bruttoreumgehalt um 73 144 Registertons, der Reittorraumgehalt um 84 969 Registertons. Der Gesamttonnage nach waren am 1. Januar 1909 2261 Segelschiffe mit 404 158 Registertons brutto und 416 514 Registertons netto, 324 Seelichter (Schleppschiffe) mit 112 342 Registertons brutto und 105 980 Registertons netto, sowie 1933 Dampfer mit 3 779 364 Registertons brutto und 2 302 910 Registertons netto vorhanden, während am 1. Januar 1908 die Zahl der Segelschiffe 2345 mit einem Raumgehalt von 480 533 Registertons brutto und 433 749 Registertons netto, die der Seelichter 304 mit einem Raumgehalt von 105 740 Registertons brutto und 99 903 Registertons netto und die der Dampfer 1922 mit einem Raumgehalt von 3 696 447 Registertons brutto und 2 268 783 Registertons netto betragen hatte. Die Verteilung auf die einzelnen Größenklassen war bei den drei Schiffskategorien sehr verschieden. Unter den Segelschiffen waren der Zahl nach die kleinen Fahrzeuge am stärksten vertreten, und zwar die Schiffe von 80 bis unter 100 Registertons Bruttoreumgehalt mit 84,8 Proz., die unter 30 Registertons mit 25,5 Proz. und die von 50 bis unter 100 Registertons mit 24,1 Proz. aller Segelschiffe. Die größte Zahl der Seelichter entfiel auf die Größenklasse von 200 bis 300 Registertons Bruttoreumgehalt mit 29,0 Proz. aller Seelichter, demnachst auf die Größenklassen von 300 bis 400 Registertons mit 18,8 Proz. und von 100 bis unter 200 Registertons mit 16,7 Proz. Bei den Dampfschiffen fand eine gleichmäßigere Verteilung auf die einzelnen Größenklassen statt. In beträchtlicherer Anzahl vorhanden waren nur Schiffe zwischen 100 und 200 Registertons Bruttoreumgehalt mit 13,2 Proz. aller Dampfschiffe, sodann solche von 200 bis unter 300, von 50 bis unter 100, von 300 bis unter 1000 und von 2000 bis unter 2500 Registertons (9,2 Proz., 7,1 Proz., 3,3 Proz. und 5,1 Proz.). Die Zahl der regelmäßigen Besatzung betrug am 1. Januar 1909 72 450, wovon auf Segelschiffen 12 844, auf Seelichtern 1155 und auf Dampfschiffen 58 451 Mann bedienstet waren. Am 1. Januar 1908 entfielen von 71 853 Mann Besatzung aller Seeschiffe 12 800 auf Segelschiffe, 1058 auf Seelichter und 57 995 Mann auf Dampfschiffe.

### Bewässerungsanlagen in Argentinien.

Die argentinische Kammer genehmigte heute, wie telegraphisch aus Buenos Aires gemeldet wird, das Gesetz betreffend die Durchführung der Bewässerungsarbeiten, deren Kosten aus dem Verkauf der Wälder und aus der Emission von 25 Millionen Goldpapieren in fünfprozentigen Papieren bestritten werden sollen. Sie nahm ferner ein Gesetz an, durch welches die Genehmigung erteilt wird zur Ausgabe von 18 Millionen Papierpapieren zu 5 Proz. zur Ausführung der Wasserleitung und Kanalisation von Buenos Aires.

## Soziales.

### Bauarbeiterkongress für Hessen-Nassau und Waldeck.

In Frankfurt a. M. tagte am Sonntag die Konferenz der Bauarbeiter der Provinz Hessen-Nassau, Hessen und Waldeck, um zu dem in letzter Zeit fast vernachlässigten Bauarbeiterkongress Stellung zu nehmen. Die Beteiligung war außerordentlich zahlreich. Beteiligt waren 98 Orte durch weit über 100 Delegierte. Ferner die Zentralkommission durch Genossen Heine-Hamburg. Erschienen waren ferner Landtagsabgeordneter Dr. Flech, der Reichstagsabgeordnete Brühne sowie ein Vertreter des Magistrats Frankfurt a. M. Die Tagesordnung wurde ausgefüllt durch 2 Resolute der Genossen Düttmann und Krenner, die eine eingehende Darstellung der Verhältnisse im Bezirk gaben. Sie führten aus, daß es die Hessen-Nassauische Bauarbeiter-Vereinsgenossenschaft bisher nach den gesammelten praktischen Erfahrungen nicht erreicht hat, einen wirksamen Schutz für die gefährdeten Bauarbeiten im Bereich ihres Tätigkeitsgebietes durchzuführen. Aber noch weniger erfolgreich und befriedigend ist die Tätigkeit der Tiefbauarbeitergenossenschaft im Bezirk, um für die im Tiefbau beschäftigten Arbeiter einen ausreichenden Schutz, entsprechend der sich ergebenden Arbeitsgefahren zu gewähren.

Jedoch ist es nicht allein die Arbeiterfürsorge der Berufs-genossenschaften, welche ungenügend und wenig erfolgreich sich dieser Aufgabe widmen, sondern daselbe kann über die Maßnahmen der Polizeibehörden gesagt werden. „Die Grundzüge der erlassenen Polizeiverordnungen zur Förderung des Arbeiterschutzes auf Bauten“, haben nach dem Ministerialerlass vom 17. Juli 1907 an die Regierungspräsidenten nicht die berechtigten und notwendigen Anforderungen erfüllt. Die wiederholten Erhebungen und Kontrollen der Vertrauenspersonen der Arbeiter, wie die letzte Erhebung im Juli d. J. in der Provinz Hessen-Nassau ergaben dies mit Deutlichkeit. Die durch die Behörden erlassenen Schutzvorschriften über Gerüstbau, Abdeckung der Balkenlagen, Baubanden, Abtrotanlagen, Dichtung der Winterbauten, Befestigung offener Holzfeuer usw. zeigen infolge mangelhafter Ueberwachung die seit Jahren wiederholt und nachdrücklich gerügten Mängel. Den besten Beweis hierfür liefern die steigenden Unfall- und Erkrankungs-ziffern der baugewerblichen Arbeiter. Ferner ist eine Erweiterung und Förderung des Arbeiterschutzes nicht von den in Aussicht gestellten Maßnahmen der Staatsregierung zu erwarten. Die Ausführungen des Herrn Ministers v. Breitenbach am 17. März d. J. können durchaus nicht als solche angesehen werden. Denn eine vermehrte Bauaufsicht durch „mittlere Beamten und vorgebildeten Schutzleuten“ wie der Herr Minister meinte, können wegen ihrer ungenügenden, sachlichen und praktischen Vorbildung eine Förderung des Bauarbeiter-schutzes und eine Befestigung der Mängel und Missetat, welche mit der heutigen Bauaufsicht und Ueberwachung des Baubetriebs verbunden sind, nicht bringen. Solche Maßnahmen können nur als neue Konzessionen an das Bauunternehmertum angesehen und als eine Wahrung der seit Jahren rechtlich erhobenen und mit zahlreichen Beweisen belegten Forderungen der gesamten Bauarbeiter angesehen werden.

Die Diskussion gestaltete sich äußerst anregend. Besonders vom Genossen Heine wurde reiches Material über die Zustände

Im Tiefbau vorgezogen. Nach sehr eingehender Debatte wurden verschiedene Resolutionen angenommen, wovon sich eine vor allen Dingen gegen den Schornstein Riese in Braunschweig wendet. Eine andere Resolution fordert größeren Schutz gegen Kleinfarben, und als Ergebnis der Verhandlungen fand dann folgende Resolution Annahme:

1. Der Schutz gegen Unfälle und sonstige Gesundheitsgefahren bei den Baubetriebsstätten ist grundlegend durch Normalvorschriften einheitlich zu bestimmen, wobei die Vorschläge der Arbeiter zur Geltung kommen müssen.
2. Für den Umfang des Staatsgebietes ist beim Ministerium der öffentlichen Arbeiten eine „Zentralbehörde für Beaufsichtigung von Bauausführungen“ zu errichten, welche alljährlich über ihre Tätigkeit einen Bericht zu veröffentlichen hat.
3. Die behördliche Baubeaufsichtigung ist dahingehend zu reorganisieren, daß bei den Baupolizei- und Kreisbauämtern mindestens ein Baukontrolleur aus dem Arbeiterstande angestellt wird. Für größere Orte sind entsprechend mehr Baukontrolleure anzustellen.
4. Diesen Baukontrolleuren sind die Befugnisse zu erteilen, die eine wirksame Tätigkeit für den Arbeiterschutz ermöglichen. Die Baupolizeiamter haben alljährlich über ihre Aufsichtstätigkeit einen Bericht zu veröffentlichen.

**Aussuchen von Bestellungen auf Druckschriften oder Feilbieten von Waren im Sinne des Hausiersteuergesetzes?**

Der Buchhändler Hader betreibt in seinem Wohnort Hannover den Buchhandel als stehendes Gewerbe. Er ließ in anderen Orten, z. B. in Walrode durch den Reisenden Köppe Bestellungen auf Feilbieten und auf Romane, die in Lieferungen erscheinen, aufsuchen. Die ersten Hefte der Werke wurden in der bekannten Weise in den Häusern zur Ansicht verteilt und nach einigen Tagen machte der Reisende wieder die Runde bei den Leuten, um Abonnementbestellungen entgegen zu nehmen. Den Bestellern überließ er gleich die ausgelagerte erste Nummer und nahm für diese Nummer die Bezahlung an. Während Köppe und sein Auftraggeber Hader in Köppes Tätigkeit lediglich ein Auffuchen von Bestellungen auf Druckschriften gemäß § 44 der Gewerbeordnung sahen und es für ausreichend erachteten, daß Köppe eine Legitimationskarte nach § 44a deselben Gesetzes mit sich führte, war die Behörde anderer Meinung. A. und H. wurden wegen Uebertretung des preussischen Hausiersteuergesetzes von 1867 angeklagt. Weil Köppe bei Aufnahme von Bestellungen den Bestellern gleich die zur Probe ausgelagerten ersten Hefte überließ und Geld dafür nahm, lag nach Meinung der Staatsanwaltschaft nicht bloß ein Auffuchen von Bestellungen, sondern auch ein Feilbieten von Waren im Umherziehen vor, das nach dem Gesetz von 1867 der Hausiersteuer unterfällt. Es hätte deshalb die Steuer gezahlt und der entsprechende Gewerbeschein eingelöst werden müssen.

Das Landgericht in Verden sprach beide Angeklagte frei, indem es die Hausiersteuerpflicht verneinte und in der Tätigkeit Köppes nur ein Auffuchen von Bestellungen auf das ganze Werk und nicht ein Feilbieten der gleich gegen Geld gelieferten ersten Nummern fand. — Der Ferienstrafsenat des Kammergerichts hob auf die Revision der Staatsanwaltschaft das Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Es läge allerdings, so wurde ausgeführt, ein Auffuchen von Bestellungen auf Druckschriften vor. Die entscheidende Frage sei aber hier die, ob die dabei vom Reisenden mitgeführten ersten Hefte der Lieferungswerke nur als Proben oder Muster dienten, oder ob sie A. nicht zugleich als Waren feilgeboten habe. Es stehe fest, daß A. von vornherein die Absicht hatte, für den Fall der Bestellung dem Besteller gleich das Probeheft als erste Lieferung des bestellten Werkes gegen den für das Einzelheft berechneten Betrag zu überlassen und daß er demgemäß handelte. Somit habe er tatsächlich der Reisende die ersten Hefte nicht bloß als Proben, sondern zugleich für den Fall der Bestellung als Ware mitgeführt, die in Erfüllung eines Vertrages zu liefern sei. Also habe er mit einem Auffuchen von Bestellungen auf Waren (Druckschriften), das nicht unter das Hausiersteuergesetz fiel, ein hausiersteuerpflichtiges Feilbieten von Waren verbunden. Daraus folge die Aufhebung des freisprechenden Urteils und die Zurückverweisung der Sache an das Landgericht. — Wenn trotz einer Bestellung das Probeheft wieder mitgenommen und das erste Heft später auf neue geliefert werde, dann würde bei im übrigen gleichen Zustand kein Feilbieten im Sinne des Hausiersteuergesetzes vorliegen, sondern nur ein Auffuchen von Bestellungen auf Druckschriften, für das die Legitimationskarte genügt.

## Aus der Frauenbewegung.

### Antifeminismus in der Presse.

Die bevorstehende — Notabene in sehr bescheidenem Maßstabe geplante — Demonstration des linken Flügels der bürgerlichen Frauenbewegung zugunsten des Frauenstimmrechts ist der gesamten reaktionären Presse ein gefundenes Fressen. Ganze Räbel voll Hohn und Spott, voll der kleinlichsten und schäblichsten Angriffe wurden neuerdings wieder über die Frauenbewegung im allgemeinen und die Stimmrechtsbewegung im speziellen ausgegossen zur Freude sämtlicher Stammtischphilister. Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ und die „Tägliche Rundschau“ taten sich dabei besonders hervor. Hinter ihren vornehmen Prehshilfsheeren wollte das Reibblatt der Rabau-Antifeministen, die „Staatsbürger-Zeitung“, nicht zurückbleiben, und so michte auch sie ihre reizende Stimme in den Löffelchor der anderen. Ein längerer Artikel dieses Blattes in Nr. 204 richtet sich gegen die „Weiber-Dreißigkeit“, die sich in der Forderung des Bürgerrechts für die Frau ausdrückt. Er ist in gewissem Sinne typisch für die Verschlingung, die in weiten Schichten des Bürgertums hinsichtlich der Frau und ihrer Leistungen noch immer gang und gäbe ist. Die Frau ist etwas so Inferiores, daß man ihr wohl die Aufstellung und Anordnung von Wirtschaftsgeschäften, den Anspuh eines Kleides, kurz, das „Gebiet kleinlicher Handierungen“ überlassen darf, aber sonst nichts. Die Verleumdung des politischen Stimmrechts an die Frau würde „zu einer noch größeren Verwirrung und Verwirrung aller politischen Verhältnisse führen, als sie jetzt schon bedenklich in die Erscheinung tritt“, sagt der Verfasser Professor Dr. R. Jordan, und stellt den politischen Leistungen der Männerwelt damit eigentlich kein imponierendes Zeugnis aus. Doch infolge der Beteiligung der Frau am öffentlichen Leben die Familie zerstört und das Kulturniveau sinken, ein kleinlicher Geist völlig dominieren würde, versteht sich nach Professor Jordan von selbst.

Alle diese törichten Einwände sind so alt wie die Frauenstimmrechtsbewegung selbst und durch die Praxis längst widerlegt. Denn in den Ländern, wo Mann und Frau gleiche Bürgerrechte haben, wie in Rußland und Finnland, ist infolge der praktischen Ausübung des Frauenstimmrechts auch nicht eine einzige der oben angeführten schlimmen Prophezeiungen in Erfüllung gegangen. Die Familie ist nicht zerstört worden, das Kulturniveau ist durchaus nicht gesunken und von dem Dominieren eines kleinlichen Geistes hat man absolut nichts gemerkt. Diese Tatsachen widerlegen besser, als lange theoretische Auseinandersetzungen es vermöchten, das halloose professorale Geschwätz von dem Unheil, das die Gewährung des Frauenstimmrechts nach sich ziehen würde.

Wie hier ein verbohrender Antifeminist das Monopol der Männerherrschaft in der Politik durch das Frauenstimmrecht ernstlich ge-

fährdet sieht, so erblickt ein freikonservativer Geistesverwandter in der „Post“ (Nr. 408) alles Unheil für sein Geschlecht wie für das ganze Volk gar schon in der schauderhaften Tatsache, daß der Staat neuerdings die weibliche Leitung höherer Mädchenschulen zugelassen hat. Eine Frau als Vorgesetzte männlicher Lehrkräfte — eisiglicher Gedanke! Das sei nicht nur eine Erniedrigung für den Mann, sondern bedeute auch nicht mehr und nicht weniger als eine nationale Gefahr! Feminismus, Frauenherrschaft auf der ganzen Linie sei die Konsequenz.

Der Antifeminismus in der reaktionären Presse scheint jetzt wirklich völlig auf den Hund gekommen zu sein. Eine kleine Konzeption des Staates an die Gleichberechtigungsforderungen der Frauen und die Ankündigung eines bürgerlichen Demonstrationstages zugunsten des Frauenstimmrechts genügen schon, um diese Feinde der Frauenbewegung zu den kläglichsten Offenbarungen ihrer Vertrotteltung zu provozieren.

Statt sich mit Dingen zu beschäftigen, von denen das ehrfame Geschwisterpaar „Post“ und „Staatsbürgerin“ doch nichts versteht, sollte es sich lieber ihren sehr naheliegenden und aktuellen Gebieten zuwenden. So hätten sie alle Ursache, einmal in geschmalzigen Leitartikeln ihren Lesern das Wesen der Frauenbewegung im innigsten Zusammenhange mit der Triolen-Affäre des Herrn Reichstagsabgeordneten Schad klarzulegen.

## Gerichts-Zeitung.

### Diebstahl im Polizeipräsidium.

Daß selbst die Räume des Polizeipräsidiums vor diebischen Besuchen nicht sicher sind, zeigte eine Anklage, die den 24jährigen Tischler Karl Schwager vor die 5. Ferienstrafkammer des Landgerichts I führte. Der Angeklagte ist schon in jungen Jahren gründlichst verbrochen worden und hat bereits mehrere empfindliche Verurteilungen erlitten. Zurzeit verbringt er eine ihm kürzlich zudiktierte zweijährige Zuchthausstrafe. Am 11. März erschien er auf dem Polizeipräsidium, um sich eine Inhabitenkarte ausstellen zu lassen. Er erhielt aber den Bescheid, daß es schon zu spät sei und er die verlangte Quittungskarte von 8 Uhr morgens an erhalten könne. Am 12. März kam er schon vor 8 Uhr in das betreffende Bureau, und da er dort eine Zeitlang sich selbst überlassen war, ehe der diensttuende Beamte erschien, so fand er Gelegenheit, sich eine Quittungskarte und ein mit Versicherungsmarken gefülltes Kubert anzueignen. Am 18. März erschien er wieder vor 8 Uhr im Gebäude des Polizeipräsidiums, fand das Zimmer, in welchem die Quittungskarten herausgibt werden, unberührt und noch nicht von dem Beamten in Benutzung genommen, und so öffnete er dann in aller Eile ein Pall mit einem Nachschlüssel und stahl einen Stempelkasten mit dem dazu gehörigen Stempel und noch eine ganze Anzahl Aufrechnungsarten und Versicherungsmarken. Im ganzen waren ihm auf diese Weise Marken im Werte von etwa 225 M. in die Hände gefallen. Er hat einen Teil der Karten vollgeführt, mit dem gestohlenen Stempel die Karten entwertet und die Karten in diesem Zustande an dritte Personen zum Preise von 40 bis 50 Pf. pro Stück verkauft. — Als er später wegen einer anderen Straftat verhaftet wurde, wurden bei ihm der gestohlene Stempel und eine Anzahl Versicherungsmarken vorgefunden. Der Staatsanwalt beantragte gegen den frohen Epibuben eine Zusatzstrafe von 1 1/2 Jahren Zuchthaus. Das Gericht erkannte zusätzlich auf 2 Jahre Zuchthaus.

### Dreizehn- bis Fünfzehnjährige auf der Anklagebank.

Nicht weniger als 14 Schüler und Arbeitsburschen im Alter von 13 bis 15 Jahren sahen gestern auf der Anklagebank der ersten Ferienstrafkammer des Landgerichts I. Es handelte sich um eine kleine Diebesgesellschaft, die sich, wie behauptet wird, zusammengesetzt haben soll, um Diebstähle aller Art auszuführen. Zu der Gesellschaft sollen noch mehr Jungen gehört haben, die noch nicht 12 Jahre alt sind und deshalb strafrechtlich noch nicht verurteilt werden können. Einige Angeklagte wurden aus Erziehungsanstalten vorgeführt. Der älteste Rissetäter ist erst tags vorher wegen Diebstahls zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Schauplatz ihrer Taten war das Gebiet zwischen Frankfurter Allee, Eldenaer Straße und Bahnhof. Es sind dort wiederholt Fälle vorgekommen, in denen kleinen Mädchen, die von ihren Müttern zum Einholen ausgesandt worden, das Geld weggenommen worden ist. Einige Fälle dieser Art wurden einzelnen Angeklagten zur Last gelegt. Einmal ist folgender Fall: In der Nixbachstraße befand sich ein Bau, der unter Juuagüberwachung kam und schlecht bewacht wurde. Dieses Gebäude ist von erwachsenen Personen, denen sich verschiedene Gruppen der Angeklagten zugesellen, gründlich heimgesucht worden. Man rief Fensterbretter los, stahl Zinsblech und Eisenblech, welches auf dem Boden lagerte, und die beteiligten Jungen verlaufen es für wenige Groschen bei zwei Produktenhändlern. Auch einer in der Kettenlocherstraße aufgestellten Waggermaschine wurden Besuche abgeleistet; man schlug hier mit einem Hammer alle möglichen Metallteile ab und fand auch für diese Abnahme bei den beiden Produktenhändlern, die nur unter der Anlage der getohtenheitmäßigen Hehlerei fanden. Gegen sie mußte die Verhandlung abgetrennt werden, da der eine von ihnen im Gerichtssaal von heftigen Krämpfen befallen wurde und nicht verhandlungsfähig war. Gegen die 14 jungen Angeklagten einen Schuldbeweis zu erbringen, war äußerst schwer. Einige von ihnen waren bei der Voruntersuchung zwar im allgemeinen geständig gewesen, sie änderten aber in der Hauptverhandlung ihre Aussagen wesentlich ab und suchten sich gegenseitig aus der Schlinge zu helfen. Dies geschah mit solcher Virtuosität, daß man ein klares Bild von der Tätigkeit der einzelnen nicht gewinnen konnte. Der Gerichtshof kam nach mehrstündiger Verhandlung zur Freisprechung von acht Angeklagten. Bezüglich der sechs anderen Jungen, deren Beteiligung an einzelnen Fällen der Anklage nachweisbar war, beschloß der Gerichtshof Vertagung, weil er noch eine weitere Aufklärung für notwendig hielt, ob nicht bandenmäßiger Diebstahl vorliegt.

### Die Verhandlung eines Riesen-Diebstahlsprozesses.

Begann gestern vor der ersten Ferienstrafkammer des Landgerichts Berlin III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors V o d. Die Strafsache trägt die Bezeichnung G e h l e und G e n o s s e n. Die Anklage richtet sich gegen 22 Angeklagte männlichen und weiblichen Geschlechts, von denen sich 16 wegen Diebstahls, 22 wegen einfacher beziehungsweise gewerbsmäßiger Hehlerei zu verantworten haben. Die Eheleute Arur und Katalie S c h r ö d e r, die ihre Privatwohnung in der Vellernamstraße haben, betrieben nacheinander im Norden Berlins in der Dänen-, Grünhäger und zuletzt in der Schwere-Strasse ein Restaurationslokal. Hier machten die zum großen Teil wohnungs- und arbeitslosen Diebe, die überwiegend noch in jugendlichem Alter stehen, Bekanntschaft mit einander und von hier aus verübten sie in der Zeit vom August 1908 bis Januar 1909 zahlreiche Diebstähle im Norden Berlins bei Kaufleuten und Gewerbetreibenden. In den meisten Fällen wurden die Schaufenster geräumpert und mehr oder weniger wertvolle Sachen gestohlen, manchmal kosteten diese einen Wert von 1000 M. und darüber dar. Die gestohlenen Sachen vertriehen sie teilweise bei Pfandleihern der dortigen Gegend, die meisten aber verkauften sie bei dem Ehepaar Schröder. Die Ehefrau Schröder und zwei andere angeklagte Frauen verkauften sie dann weiter an die wegen Hehlerei mitangeklagten Personen weit unter dem wirklichen Werte. — Der Gemann Schröder ist nicht auf der Anklagebank erschienen. Er scheint nach dem Gutachten des Medizinalrats Dr.

Störmer geisteskrank zu sein, doch ist die hierauf bezügliche Untersuchung noch nicht abgeschlossen. — Die Verhandlung, für welche vorläufig drei Tage angelegt sind, findet im Schwurgerichtssaal in der Turnstraße statt. Den Angeklagten stehen 18 Rechtsanwälte als Verteidiger zur Seite, die Zahl der Zeugen beträgt circa 60. Die Verlesung des Eröffnungsbeschlusses und die Feststellung der Personalien nahm allein mehrere Stunden in Anspruch. Wir werden das Urteil nach Beendigung der Verhandlung mitteilen.

### Unlauterer Wettbewerb.

Der Zahnheiler Vlad in Charlottenburg hatte durch Inserate „schmerzloses Zahnziehen“ angekündigt. Er wurde deshalb wegen unlauteren Wettbewerbs angeklagt und auch in zweiter Instanz verurteilt. Begründend wurde ausgeführt: Nach dem uralten Gutachten des gerichtlichen Sachverständigen Zahnarztes Mittler könne auf diesem Gebiete niemand Schmerzlosigkeit ohne Einschränkung versprechen. Es möge allerdings einem geschickten Zahnheiler vielleicht gelingen, die Schmerzen sehr herabzumindern. Schmerzlosigkeit werde gewöhnlich durch Narkose oder lokale Injektionen zu erzielen gelohnt. In manchen Fällen genüge letzteres, aber nicht immer. Und die Narkose sei bei vielen Patienten, namentlich Herzkranken, nicht anwendbar. Deshalb könne nicht allgemein angekündigt werden, daß das Zahnziehen schmerzlos sein werde. Das Publikum habe durch die Ankündigungen auch irre geführt werden können. Es gewinne den Eindruck, als ob V. es ganz besonders gut mache. Da Angeklagter das Gewerbe schon einige Jahre betriebe, so sei anzunehmen, daß er sich bewußt getrieben sei, durch die ohne jede Einschränkung gemachte Zusicherung schmerzloser Behandlung unwahre Angaben zu machen.

Der Ferienstrafsenat des Kammergerichts verwarf die vom Angeklagten eingelegte Revision. Es lägen alle Momente vor, welche die Feststellung unlauteren Wettbewerbs rechtfertigten. Insbesondere sei das Landgericht mit Recht davon ausgegangen, daß Schmerzlosigkeit des Zahnziehens nicht allgemein versprochen werden könne, weil sie nicht immer möglich sei.

## Eingegangene Druckschriften.

- März, Halbmonatsschrift für deutsche Kultur. Herausgeber: Ludwig Thomae, Hermann Heise, Kurt Kraus, Robert Dessen. 6. Heft 6 M. Verlag von Albert Langen in München.
1. G. Zeitung. September-Nummer. Erscheint monatlich. Preis der Einzelnummer 50 Pf., jährlich 6 M. Verlag: Allgemeine Volkswirtschaftsgesellschaft Berlin.
- Das Theater. Illustrierte Monatschrift. Jahrg. 1. Heft 1. Preis vierteljährlich 5.50 M., Jahresabonnement 20 M. Verlag: Illustrierte Halbmonatsschrift „Das Theater“, Berlin-Wilmersdorf.
- Bericht der Agitationskommission für den Bezirk Görlitz über die Zeit vom 1. April 1908 bis 30. Juni 1909. Görlitz.
- Grünwaldhaufen's Impressionistische Schriften. Herausgegeben von Ernst Arnold. Erster Teil: Die Landschaften Courage. Zweiter Teil: Der (elchame Springinsfeld. (Bibliothek des 17. und 18. Jahrhunderts.) Preis jeder Bandes: gebunden mit geschmackvoller Umschlagzeichnung 2 M., elegant gebunden mit bezogenen und Pergamentklappen 3.50 M. Strauß'sche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart.
- Protokoll der III. ordentlichen Generalversammlung des Deutschen Arbeiter-Kongress-Bundes, Hannover 1909, nebst Bericht an die Delegierten. Preis 70 Pf. Verlag: Deutscher Arbeiter-Kongress-Bund, Berlin O. 17.
- Hoffnung 1910. Braunschweiger Volkskalender. Herausgegeben im Auftrag des Landesvorstandes der sozialdemokratischen Partei des Herzogtums Braunschweig. Verlag: Geinr. Kiese, Braunschweig.
- Wahre Konstitution. Der Weg zum Frieden des Volkes. Von Dr. E. Margolin. 292 Seiten. Verlag von Karl Beckmann, Prag.
- Weltfrieden und Friedensproblem. Von Karl v. Stengel. Preis 3 M., geb. 4 M. Verlag von Reiche u. Co., Berlin W. 9.
- Das Recht zu lieben. Schauspiel in drei Akten. Von Wilhelm Karl Feder. Preis geb. 2 M., geb. 3 M. Verlag von Rich. Wipacit, Leipzig.
- Das Spiel der Kinder im Sande. Von Hans Drageheim. Autorisierte Uebersetzung aus dem Dänischen von H. Dietrich. Broch. 2.50 M., geb. 3 M. Verlag von Illig's Buchhandlung, Kopenhagen. Ausstattung mit R. B. Koehler, Leipzig.
- Kulturkritik. Kolumales Heftbild. Von Hubert Hoffmann. Preis 1.25 M. Heftbild-Verlag, Leipzig.
- Athenaidimus, Licht und Tod. Ihre Entstehung, Erkennung und Heilung durch die naturgemäße Heilmethode. Von M. Henning. Preis 1 M. Verlag Reform, B. Müller, Stuttgart.
- Reclams Universum. Rodans illustrierte Wochenchrift. Preis 30 Pf. Philipp Reclam jun., Leipzig.
- Der Naturarzt. 17. Jahrg. Nr. 9. Dr. med. Schönenberger und B. Sieger. Preis jährlich 3 M. Probe-Nr. frei. Verlag: Berlin SW. 11.
- Bericht des Landesvorstandes und des Parteisekretärs der sozialdemokratischen Partei des Herzogtums Braunschweig. Vom 1. Juli 1908 bis Ende Juli 1909. Verlag: Kiese, Braunschweig.
- Neue Generation\* (Herausgeberin: Dr. phil. Helene Stöcker). Verlag: Delfand u. Co., Berlin W. 15.
- Der Gesundheitskatastrophismus Dr. Bernhard Christoph Hauke. Ein Beitrag zur Geschichte des Internistikwesens in Deutschland von die Hende des 18. und 19. Jahrhunderts. Von Prof. Dr. phil. Karl Heller. Preis geb. 3 M. Verlag: S. O. Teubner, Leipzig.
- Weltanbahnungsfragen. Bd. 1: Das tropenkoloniale Weltsystem bei den Älten. Von Dr. Otto A. Schulz. 143 Seiten. Verlag: Neue Weltanbahnung, Stuttgart.
- Christentum und freies Denken. Von Rytrom. Eine kritisch-historische Darstellung. Broch. 7 M., geb. 8.50 M. Verlag: Oesterheld u. Co., Berlin W. 15.
- Singe mit. Eine Sammlung politischer und gesellschaftlicher Rompse, lieber nach bekannten Melodien. 15. verbesserte und ergänzte Auflage. 20 Pf. Porto 5 Pf. Verlag von Rich. Wipacit, Leipzig, Osterstr. 14.
13. Bericht. Bericht für Volkshilfsarbeiten für Oberbayern für das Jahr 1908. 80 Seiten. Druck von R. Lidenburg, München.
- Arden und Käser. Praktische Anleitung zum Sammeln, Pflücken und Präparieren sowie zur Anlage anatomisch-biologischer Sammlungen. Von Karl Mühl. Preis geb. 1.40 M., geb. 1.60 M. Verlag von Oesterheld u. Co., Stuttgart.
- Reichs-Kalender. Für das Jahr 1910. Allgemeine Ausgabe. Preis 20 Heller. Wiener Volksbuchhandlung, Ignaz Brand u. Co., Wien VI.
- Religion, Kirche und Sozialdemokratie. Vortrag von Emil Reuber. Pastor prim. an St. Martin, Bremen. Preis 30 Pf. Verlag von G. Siegel u. Co. m. B. O., München.
- Maria Baumann. Roman von Charlotte Knoedel. Jeder Band geb. 80 Pf., geb. 1 M. R. Wipacit, Verlag, Berlin.
- Aus Natur und Gedächtnis. Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen. Geschichte der Vorkontinuität. Von C. Raup. — Die Geschichte der sozialistischen Ideen im 19. Jahrhundert. Erster und zweiter Teil. Von R. W. W. — Staat und Mechanik des menschlichen Körpers. Von R. v. Bardeleben. Preis 1 M., geb. 1.25 M. Verlag von S. O. Teubner, Leipzig.
- Koloniale Reichswehr. 10. Jahrgang. Nr. 17. Herausgegeben von Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W. 30.
- Das scharfärztliche Institut der Landesversicherungsanstalt Berlin. 86 S. B. u. S. Löwensthal, Berlin O. 19.
- Dichtungen von C. Kunz. 82 S. Verlag für Literatur, Kunst und Musik in Leipzig.
- Jahresbericht der Agitationskommission der sozialdemokratischen Partei Schleswig-Holstein und Fürstentum Lübeck. Vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1909. Verlag von Fr. Bartels, Altona.
- Wohrener Philosophie. Rudolf Wnders, der Erneuerer des deutschen Idealismus. Von Theodor Kappeler. 6. Band. Preis 1.50 M. Buchverlag der „Völk“, G. m. B. O., Berlin-Schöneberg.
- Jahresbericht des Sozialdemokratischen Bezirks Albersfeld-Barmen. 1908/9. Verlag: Sozialdemokratischer Bezirk Albersfeld-Barmen.
- Jahrbuch 1908 des deutschen Holzarbeiterverbandes. Herausgegeben vom Verbandsvorstand. Verlag des deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin 1908.
- Jahrbuch für 1907/08 und Protokoll des 6. Verbandstages des Verbandes der leamanischen Arbeiter Deutschlands. 306 S. P. Müller, Hamburg, Befendindurhof 67.
- Wöchentlich Marktbericht der k. k. k. Reichsanstalt für den Handel und die Industrie. Herausgegeben von der Reichsanstalt für den Handel und die Industrie. Preis: Jahrbuch 10 M., Monatsheft 1 M., Einzelheft 10 Pf. Verlag: Reichsanstalt für den Handel und die Industrie, Wien.



Heute, Donnerstag, abends von 6 1/2 Uhr an:

Flugblattverbreitung im 5., 6., 7. und 12. Landtagswahlbezirk.

Niemand darf fehlen.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis, Friedrichstadt. Druckerei-Nachtarbeiter! Jahrmorgen Sonntag, den 12. September, bei Sal. Meyer, Dramenstr. 103. Vortrag des Genossen Silber...

Zur Lokalliste. Auf wiederholte Anfragen teilen wir mit, daß das Lokal „Schützenrast“, Groß-Dichterfeld, Rottkestraße, am Bahnhof „Botanischer Garten“ der Arbeiterkassette nicht zur Verfügung steht...

Kunstabend.

Die Kunstabende, die von unseren Parteiorganisationen in den letzten Jahren veranstaltet wurden und den Zweck verfolgten, den Genossen für verhältnismäßig geringes Eintrittsgeld einen wirklichen künstlerischen Genuß zu verschaffen, haben sich in den Reihen der Genossen große Sympathie erworben...

Einen der ersten Kunstabende veranstalteten am kommenden Sonntag, den 11. September, Genossen des sechsten Wahlkreises in den Germania-Sälen in der Chausseest. 110. Das Konzert wird vom Neuen Konzertsänger-Orchester (Dirigent Fr. Hollfelder) ausgeführt...

Rudow. Sonntag, den 12. September, abends 6 Uhr, Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins im Lokal von August Palm.

Friedersdorf-Petershagen. Donnerstag, den 9. September, abends 8 Uhr: Jaglabend bei Wag. Oike, Friedersdorf.

Berlin. Heute abend: Jaglabend in den bekannten Lokalen. Im Lokal von Runge Entgegennahme der ausgeliehenen Bibliotheksbücher.

Spandau. Freitag, den 10. September, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Gottwald, Schönwalderstr. 80, die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt. Tagesordnung lautet: 1. Bericht von der in Rudow stattgefundenen Kreisgeneralversammlung...

Berliner Nachrichten.

Drachensteigen.

Seit Zeppelin über dem Häusermeer Berlins schwebte, ist unsere Jugend außer Rand und Band. Wenn die Ernte in der Scheuer liegt und der Wind über die Stoppeln jagt, war ja von altersher die Zeit des Drachensteigens. Heute wetteifern die allerkleinsten Knirpse darin, ihren papiernen Zeppelin an der Strippe in die Lüfte fliegen zu lassen...

Bis vor wenigen Jahren kannte man selbst in der Großstadt nur den Drachen mit Rundbogen und Spitze. Darnach ging von dem hohen Geistesflug der Erwachsenen, von dem Streben der Menschen, die Lust zu erobern, auch ein klein wenig auf die junge Welt über. Heute bauen die Kinder und selbst zahlreiche Erwachsene, die das Drachensteigen förmlich als harmlosen Sport betreiben, Drachen in allen möglichen Fassons, völlig quadratisch oder mit sechs und gar acht Ecken, in Größen bis zu zwei Meter. Sehr beliebt sind Vogelformen, besonders die Gule. Ein solcher Drache, richtig konstruiert, mit pechschwarzem Zeugstoff überzogen, macht hoch in der Luft einen geradezu unheimlichen Eindruck...

betwundern will, muß nach dem Tempelhofer Feld gehen, wo mit Vorliebe sogar die in Berlin lebenden bezopften Söhne des himmlischen Reiches sich am Drachensteigen vergnügen. Denn bekanntlich ist dieses Spiel, wie übrigens so sehr viele unserer landläufigsten Jugendspiele, erst aus China zu uns herübergekommen. Im Strahlenleben hat der Drache so gut wie abgewirtschaftet. Die ungezählten Tausende von Telephondrähten haben ihn von hier vertrieben. Ab und zu sieht man noch zwischen dem in der Sonne glühenden Kupfer eine die Ferngespräche nicht unwesentlich beeinträchtigende Drachenteiche hängen. Aber auf den wenigen freien Feldern, die das Reichbild Berlins noch aufweist, regiert der Drache um die jetzige Jahreszeit unentwegt. Am Abend und Sonntags zieht die ganze Familie zum Drachensteigen aus. Für allzu große Ungetüme, die sich in der Luft durch den Winddruck selbst von Erwachsenen nur mit einiger Mühe halten lassen, wird eine in den Erdboden zu grabende Holzrolle mitgenommen. Wenn dann der Drache prächtig „steht“ und Vater ein paar „Apostel“, das heißt ein paar aus Papier geschnittene Ringe am Bindfaden vom Binden nach oben treiben läßt, ist des Jubels unter dem kleinen Volk kein Ende. Früher hing man an den Drachenschwanz in den Abendstunden wohl auch einen leuchtenden Lampion. Doch ist das aus feuerpolizeilichen Rücksichten verboten worden. Wie lange wird es dauern, dann ist auch das letzte Stückchen freies Berliner Feld der Hauspekulation erschlossen, und die Jugend muß auch mit diesem schönen Spiel weit in die Vororte hineinzwandern.

Die Armenverwaltung.

hielt am Montag ihre erste Sitzung nach den Ferien ab. Stadtrat Münsterberg gab zunächst bekannt, daß die im Titel 49 des Etats eingestellten 100 000 M. zur Entsendung von Kindern in Heim- und Heilstätten bereits verbraucht seien und die Entsendung von Kindern eingestellt werden müsse, wenn nicht weitere Mittel bewilligt würden. Von unseren Genossen und einem ärztlichen Mitgliede wurde die weitere Entsendung von Kindern für dringend nötig erklärt. Die Wirkung des Aufenthaltes der hilflosbedürftigen Kinder in einer Heil- oder Waldberuhigungsstätte sei eine außerordentlich gute und Krankheil vorbeugende. Durch Strophulose, Nahrungsmittel, Lungenkatarrh usw. verfallen viele unserer Kinder einem frühen Sletatum und dem Tode. Das ärztliche Mitglied erklärte, es wäre ein Unglück, wenn die Entsendung eingestellt werden sollte. Es wurde beschlossen, den Magistrat um Bewilligung weiterer Mittel zu ersuchen. Wir werden die Stellung des Magistrats abwarten, um eventuell weitere Maßnahmen zu ergreifen. Weiter lagen eine Reihe von Anträgen vor, hilflosbedürftige Personen in die schwarze Liste aufzunehmen. Die Armenkommissionen machen es sich nicht selten leicht, hilflosbedürftige, die sich mal ein Wort erlauben, welches dem Vorsteher oder Pfleger nicht paßt, für immer vom Leibe zu halten. Vollauf ist nun ein armer Teufel, daß die Unterstützung von 6-10 M. nicht ausreicht für sich und seine Familie, dann wird ihm oft erklärt, er solle arbeiten und nicht faulenzeln. Es lagen Beispiele vor, daß diese schwarzen Listen nicht immer so gehandhabt werden, wie es zu wünschen wäre. Diese sind in der Tat noch ein dunkler Punkt in unserer Armenverwaltung. Sieben neue Kommissionen wurden der Beginn der Sitzung in ihr neues Amt eingeführt. Stadtrat Münsterberg erwähnte die Herren, einerseits in humaner und milder Weise ihres schweren Amtes zu walten, nicht nur soviel zu geben, daß der Arme seinen Hunger stillen könne, sondern in reichlicher Weise Unterstützung zu geben und den Armen ein wirklicher Freund und Berater zu sein; andererseits aber auch nicht zu vergessen, daß sie öffentliche Gelder zu verwalten und hausväterlich hiermit umgehen müßten.

Ja, wie viel Not und Elend könnte erheblich gelindert werden, wenn sich die Vorsteher und Pfleger diese Ermahnungen zu eigen machen würden; aber hier bleibt noch alles zu wünschen übrig.

Städtische Förster.

Die Stadt Berlin beschäftigt schon zwei Förster, einen in Wuch und einen in Klein-Beeren. Durch den Ankauf des großen vierhundert Morgen umfassenden forstökologischen Geländes bei Schönwalde und durch Aufforstung von Dehländereien ist der städtische Besitz an Waldungen auf mehr als 12 000 Morgen gestiegen. Es ist Aussicht vorhanden, daß dieser ansehnliche Besitz durch weitere Aufforstung und Anläufe von Holzungen noch eine weitere Ausdehnung erfahren wird. Es hat sich deshalb die Anstellung einer forstlichen Betriebsleitung und einer Forstjagd als notwendig erwiesen. Diese ist in der Ausarbeitung begriffen und ihr Ergebnis wird außer Berechnung des Wertes dieser Waldungen, eine Aufnahme der Holzungen, ein Holzungs- und ein Kulturplan für die nächsten zehn Jahre sein. Um diese Aufgaben lösen zu können, hat der Magistrat beschlossen, außer den beiden Förstern noch einen dritten in Chorin und einen Oberförster anzustellen, wofür schon eine geeignete Kraft in Aussicht genommen worden ist.

Wie sich die „goldene Jugend“ amüßert!!

Wir erhalten folgende Zuschrift: Ahnungslos betraten wir neulich gegen 1 Uhr nachts ein bekanntes Weinstaurant in der Leipziger Straße, um dort noch ein wenig miteinander zu plaudern. Doch kaum hatten wir einen Stuhl hineingeworfen — da packte uns geradezu Entsetzen: wo waren wir denn hingekommen? Befanden wir uns denn in der Hölle?

Eine Kapelle verübte einen Madan, der anscheinend „Musik“ sein sollte. Dazwischen kreischte und brüllte eine rasende Menge von fast durchweg betrunkenen Menschen, die sich samt und sonders geredeten, als hätten sie den Verstand verloren.

Das männliche Publikum bestand — das sah man sofort — in der Hauptsache aus Bourgeoisie: Studenten, Offizieren in Zivil, reichen jungen Kaufleuten usw. Die „Damen“ dagegen gehörten meist der Halbwelt an, nicht der reglementierten, sondern der „heimlichen“.

Aber das Benehmen der „feinen“ Herren war ebensowenig „fein“ wie das der Prostituierten. Gleich am Eingang traten uns zwei elegante Jünglinge entgegen, von denen der eine auf dem Rücken des andern saß. Mit gläsernen Augen stierten sie uns an, johlend und schreiend und uns rücksichtslos anstempelnd...

Und so wie diese benahmten sich die meisten Gäste: es war wie im Jenseits! Dort stand einer auf einem Tisch und hielt triumphierend einen Damenschuh mit der einen Hand empor — alles jubelte vor Entzücken! Auf einem Stuhle vollführte eine stark angemalte Dame stehend eine Art „Bauchtanz“, was den umstehenden Herren so gefiel, daß sie die „Tänzerin“ zum Reigen des Kaisers

mit Sektspöpfen bombardierten. Hier und dort versuchte man zu der „Musik“ in den engen Gängen zwischen den Tischen zu tanzen. Die meisten Paare küßten und „liebsten“ einander ganz offen in einer Weise, daß sie aus jedem anständigen Arbeiterlokal hinausgewiesen worden wären. Hier schien niemand etwas Unübliches dabei zu finden, auch nicht der Wirt, der nicht zu berücksichtigen braucht, daß ihm die Polizei die Konzession entzieht. Es verkehrte ja keine Proleten hier, sondern nur „erschlossene“ Herren aus der „besten Gesellschaft“...

So schnell, wie es in dem Gewühl möglich war, flohen wir aus diesem Vergnügungslokal, wo die Herrschaften von „Besitz und Bildung“ den Mehrwert verschlemmen, den sie den Massen abgepreßt haben. Kurz vor dem Ausgange spritzte und noch der Schaum aus einer Champagnerflasche, die gerade geöffnet wurde, ins Gesicht...

Als wir wieder auf der Straße standen, atmeten wir tief auf. Und ein Gedanke beschäftigte uns alle:

Wie lange noch wird sich das Proletariat von diesem verkommenen Gesindel unterdrücken und ausbeuten lassen?!

Wright fliegt mit einem Passagier.

Gestern nachmittag setzte Orville Wright seine Flugversuche auf dem Tempelhofer Felde fort. Wiederum hatten sich viele Mitglieder der Gesellschaft und eine unabhägbare Menge Schaulustiger eingefunden. Um 5 Uhr 24 Min. flog der Amerikaner zum ersten Male auf. Der Aeroplan nahm sofort eine bedeutende Höhe ein, in welcher er sich fast durchweg hielt; gegen Ende sank der Aeroplan sogar bis auf einen Meter herab. Die Maximalhöhe wird auf etwa 102 Meter geschätzt. Nach einer 35 Minuten langen Fahrt landete Wright in der Nähe des Startplatzes, um alsbald zu einem weiteren Fluge mit einem Passagier aufzustiegen. Hauptmann Hildebrand nahm neben Wright auf der Maschine Platz, die sich um 6 Uhr 20 Minuten von neuem in Bewegung setzte. Bei diesem Fluge erhob sich der Aeroplan nur wenig über 25 Meter. Nach etwa 17 Minuten ging der Aviatiker mit seinem Passagier in unmittelbarer Nähe des Schuppens nieder, wiederum wie gestern von der Menge jubelnd begrüßt.

Menschenleben waren in Gefahr bei einer Kellereyxplosion in der Pulkowitzerstraße 8 in Moabit. Der 15. Zug war schnell zur Stelle und löschte die Flammen, die an Dragen usw. in dem Geschäft von Eggert an der Ecke des Esch-von-Neplow-Platzes reiche Nahrung gefunden hatten. Die Personen waren mit dem Schrecken und leichten Verletzungen davongekommen.

Falsche Hundertmarkheine. An einer Nebenstelle der Reichsbank ist ein falscher Hundertmarkschein angehalten worden, der sich von anderen bisher bekannten gleichartigen Fälschungen durch seine vorzügliche Ausführung unterscheidet. Die Fälschung ist eine so geschickte, daß sie erst nach sorgfältiger Prüfung erkannt wird. Selbst die Kasern sind in kunstvoller Weise mittels Klebstoffes auf der Banknote befestigt und auch mit dem Papier stimmt die Fälschung fast vollständig mit den echten Scheinen überein. Nur in dem Druck finden sich einige, bei sorgfältiger Prüfung erkennbare Abweichungen.

Eine neue Art falscher Markstücke werden neuerdings wieder in Umlauf gesetzt. Die Fälschungen sind aber sehr leicht zu erkennen, weil die Prägung plump und die Farbe der Fälschung stark bläulich ist. Außerdem fühlen sich die Fälschungen fettig an, so daß sie mit Leichtigkeit als solche erkannt werden können.

Die Flaschenpost des Selbstmörders. Ein Vorkauf, der noch der Aufklärung bedarf, beschäftigt die Tegeler Polizeibehörde. Von dem Bureauchefen F. wurde gestern nachmittag am Ufer des Tegeler Sees im Schiff verborgen eine Flaschenpost aufgefunden und der Polizei übergeben. Der in der Flasche befindliche Brief hatte folgenden Inhalt: „Tegel, den 2. Sept. 09. Lieber Papa! Wenn Du meine Neilen erreichen, bin ich nicht mehr am Leben. Es ist nichts 3 1/2 Uhr. Meine trostlose Lage, in der ich mich befinde, hielt ich nicht länger mehr aus. Deshalb ist es besser, daß ich diesen Schritt getan. Da ich kein Geld mehr besaß, so mußte ich auf diesem Wege Euch, meine Lieben, verständigen. Sucht mich nicht, ich habe einen seltenen Tod gewollt, indem mich niemand finden wird. Ich liege auf dem Grunde des Tegeler Sees. Aber nun, lieber Papa, grüße noch alle Lieben von mir. Verzeihe mir bitte diesen Schritt. Auf Wiedersehen! Dein Paul.“ Auf der vierten Seite des Briefes stehen die Worte: „Auf Wiedersehen dort oben! Herrn Puhmann, Berlin.“ Da in Berlin mehr als hundert Personen namens Puhmann wohnen, so war es bisher noch nicht möglich, die Angehörigen des Lebensmüden zu ermitteln.

Unter einem Wechspel begraben. Ein folgenschweres Unglück hat sich gestern nachmittag auf dem Grundstück 111-Robit 01/02 zugetragen. Dort stürzte in einem Speicher ein Stapel von Wechspeln um und begrub zwei Personen, die in der Nähe standen, unter sich. Die Verunglückten, der Fuhrherr Karl Piorrel aus der Adolfsstr. 16 und der Arbeiter Wilhelm Poge aus der Oldenburger Straße 18, konnten erst nach längerer Zeit aus ihrer gefährlichen Lage befreit werden. Piorrel hatte einen Schädelbruch und Poge einen Wirbeldruck davongetragen; beide wurden sofort nach dem Krankenhaus Moabit geschafft, wo sie bedenklich daniederliegen.

Feuerwehbericht. Am Mittwoch wurde die Feuerweh nach der Schweinmünder Straße 78 alarmiert, wo in einem Keller Eide u. a. brannten. Ein Schalbeden- und Balkenlagerbrand beschäftigte den 3. Zug in der Meyer Straße 30. Der 15. Zug hatte in der Feldzeugnmeisterstraße 9 zu tun, wo in einer Schuhmachereiwerkstatt Kleider usw. brannten. Zwei Stubenbrände wurden aus der Kaiser Wilhelmstraße 37 und Frobensstraße 30 gemeldet.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Charlottenburger Gewerkschaftskommission befahte sich in ihrer letzten Sitzung unter Anwesenheit der Gewerbegerichtsbeisitzer (Arbeitnehmer) mit dem Tätigkeitsbericht über das Geschäftsjahr 1908-1909 des hiesigen Gewerbegerichts. Der Berichterstatter, Genosse Pfefferkorn betonte, daß zu dem dem Reichstage vorgelegten Gesuchentwurf betreffend die Arbeitskammern auf einstimmigen Beschluß der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer der Antrag an den Reichstag gerichtet wurde, die zukünftigen Arbeitskammern in bezug auf deren Charakter als Einigungsinstanzen mit den Einigungsämtern der Gewerbegerichte nicht in Konkurrenz zu stellen. Die Arbeitskammern sollten auch nicht als zweite Instanz über den Einigungsämtern der Gewerbegerichte stehen. Im Berichtsjahre

sind anhängig gemacht 1580 Streitfäden, aus dem Vorjahre über-  
nimmt 21 Streitfäden, so daß die Gesamtzahl der  
Klagen 1580 beträgt. Die Zahl der im Berichtsjahre anhängig ge-  
macht Streitfäden ist gegen das Vorjahr um 87 Klagen oder  
5 Proz. gewachsen. An der Zunahme sind beteiligt die Fabrik-  
betriebe mit 46, die nicht unter die Zuständigkeit fallenden Sachen  
mit 13 Streitfäden, während beim Baugewerbe die Zahl der Streit-  
fäden um 21, beim übrigen Handwerk und Gewerbs um 1, zu-  
sammen um 22 abgenommen hat. Von den gesamten Klagen  
wurden im Jahre 1908-1909 erhoben von Arbeitgebern gegen Ar-  
beiter 24, von Arbeitern gegen Arbeitgeber 1504 und von Arbeitern  
gegen Arbeiter 11. Die meisten Streitgegenstände betreffen das  
Gebiet der Leistungen aus dem Arbeitsverhältnis. — Der Bericht  
wurde noch vom Genossen Emil Lehmann, welcher markante Fälle  
der Rechtsprechung des Gewerbegerichts anführte, wesentlich  
ergänzt.

In der regen Debatte über den Bericht wurde hauptsächlich  
betont, daß mehr Aufklärung über das Gebiet der gewerblichen  
Rechtsprechung unter der Arbeiterschaft Platz greifen müsse und  
daß Vorträge in den einzelnen Gewerkschaften über diese Materie  
recht empfehlenswert erscheinen.

Den Generalstreik der schwedischen Arbeiter behandelte der  
Genosse Flemming; Redner ermahnte in der Opferwilligkeit nicht zu  
erlahmen.

Zum Bibliothekar der Zentralbibliothek wurde an Stelle des  
Nächst nach aufgehobenen Genossen Schiemann der  
Genosse Paul Gerlach (Buchbinder) gewählt und in die neu-  
gegründete Bibliothekaufsichtskommission die Genossen Graubenz,  
Rende und Schröder.

Für die Ersatzwahl zweier auscheidender Mitglieder des Auf-  
sichtsrats des Konsumvereins Charlottenburg und Umgebung sollen in  
der am 23. September tagenden Generalversammlung des ge-  
nannten Vereins von der Gewerkschaftskommission die Genossen  
Friedrich Lehmann und Robert in Vorschlag gebracht werden.

Inenstandsbild fehlten die Delegierten der Bäcker, Brauerei-  
arbeiter, Fleischer, Gas- und Schankwirte, Gips- und Zement-  
arbeiter.

Die Armen- und Waisenspflege in Charlottenburg im Rech-  
nungsjahr 1908. Die Barausgaben der Charlottenburger Armen-  
verwaltung betrugen 1908 1 640 081,17 M., die mit 1 208 974,55 M.  
aus städtischen Mitteln, mit 342 006 M. aus anderweitigen Mitteln  
gedeckt wurden. In dem amtlichen Bericht über ihre Tätigkeit  
zeigt die Charlottenburger Armenverwaltung, daß 1908 die An-  
forderungen an sie wesentlich größer gewesen sind, als in den  
Vorjahren. Die Zahl der schriftlichen Unterstützungsbesuche stieg  
von 9027 im Jahre 1907 auf 13 316, die Zahl der auf Armenkosten  
Verpflegten von 1775 auf 2891, die Zahl der in städtische Kost-  
pflege genommenen Kinder stieg auf 1240. Im ganzen wurden im  
Wege der Armenpflege 8700 Personen oder Familien unterstützt,  
vielfach infolge des Ausschreitens aus Kranken- und Hilfsklassen  
wegen Arbeitslosigkeit.

Aber nicht nur die Zahl der die Armenhilfe in Anspruch  
nehmenden Personen ist wesentlich gestiegen, sondern die Preis-  
steigerung fast aller Lebensbedürfnisse zwang die Armenverwaltung  
auch dazu, den einzelnen höhere Unterstützungssätze zu gewähren.  
Die Milch ist um 10 Proz. gestiegen, die Preise für Feuerungs-  
material sind stark in die Höhe gegangen, die Pflegeplätze der Heil-  
und Verpflegungsanstalten sind wesentlich erhöht worden, ebenso  
die Honorare der Hebammen. Die Mieten sind zwar im all-  
gemeinen nicht gestiegen, nehmen doch infolge der ungünstigen  
wirtschaftlichen Verhältnisse die Fortzüge gegen die Vorjahre zu  
und die Zugzüge ab. Aber die Zahl der für kleine Wohnungen  
aus Stube und Küche — und diese kommen für die große Mehr-  
heit der Armen ausschließlich in Frage —, die mit der Miete in  
Rückstand sind und deshalb mit Exzmission bedroht werden, wurde  
infolge der großen Arbeitslosigkeit größer. Um deshalb drohende  
Exzmissionen zu verhüten, mußten in 550 Fällen 18 406,20 M. ge-  
zahlt werden; ferner 3381 M. in 173 Fällen, um ermittelter  
Familien eine andere Wohnung zu beschaffen.

Es fand also eine Steigerung der Ansprüche an die Armen-  
verwaltung statt, und wenn dies in den erforderlichen Summen  
nicht voll zum Ausdruck kommt, so hat das seinen Grund darin,  
daß in vielen Fällen eine Wiedererstattung der Unterstützung von  
anderen Stellen oder Gemeinden erreicht wurde; ferner weil die  
Verpflegungsplätze der städtischen Krankenanstalten oft bedeutend  
unter den Selbstkosten der Krankenhäuser berechnet wurden. Die  
armenärztliche Hilfe wurde, wie schon in einem früheren Berichte  
erwähnt, wesentlich stärker in Anspruch genommen als im Vor-  
jahre. Ergänzend wollen wir hier noch bemerken, daß jetzt außer  
den Schulärzten auch die Ärzte der Säuglingsfürsorgestellen be-  
rechtigt sind, die von ihnen als krank befundenen armen Kinder  
direkt dem Armenarzt zur Behandlung zuführen zu lassen. In  
die 1907 eröffnete Charlottenburger Säuglingsklinik wurden  
74 kranke Säuglinge aufgenommen. Die Zahl der von der Armen-  
verwaltung durch Vermittelung der Fürsorgestellen den Wald-  
erholungsstätten und Pflegeheimen zugeführten armen Kranken  
betrug 1002 Personen, die nicht nur im Sommer, sondern auch  
im Winter aufgenommen wurden. Eine Anzahl Krüppelkinder  
wurde der Berlin-Brandenburger Krüppelheilstätte zugeführt  
und Trunksüchtige dadurch zum Eintritt in den Souterrainorden  
veranlaßt, daß die Armenverwaltung die Kosten des Eintritts und  
die laufenden Beiträge bestritt. Die Mitglieder dieses Kreises  
sind dann darauf bedacht, die Alkoholkonsumen von ihrer krankhaften  
Neigung abzuhalten.

Die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse, die Steuerung,  
die Arbeitslosigkeit usw. hatten auch zur Folge, daß die Zahl der  
eheberloffenen Frauen gegen das Vorjahr wesentlich stieg. So  
haben diese schlimmen wirtschaftlichen Ursachen auch in einer der  
wohlhabendsten Städte sich in den verschiedensten Richtungen un-  
heilvoll fühlbar gemacht und Hilfe und Linderung erheischt.

Etwas vom Kochsee. An dem linken Ufer der Spree, die Char-  
lottenburg durchzieht, liegt bekanntlich der Schloßgarten. Seitwärts  
von demselben befindet sich ein kleiner langgestreckter See, der Koch-  
see genannt. Der See weist auch eine in privaten Händen befind-  
liche Naturbadeanstalt auf. Es ist die einzige Naturbadeanstalt,  
welche in Charlottenburg überhaupt anzutreffen ist; der See ist  
daher ein sehr bevorzugter Ort für fast alle Schichten der Be-  
völkerung von Charlottenburg. Es kommt noch hinzu, daß der  
Kochsee natürliche Quellen und auch einen natürlichen Abfluß nach  
der Spree hat. Daraus ergibt sich, daß immer reines, gesundes  
Wasser im See vorhanden ist. Zur Badezeit haben hier circa  
2-3000 Menschen pro Tag, fast durchweg Leute, die sich in Er-  
mangelung von Mitteln eine Badereise nach Nordsee, Sylt usw.  
nicht leisten können. Wie nun verhält es sich mit der Stadt Char-  
lottenburg, die Sophie-Charlottenstraße zu verlängern und, um dies  
durchzuführen, will sie den Kochsee zuschütten. Sollte dies wirklich  
der Fall sein, so raubt die Stadtverwaltung der Einwohnerwelt  
einen wichtigen Erholungsort, der unter allen Umständen erhalten  
bleiben muß. Aufgabe der Stadt sollte es vielmehr sein, diesen  
Kochsee nebst dem gesamten Gelände aufzukaufen und aus der  
jetzigen Badeanstalt ein volles Freibad herzustellen, das ohne Unter-  
schied jedem Besucher frei zur Verfügung gestellt wird. Öffentlich  
werden die Stadtväter die Zuschüttung des Kochsees verhindern.

### Zahneberg.

Armenunterstützung und Wahlrecht in Zahneberg. Der Magistrat  
hat für die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung folgende  
Grundsätze aufgestellt:

Ein Verlust des Wahlrechts soll künftig, auch soweit es sich um  
Wahlen auf Grund der Landesgesetz handelt, nur eintreten:

1. bei fortlaufenden Garunterstützungen. Einer solchen ist die  
Gewährung laufender Pflegegeldes für eigene eheliche Kinder  
gleich zu achten.

2. bei dauernder Unterbringung und Verpflegung in einem  
Stiefenhaus oder in einer ähnlichen Verpflegungsanstalt, z. B. auch  
dem städtischen Obdach.

3. bei zeitweiser am Orte der Unterstützungen zu 1 und 2  
tretender Krankenhauserverpflegung.

### Rixdorf.

Deutschnationaler Verrat lautete das Thema, über das Ge-  
nosse Udo in einer vom Zentralverband der Handlungsgehilfen  
und -Gehilfen einberufenen, überaus gut besuchten öffentlichen  
Versammlung referierte. In der Diskussion versuchten die Be-  
amten Thomas und Wals vom Deutschnationalen Verband die  
Ausführungen Udos zu entkräften, was ihnen, wie die Stimmung  
der Versammlung bewies, jedoch nicht gelang. Als den Deutschna-  
tionalen die gebührende Antwort zuteil werden sollte, probizier-  
ten sie ein kleines Ständchen, um sich mit gutem Wind drüden zu  
können. Am Schluß der Versammlung gelangte folgende Resolu-  
tion zur Annahme:

„Die am 8. September er. vom Zentralverband der Hand-  
lungsgehilfen und -Gehilfen, Bezirk Rixdorf, einberufene  
Versammlung verurteilt die Zustimmung des Vorstehers des  
Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes Schad zu neuen  
Steuerbelastungen der arbeitenden Volksschichten und mit ihnen  
der Handlungsgehilfen als einen Verrat an unseren Berufs-  
genossen. Sie stellt fest, daß die Redner des Deutschnationalen  
Handlungsgehilfen-Verbandes vergeblich Schads Verhalten zu  
verteidigen versuchten. Durch ihr Eintreten für Schad haben  
sie die Verantwortung für diesen Verrat mit auf den Deutschna-  
tionalen Handlungsgehilfen-Verband übernommen und damit  
gezeigt, daß der Verband mit der unerhörten Belastung der  
Handlungsgehilfen einverstanden ist.“

Dies muß jeden Kollegen anspornen, Aufklärung über dieses  
Treiben zu verbreiten. Die Versammlung erklärt es als eine  
Notwendigkeit, daß jeder Angehörige des Berufes sich der einzigen  
Gewerkschaft der Handlungsgehilfen, die diesen Namen mit Recht  
trägt, dem Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Ge-  
hilfen unterzueigen anschließt.“

### Wilmersdorf-Galensee.

Ein Gläubiger. Von einem Antwohner der Westfälischen  
Straße wird und geschrieben: Ein ebenso trauriges wie höf-  
liches Bild bot sich seit Montag mittag den Passanten der  
Westfälischen StraÙe in Galensee. Vor dem Hause Westfälische  
StraÙe 58, einem gewissen Herrn Konrad gehörig, stand noch am  
Dienstag eine ärmliche Wohnungseinrichtung. Ein paar Nachen,  
ein paar Stühle, ein Tisch, eine Lampe — das war so ungefähr  
alles. Die Sachen gehören einer gewissen Frau Engel, die von  
ihrem Mann verlassen, sich und ihre fünf Kinder durch Auf-  
wartungen durchbringen muß. Da sie die Miete nicht bezahlen  
konnte, setzte sie der Wirt auf die Straße. Einer Frau gegenüber,  
die so schwer zu kämpfen hat, ist das zum mindesten hartberzig.  
Das ist jedoch nicht die Hauptsache. Zu beurteilen ist  
das Vorgehen des Wirtes, der, als die Frau exzmittiert  
war und eine andere Wohnung suchte, es erreichte, daß  
man an drei Stellen den mit ihr geschlossenen Vertrag  
rückgängig machte. Desgleichen ist das Verhalten der Polizei —  
falls es sich bemächtiget — geradezu unglücklich. Als die Frau  
sich an sie um Rat wandte, soll sie die ironische Antwort erhalten  
haben, die Straße sei ja breit genug. Das berührt eigentlich.  
Zunächst ist die Straße nicht zum Wohnen da; was außerdem den  
Hinweis auf die Breite anbelangt, so muß der Hochwohlthätigen  
dann doch empfohlen werden, sich das stets — z. B. im Verkehr  
mit Streikposten — vor Augen zu halten. Man soll in diesem  
Punkte des öfteren anderer Meinung gewesen sein. — Ebenso  
unbegreiflich wie das Verhalten der Polizei ist aber auch das der  
Stadtgemeinde Wilmersdorf, die untätig zusieht, wie eine allein-  
stehende Frau mit fünf Kindern des Nachts inmitten ihrer Sachen  
auf offener Straße schläft. (!)

Es ist doch ein schönes Ding um den bürgerlichen Klassenstaat!  
Ob sich nicht die Kommerzrentenräuber neben am Kurfürsten-  
damm zusammen tun, um für die arme Frau zu tanzen? Möglich  
wäre es schon. Wie heißt es doch im Matthäuse? Die FüÙe  
haben Gruben und die Vögel unter dem Himmel haben Kester;  
aber des Menschen Sohn hat nicht, da er sein Haupt hinlege.“

### Groß-Lichterfelde.

Aus der Gemeindevertretung. Die Tagesordnung der ersten  
Sitzung nach den Sommerferien hatte noch ein sehr ferienmäßiges  
Aussehen. Sie umfaßte nur wenige Punkte von allgemeinem  
Interesse. Vor Beginn der Beratungen widmete der Gemein-  
devorsteher dem verstorbenen Polizeipräsidenten und ehemaligen  
langjährigen Landrat des Kreises Teltow einen warm emp-  
fundenen Nachruf. — Das Ortsstatut gegen die Verunstaltung von  
Ortsstellen der Gemeinde Groß-Lichterfelde fand die Zustimmung  
des Kreisausschusses bis auf einige von diesem gewünschte Ab-  
änderungen bezüglich des Hafengebietes am Teltowkanal.

Reschlossen wurde eine entsprechende Verbreiterung der mit  
starkem Verkehr belasteten Schützenstraße. Sie soll eine Gesamt-  
breite von 18 Meter erhalten; die Abzweigungen haben 2 bzw.  
1 Meter zu diesem Zweck abgetreten unter der Bedingung, daß  
ihnen die Mehrkosten an Pflasterung für die abgetretene Fläche  
nicht berechnet wird.

Die kleine Villa der Gemeinde in der ChausseestraÙe neben  
der Badeanstalt wird ebenfalls auf 5 Jahre dem bisherigen Pächter  
zum alten Preise von 1800 M. pro Jahr überlassen und gleich-  
zeitig die Summe bis 1000 M. für Reparaturen an dem genannten  
Grundstück bewilligt, während der Mieter selbst 500 M. zu den  
Kosten beiträgt. Nach den Ausführungen des Schöffen Lange  
handelt es sich hauptsächlich um Renovierung des Daches. (Nach  
unseren Informationen handelt es sich aber nicht allein um das  
Wohngebäude, sondern auch noch um das dazu gehörige schünge-  
wiesige circa 2 Morgen große Gartenland; es wäre jedenfalls  
wünschenswert und auch zweckentsprechender, in solchen Fällen die  
Vermietung bzw. Verpachtung öffentlich auszuschreiben. D. V.)

Für ein Geträckshaus auf dem neuen Zentralfriedhof der  
Gemeinde wird eine Summe bis zu 5500 M. ausgemessen.

### Friedrichshagen.

Die Finanzreform und die neuen Steuern behandelte Genosse  
Wulfsch in einer am Sonnabend stattgefundenen Volksversamm-  
lung. Leider ließ der Besuch der Versammlung sehr zu wünschen  
übrig. Der Referent nahm daher in seinem eingehenden und treff-  
lichen Referat besonders Veranlassung, die Nachlässigkeit der durch  
den Steueranbruch geschädigten, in der Versammlung aber zum  
Teil nicht anwesenden arbeitenden Bevölkerung zu geißeln. Und  
nämlich: so manchem wären die Ausführungen des Redners von  
Ruhem gewesen. Sein Appell an die Versammlung am Schluß  
seines Vortrages, als Antwort auf die schamlose Steueransprüche-  
rung die Reihen des kämpfenden Proletariats noch weit mehr zu  
stärken, fand großen Beifall.

### Ober-Schöneweide.

Ein Vertrauensmann des Fabrikarbeiterverbandes verlor vor-  
gestern abend in Ober-Schöneweide sein Portemonnaie mit Verbands-  
marken a 50 und 45 Pf. sowie bares Geld und eine Dultung  
über abgelieferte Schwedengelder mit dem Namen des Eigentümers.  
Da der Verlierer ersparnisfähig ist, wird der eheliche Finder gebeten,

daselbst abzugeben im Bureau des Fabrikarbeiterverbandes, Ober-  
Schöneweide, Wilhelmshofstr. 47 I, bei Sewelow.

### Köpenick.

Ein tödlicher Straßenbahnunfall hat sich vorgestern in der  
Bahnhofstraße ereignet. Der 47jährige taubstumme Maurer Schulze  
ging, auf dem Wege nach dem Bahnhof begriffen, den Fahrdamm  
der Bahnhofstraße entlang und trat unmittelbar vor einem heran-  
kommenden Straßenbahnwagen auf die Schienen. Obwohl der Wagen-  
führer sofort energisch bremste, vermochte er doch nicht, das schwere  
Gefährt rechtzeitig zum Stehen zu bringen; Sch. wurde nieder-  
gerissen und so unglücklich überfahren, daß ihm das rechte Bein  
vollständig vom Körper abgeschnitten wurde. Obwohl dem Schwer-  
verletzten durch einen in der Nähe wohnenden Arzt sofort ein Not-  
verband angelegt wurde, um eine Verblutung zu verhindern, starb  
der Maurer doch bereits auf dem Transport nach dem Krankenhaus.

Der Jugendausschuß veranstaltet am 2. Oktober im Stadttheater  
eine Jugendfeier, bestehend aus Vortrag, Gesang und Regitation.  
Es wird erwartet, daß die aus der Schule entlassenen Jugendlichen mit  
ihren Eltern sich zu dieser Feier zahlreich einstellen. Für einen  
Vortragsthema mit dem Thema „Einführung in die Wirtschaft-  
geschichte“ in acht Vortragabend ist Genosse Schumann gewonnen  
worden. Der Jhrus beginnt am Sonnabend, den 9. Oktober, in  
dem neuen Jugendheim, Berliner Str. 27, Haus Israel, separater  
Eingang vom Flur. Das Jugendheim ist geöffnet vom 1. Oktober  
ab Sonnabends in der Zeit von 8-11 Uhr abends und Sonntags  
nachmittags von 3-10 Uhr. Da für geeignete Vorträge und Ge-  
sellschaftsspiele ebenfalls gesorgt wird, dürften die Veranstaltungen  
bei der Jugend das lebhafteste Interesse erwecken. Die Genossinnen  
und Genossen werden daher ersucht, den Jugendausschuß nach besten  
Kräften zu unterstützen. Der Jugendausschuß.

### Petershagen b. Fredersdorf.

Die Gegner unseres Ortes hätten augenblicklich die beste  
Gelegenheit, sich weidlich über Terrorismus zu ereifern; nicht  
aber, wie unsere Leser glauben möchten, über Terrorismus unserer  
Genossen, sondern über den Terrorismus des Landwehrvereins.  
Dieser Verein hatte zum Sonntag seine Gedächtnisfeier arrangiert,  
die selbstverständlich mit dem nötigen Klöppeln im Restaurant „Zum  
alten Dessauer“ gefeiert werden sollte. Der Wirt, welcher selbst  
Mitglied des Vereins ist, hatte dazu alle Vorbereitungen getroffen;  
verschiedene gebratene Gänse und diverse Pfund Schweinebraten  
harrten ihrer Aufgabe, die patriotischen Wogen zu füllen. Zwei  
Stunden vor Beginn der Feier besam der Wirt plötzlich den  
Bescheid, daß die Feier nicht bei ihm stattfinden würde. Der Wirt wird  
nun fragen: ja warum sollte denn die Feier nicht dort stattfinden?  
Nun, weil der Wirt versprochen hatte, sein Lokal auch der Arbeiter-  
schaft zur Verfügung zu stellen. Darum sollte er von den Patrioten  
geschäftlich geschädigt werden. Ganz ist dies den Leuten, die sonst  
nicht genug über den Terrorismus der Sozialdemokratie zeteren  
können, nicht gelungen. Die Arbeiterabfahrer hatten am Sonntag  
auch gerade in einem anderen Lokale ein Vergnügen und sie be-  
suchten im Verein mit mehreren Genossen auch das vom Landwehr-  
verein so plötzlich boykottierte Lokal. Ein Genosse gliederte bei  
dieser Gelegenheit das Vorgehen des Landwehrvereins in derben  
Worten.

Ob der Reichsverband und mit ihm die bürgerliche Presse das  
terroristische Vorgehen der patriotischen Wannen nun auch in der  
bekannten Weise in die Welt posaunen werden?

### Nieder-Schönhausen.

Ueber die Ursache und Wirkung der neuen Volksbelastung  
referierte in der letzten gutbesuchten Mitgliederversammlung des  
Wahlvereins die Genossin Emma Jherer. Die Kuren und  
pochen den Ausführungen der Rednerin, die am Schluß zu verstärkter  
Agitation für die Sozialdemokratie aufforderte, wurden mit großem  
Interesse verfolgt. An Stelle des erkrankten bisherigen zweiten  
Bezirksleiters wurde Genosse Schelle einstimmig gewählt. Für  
letzteren übernimmt die Führung des zweiten Bezirks Genosse Müller.  
Als Delegierte zur Kreis- sowie Verbandsgeneralversammlung für  
den beziehenden Genossen Gesper wählte die Versammlung den  
Genossen Joachimsthal. Neu aufgenommen wurden vier männliche  
und sechzehn weibliche Mitglieder. Zum Schluß wurde darauf hin-  
gewiesen, daß am 19. September eine Flugblatt- und „Fadel“-  
verbreitung stattfindet.

### Dabendorf bei Zossen.

Eine sonderbare Auffassung über seine Aufgaben als Lehrer  
scheint der hiesige Lehrer Herr Schläter zu haben. Wie man sich  
berichtet, soll Herr Sch. an die Kinder Fragen richten, die mit dem  
Lehrplan auch nicht im entferntesten etwas zu tun haben. So sollen  
die Kinder befragt worden sein, wessen Vater und wer von den  
Kindern den „Vordwärts“ liebt. Am 4. September anläßlich des  
Kinderfestes soll sich Herr Sch. in einer Rede über die Verrohung  
der Kinder neu zugezogener Eimoöhner geäußert haben. Bei einer  
Anzahl Eimoöhner hat diese Äußerung eine gewisse Empörung  
herbeigeführt. Unserer Auffassung nach mit Recht. Solche Fragen  
und Andeutungen sind nur geeignet, das für eine gedeihliche Er-  
ziehung der Kinder notwendige harmonische Verhältnis zwischen  
Schule und Haus zu trüben. Und das kann doch unmöglich die  
Aufgabe eines Lehrers sein, der es mit seinem Beruf ernst meint.

## Vermischtes.

Straßenbahnkollision im Nebel. In der Nähe von Mainz hat sich  
gestern früh, wie von Mainz gemeldet wird, ein schwerer Straßen-  
bahnunfall ereignet. Ein Wagen der elektrischen Straßenbahn über-  
fuhr um 7 Uhr, von Gorkenheim kommend, eine Weiche und stieß  
da starker Nebel herrschte, mit einem von Mainz kommenden  
Straßenbahnwagen bei dem sogenannten Müllwäldchen zusammen.  
Beide Wagen befanden sich in voller Fahrt. Der eine Wagenführer  
und ein Bureauangestellter einer Brauerei wurden schwer, der andere  
Wagenführer leicht verletzt. Die Zahl der verletzten Passagiere be-  
trägt etwa zehn. Die Vorberperrons beider Wagen wurden zer-  
trümmert.

Eine spätere Meldung aus Mainz besagt: Bei dem Zusammen-  
stoß der Straßenbahnwagen am Müllwäldchen kamen mehr als  
12 Personen zu Schaden; doch sind ihre Verletzungen leichter Natur.  
Nur der Waghalter Raben aus Mainz wurde am Kopfe schwer  
verletzt.

### Todessturz des Fliegeres Lesförs.

Wie eine Meldung aus Juvisch besagt, stürzte der Flieger  
Lesförs mit seinem amerikanischen Biplan aus noch nicht aufgeklärter  
Ursache aus den Lüften nieder. Kurz darauf erlag der Verunglückte  
den erlittenen Verletzungen.

### Ein neuer Flugrekord.

Nach einer Meldung aus London hat der Aviatiker Cody gestern  
in Aldershot einen Rekord für Ueberlandflüge aufgestellt. Er be-  
gann seinen Flug um 6 Uhr morgens, umkreiste Lofansplan, über-  
stog einige Baraden, wandte sich dann nach Farnborough und kehrte  
von dort nach seinem Aufstiegsort zurück. Er legte in 63 Minuten  
über 40 Meilen zurück und erreichte stellenweise eine Geschwindig-  
keit von 50 Meilen in der Stunde. Er mußte seinen Flug nur  
auf Wangel an Del beenden. Der Flugapparat ließ beim Landen  
ziemlich heftig auf und erlitt eine geringfügige Beschädigung.

### Neue Ueberflimmungen in Mexiko.

Wie ein New Yorker Telegramm der „Daily News“ meldet, hat  
der Fluß Soto La Marina die im mexikanischen Staate Tamaulipas  
nördlich von Tampico gelegenen sehr ergiebigen Oelfelder über-  
schwemmt. Sie sollen vollkommen zerstört sein. In Palo Alto,  
Abasco und Jiminez haben sich infolge des Hochwassers viele Un-  
glücksfälle ereignet.



**Richard Wagner-Abend**  
 Sonntag, den 12. September, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus  
 (großer Saal), Engelufer 15. 1921b\*  
 Leitung: Margarete Walkotte. Mitwirkende: Betty Schot, Marg.  
 Walkotte, Gust. Franz, Hugo Heydenbluth, Bernh. Nitzsche, Willi Deckert.  
 Entree im Vorverkauf 50 Pf., an der Abendkasse 60 Pf.  
 Programm: Aus den fünf Gedichten: Träume—Schmerzen;  
 Wotans Abschied aus der Walküre; Duett aus  
 Lohengrin; Walters Preislied, Meistersinger; Grals  
 Erzählung, Lohengrin; Lied an den Abendstern,  
 Tannhäuser; Einsam in trüben Tagen, Lohengrin;  
 Dich, teure Halle, Tannhäuser; Lehengrins Abschied.

Nur durch ganz hervorragend feine Qualität  
 hat der  
**Kapitän-Kautabak**  
 seinen guten Ruf erhalten.  
 Der echte Kapitän-Kautabak (gesetzl. geschützt)  
 wird nur noch in Etiketten verpackt und nach wie vor  
 zum 10 Pfennig-Verkauf geliefert (in Rollen und Bündel).  
 Unverpackte Ware ist, weil unecht, zurückzuweisen.  
 Zu haben in Zigarrengeschäften usw., wo auch kleine  
 Priemdosens gratis erhältlich sind.  
 Vertrieb: Carl Rücker, Berlin, Grüner Weg 112 (Amt 7, 3961).

**Wohlfahrts-Lotterie** Ziehung 12. und 14. Oktober 1909.  
 Gesamtbetrag der Gewinne 1. W. v. Mark  
**85 000**  
 Hauptgewinne M.  
**30 000, 20 000**  
**10 000, 5 000** etc.  
 Lose à 3 Mark, Porto und Liste 50 Pfennig extra, zu haben in allen  
 Lotterie- und Zigarren-Geschäften sowie beim Generaldebit Paul  
 Stolberg & Co., S. m. b. H., Bankgeschäft, Berlin C. Rosenthaler Str. 11-12.

**Rothenburger**  
**Versicherungs-Anstalt a. G.**  
 Gegr. 1856 in Görlitz Gegr. 1856  
 Größte deutsche Anstalt für Sterbegeld-Versicherung.  
 Billige Beiträge. Sehr vorteilhafte Bedingungen.  
 — Alle Überschüsse fallen den Mitgliedern zu. —  
 Dividende seit 1898 ständig 25 % eines Jahresbeitrages,  
 für ältere Mitglieder 50 %.  
 Versicherungsbestand 260 000 Vers. mit rund 100,0 Millionen Mark  
 Gesamtvermögen . . . . . 25,3 Millionen Mark  
 Seither ausgezahlt Sterbegelder usw. . . . . 29,1 Millionen Mark  
 Seither an die Mitglieder gez. Dividenden . . . . . 8,0 Millionen Mark  
 Höchstzulässige Versicherungssumme M. 3000, zahlbar nach  
 Wahl auch schon bei Lebzeiten. Keine ärztliche Untersuchung.  
 — Außerdem Kinderversicherung —  
 bis 1000 M. (ebenfalls mit Gewinnbeteiligung). 66/17\*  
 Nähere Auskunft erteilen und Anträge nehmen entgegen die  
 Direktion sowie sämtliche Geschäftsstellen der Anstalt.

Von der  
**Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek**  
 sind bisher erschienen:

- Heft 1. Die erste Hilfe bei Unfallsfällen. Von Dr. Christeller.  
 Raub in Fabriken, Werkstätten, auf Bauplätzen vorhanden sein.
- Heft 2. Das erste Lebensjahr. Von Dr. Silberstein.  
 Jeder jungen Mutter zur Anschaffung zu empfehlen.
- Heft 3. Gesundheitspflege des Nervensystems.  
 Von Dr. Hirschfeld.  
 Wer seine Nerven gesund erhalten will, lese diese Anweisung.
- Heft 4. Der Asthmatiker. Von Dr. Jadel.  
 Eine ärztliche Begründung der sozialdemokratischen Forderung.
- Heft 5. Alkoholfrage und Arbeiterkaffe. Von Dr. Fröhlich.  
 Eine empfehlenswerte Agitationsbrochure.
- Heft 6. Das Schulkind. Von Dr. Silberstein.  
 Die Kinder vor Schulkrankheiten schützen, ist Zweck des Vähleins.
- Heft 7. Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten.  
 Von Dr. Gebert.  
 Beliebt über diese für jeden Menschen wichtige Frage.
- Heft 8. Nahrung und Ernährung. Von Dr. Chajes.  
 Ein wichtiges Kapitel für jeden Arbeiter und seine Familie.
- Heft 9. Wie sollen wir uns kleiden? Von Dr. F. Bernstein.  
 Eine belehrende Abhandlung über diese wichtige Frage.
- Heft 10. Der Arbeiterschutz. Von Dr. R. Epstein.  
 Mit besonderer Berücksichtigung der Werkstattsgesetze.
- Heft 11. Frauenleiden und deren Verhütung. Von Dr. F. Jadel.  
 Mit einem Anhang: Die Verhütung der Schwangerschaft. (Text-  
 Illustration.)
- Heft 12. Vom medizinischen Aberglauben. Von Dr. E. Theising.  
 Eine lehrreiche Abhandlung für jedermann.
- Heft 13. Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege  
 des Arbeiters. Von Dr. E. Runtz.  
 Die Anwendung des Wassers in gesunden und kranken Tagen.
- Heft 14. Verhütung und Heilung des Stotterns. Von L. Jordan.  
 Recht einer Einleitung des Herausgebers über Sprache und  
 Sprachstörungen. Mit fünf Text-Illustrationen.
- Heft 15. Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie.  
 Von Dr. H. Maruse. Allen Eltern warm empfohlen.
- Heft 16. Zähne und Zahnpflege. Von Gertrud Revald.  
 Mit besonderer Berücksichtigung der gewerblichen Erkrankungen und  
 7 Text-Illustrationen.
- Heft 17. Van und Lebensfähigkeit des menschlichen Körpers.  
 Von Dr. Christeller. Mit zahlreichen Illustrationen.
- Heft 18. Der Geschlechtstrieb. Von Eduard Bernstein.
- Heft 19. Die Krankenpflege im Hause. Von Joh. Rauter-Raun-  
 heim. Mit einer Einleitung vom Herausgeber Dr. Jadel.  
 Berlin.
- Heft 20. Die Proletarierkrankheit. Von Dr. Jadel.

Jedes Heft kostet 20 Pfennige.  
 Diese Abhandlungen sind für jedermann verständlich geschrieben  
 und sollen in keiner Familie fehlen.  
**Expedition des „Vorwärts“,**  
 Berlin SW. 68, Lindenstr. 69 (Laden).

**Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands.**  
 Donnerstag, 9. September, abds. 8 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 58/59:  
**Oeffentliche Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
**Niedriges Gehalt — hohe Steuern!** Referent: Landtags-  
 abg. Ströbel.  
 Waffenbesuch erwartet Die Ortsverwaltung. J. A.: Otto Urban, Neue Königstr. 86.

**Reichshallen-Theater.**  
**Stettiner Sänger**  
 Anfang:  
 Hochent.  
 8 Uhr.  
 Sonntags  
 7 Uhr.

**Vereins-Brauerei**  
 Rixdorf, Hermannstr. 214/219.  
 Oekonom: Max Wondt.  
**Täglich:**  
**Gr. Militär-Konzert.**  
 Vortragsarten  
 haben wochentags Gälligkeit.  
 Entree 15 Pf.

**Dr. Simmel**  
 Spezial-Arzt  
 für Haut- und Harnleiden.  
 Prinzenstr. 41, dicht am  
 Moritzplatz,  
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Ziehung 20.—23. Sept. 09.  
**Düsseldorfer** 1142b\*  
 Lose 2 M.  
 Porto und Liste 30 Pfg.  
 8913 Gewinne Mk.  
**12000**  
 Hauptgewinne Mk  
**30000**  
**10000**  
**5000**  
 Lose überall zu haben  
 sowie bei  
**Ein- und Verkaufsgesellschaft**  
**Deutscher Losgewerbetreibender G. m. b. H.**  
 Berlin C. 25, Dirccksonstr. 45.

**Große**  
**Dienstboten-Versammlung**  
 Sonntag, den 12. September, nachmittags 6 Uhr,  
 in Dräsel's Festsälen, Neue Friedrichstraße 35.  
 Referentin Fel. Martha Rosenstock über: Stellenvermittlung.  
 Referentin Ida Baar über: Der freie Arbeitsvertrag.  
**Freie Ansprache.**  
 Wir ersuchen die Arbeiterschaft, alle ihr bekannten Dienstboten, Wäscher-  
 und Heilmachefrauen auf diese wichtige Versammlung aufmerksam zu  
 machen und für guten Besuch zu sorgen.  
 Nach der Versammlung:  
**Gefelliges Beisammensein mit Tanz.**

**Zentralkrankenkasse der Maurer**  
**„Grundstein zur Einigkeit“.**  
 Sonntag, den 12. September, vormittags 10 Uhr,  
 im Gewerkschaftshaus:  
**Außerordentl. Mitglieder-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag über das Krankenversicherungsgesetz. 2. Wahl der  
 Hilfskassierer. 3. Verschiedenes.  
 Mitgliedsbuch legitimiert. Die örtliche Verwaltung.

**Zentral-Verband der Maurer Deutschlands**  
 Zweigverein Berlin.  
**Achtung! Backofen-Maurer. Achtung!**  
 Freitag, den 10. September, abends 8 1/2 Uhr:  
**Versammlung**  
 aller an Backöfen beschäftigten Maurer.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Stellungnahme zu denjenigen Arbeitgebern, welche den Tarifvertrag  
 noch nicht anerkannt haben. 2. Verschiedenes. Der Vorstand.  
 Ehrenpflicht eines jeden Backofenmaurers ist es, daß er bestimmt  
 und pünktlich in dieser Versammlung erscheint. D. D.

**Berichtigung.**  
 Die Berliner Vertretung der Wiska-Nährmittelfabrik be-  
 findet sich  
**Reinickendorfer Straße 103.**  
 Telephon-Amt II 1945.

**Deutscher**  
**Metallarbeiter-Verband**  
 Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
 Den Kollegen zur Nachricht, daß  
 unser Mitglied, der Schlosser  
**Rudolf Becker**  
 am 7. September an Brustfell-  
 entzündung gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 Freitag, den 10. September, nach-  
 mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
 halle des St. Johannis-Kirchhofes in  
 Nordend aus statt.  
 Nege Beteiligung wird erwartet.  
**Nachruf.**  
 Den Kollegen zur Nachricht,  
 daß unser Mitglied, der Schlosser  
**Richard Linke**  
 gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 129/10 Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Verband der Maurer**  
**Deutschlands.**  
 Zweigverein Berlin.  
**Sektion der Patzer.**  
 Zur Beerdigung unseres Mit-  
 gliedes  
**August Sperling**  
 werden die Sänger ersucht, in  
 der Halle des Woblerer Kranken-  
 Hauses um 3 Uhr zu singen. Die  
 Genehmigung hierzu ist seitens  
 der Frau des Verstorbenen ein-  
 geholt worden.  
 134/13 Der Vorstand.

**Zentralverband der Handlungs-**  
**gehilfen u. Gehilfinnen Deutschl.**  
 Ortsverwaltung Berlin.  
 Nach langem schweren Leiden  
 verstarb unser Mitglied  
**Artur Zander.**  
 Sein Andenken in Ehren!  
 Die Beerdigung findet Donner-  
 stag, den 9. d. M., nachmittags  
 4 Uhr, von der Leichenhalle des  
 St. Markus-Kirchhofes in Hohen-  
 Schönausen, Berliner Str. 86/87,  
 aus statt.  
 Zahlreiche Beteiligung erwartet  
 288/5 Die Ortsverwaltung

**Deutscher**  
**Transportarbeiter-Verband.**  
 Ortsverwaltung Berlin II.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß unser Kollege, der Koh-  
 luhler  
**Karl Frädrich**  
 am Montag, den 6. d. M., im  
 Alter von 44 Jahren an Herz-  
 schlag gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 Donnerstag, den 9. d. M., nach-  
 mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
 halle des Johannis-Kirchhofes in  
 Wilmersdorf aus statt.  
 69/15 Die Verwaltung II.

**Extra-Unterstützungs-**  
**kasse für Buchbinder**  
**und verwand. Gewerbe**  
 zu Berlin.  
 Sonntag, den 12. d. M., vormittags  
 10 Uhr, Reichstr. 15:  
**General-Versammlung.**  
 Tagesordnung:  
 1. Berichterstattung der Protokolle. 2.  
 Ernennungsbuch des Vorstandes.  
 3. Verschiedene Angelegenheiten.  
 135/6 Der Vorstand.

**Steppdecken**  
**Spezialhaus**  
**Emil Lefèvre**  
 Berlin, Oranienstr. 158  
 Similtseite in den 4<sup>85</sup> 6<sup>25</sup>  
 Farb. rot, 7<sup>50</sup> 8<sup>75</sup>  
 blau, oliv. . . . .  
 auf beid. Seit. benutzbar 11,25  
**Wollatlas** rot . . . 7<sup>50</sup> 9<sup>00</sup>  
 Bunte Normal- 1<sup>75</sup> 2<sup>50</sup> 3<sup>50</sup>  
**Schlafdecken!**  
**Wolldecken** ganz dick 3<sup>00</sup> 4<sup>00</sup>  
**extrahell**  
 Ein Posten echte 10-24<sup>00</sup>  
**Kamelhaardecken**  
**Mein neuer**  
**Fracht-Katalog**  
 mit ca. 650  
 Abbildungen gratis u. franko.

**JOSETTI JUNO**  
 CIGARETTEN  
 sind von so ausgesprochener Eigenart in Qualität  
 und Charakter, dass sie eine Klasse für sich bilden.  
 Sie repräsentieren die günstigste Zusammen-  
 stellung aller guten Eigenschaften, die Cigaretten  
 überhaupt besitzen, sodass sie mit vollem Recht  
 als beste Marke der 2 Pf. Preislage geschätzt  
 werden.  
 Josetti-Junio m. u. o. Mandstüch  
 10 Stck. 20 Pf.  
**Josetti Cigarettes · Josetti Cigarettes**

**Möbel** auf Teilzahlung  
 (geringe Anzahlung)  
**M. Goldstaub**  
 Zossener Str. 38 pt. u. 1 Tr.  
 Ecke Gneisenaustraße.  
 Kein Abzahlungsgeschäft!  
 Anerkannt  
 größte Rücksicht  
 bei  
 Arbeitslosigkeit  
 und  
 Krankheit.